



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
2. September 2021

Protokoll Nr. 10

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 29. April 2021, 10.00–17.05 Uhr
Regierungsgebäude Kanton Luzern,
Kantonsratssaal

Vorsitz:
Ratspräsidentin Lisa Zanolla

Präsenz:
Anwesend sind 45 bzw. 46 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:
Maria Pilotto (kurze Anwesenheit bei den Abstimmungen zu den Traktanden 11 und 12) und Patrick Zibung den ganzen Tag, Mirjam Fries am Vormittag, Judith Wyrsch ab 15 Uhr.

Vom Stadtrat ist Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula den ganzen Tag entschuldigt. Die übrigen Mitglieder des Stadtrates sind anwesend.

Protokoll:
Franz Lienhard

Verhandlungsgegenstände

Seite

Zu Beginn der Sitzung erfolgt die Vereidigung von Benjamin Gross (Nachfolger von Cyrill Studer Korevaar, SP-Fraktion) als neues Ratsmitglied durch die Ratspräsidentin.

- | | | |
|----|---|---|
| 1. | Mitteilungen der Ratspräsidentin | 4 |
| 2. | Genehmigung des Protokolls 7 vom 4. Februar 2021 | 6 |
| 3. | Wahl eines Mitgliedes in die Baukommission
(Nachfolge von Cyrill Studer Korevaar) | 7 |
| 4. | Interpellation 5, Mario Stübi namens der SP-Fraktion
vom 7. September 2020:
Weiteres Vorgehen nach dem Ende des fünfjährigen Kaufrechts für das Grundstück Mattenhof II | 7 |
| 5. | Postulat 32, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion und Marco Müller
vom 10. November 2020:
Schulhaus Schädtrüti – Entscheid über weitere Nutzung erst treffen, wenn Quartieranliegen bekannt sind | 7 |

6.	Postulat 1, Agnes Keller-Bucher namens der CVP-Fraktion vom 1. September 2020: Überdachte Bushaltestelle Oberstechenrain	8
7.	Interpellation 16, Mario Stübi und Yannick Gauch namens der SP-Fraktion vom 24. September 2020: Zwischennutzung auf dem Carparkplatz Inseli	12
8.	Postulat 22, Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion vom 6. Oktober 2020: Feuerstellen im Gebiet Zimmeregg aufwerten	15
9.	Postulat 53, Jules Gut und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion sowie Mirjam Fries und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion vom 5. Januar 2021: Bewirtschaftung für die Velostation Bahnhofstrasse	15
10.	Postulat 46, Nico van der Heiden und Raphaela Meyenberg namens der SP-Fraktion sowie Barbara Irniger und Martin Abele namens der G/JG-Fraktion vom 18. Dezember 2020: Mehr Velosäcke braucht die Stadt Luzern	22
–	Dringliches Postulat 75, Christov Rolla, Michael Zeier-Rast, Adrian Albisser, Tamara Celato, Mike Hauser, Marc Lustenberger, Jona Studhalter, Judith Wyrsh und Lisa Zanolla namens der Bildungskommission vom 26. März 2021: Für einen attraktiven Standort des kantonalen Museums in der Stadt Luzern	22
–	Dringliches Postulat 81, Silvio Bonzanigo vom 7. April 2021: Unterstützung des Regierungsrates bei der Standortsuche für das Kantons- gericht in der Stadt Luzern	23
–	Dringliches Postulat 78, Gianluca Pardini und Simon Roth namens der SP-Fraktion vom 30. März 2021: Teststationen in der Stadt Luzern	29
–	Dringliches Postulat 87, Michael Zeier-Rast, Adrian Albisser, Tamara Celato, Christov Rolla, Jona Studhalter und Judith Wyrsh vom 19. April 2021: Verstärkte Unterstützung für Kinder und Jugendliche in der Coronasituation	33
11.	Postulat 8, Maria Pilotto und Tamara Celato namens der SP-Fraktion vom 14. September 2020: Städtische Kommunikation muss einschliessen, nicht ausschliessen	34

12.	Postulat 9, Martin Abele und Laura Spring namens der G/JG-Fraktion vom 14. September 2020: Barrierefreie Kommunikation	40
13.	Postulat 25, Marco Müller und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 19. Oktober 2020: Kurzvideos bei Abstimmungen	46
14.	Beschlussantrag 34, Fabian Reinhard und Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, Christian Hochstrasser und Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion, Jules Gut und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion, Simon Roth und Lena Hafen namens der SP-Fraktion, Thomas Gfeller und Patrick Zibung namens der SVP-Fraktion sowie Andreas Felder und Mirjam Fries namens der CVP-Fraktion vom 18. November 2020: Zweite Lesung für den Erlass oder die Änderung von Reglementen	53
15.	Postulat 19, Marco Müller und Martin Abele namens der G/JG-Fraktion, Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion sowie Maria Pilotto namens der SP-Fraktion vom 30. September 2020: «Swiss LGBTI-Label» für die Stadt Luzern	53
16.	Interpellation 26, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der CVP-Fraktion vom 20. Oktober 2020: Wo steht die Stadt Luzern in der Rollenklärung mit dem VLG?	59
17.	Interpellation 29, Sandra Felder-Estermann, Mike Hauser und Marc Lustenberger namens der FDP-Fraktion vom 27. Oktober 2020: Saure Zitrone – Auszeichnung als Chance für besseres Essen	62
18.	Postulat 28, Cyrill Studer Korevaar namens der SP-Fraktion vom 26. Oktober 2020: Unredliche Werbeoffensive der Gasindustrie: Schaden begrenzen!	64
19.	Interpellation 40, Raphaela Meyenberg, Lena Hafen und Tamara Celato namens der SP-Fraktion vom 1. Dezember 2020: Ein städtischer Identitätsausweis (City Card) für alle Luzerner*innen	68

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Lisa Zanolli begrüsst die Anwesenden zur 10. Sitzung des Grossen Stadtrates. Sie bittet das zugestellte Schutzkonzept zu beachten, insbesondere dass die Maske auch getragen werden muss, wenn man am Sitzplatz ist, und ebenso, wenn man ein Votum hält. Die Votantinnen und Votanten sind daher gebeten, deutlich ins Mikrofon zu sprechen.

Die Maskenpflicht gilt auch für die anwesenden Medienschaffenden. Das Einhalten der Hygiene- und Abstandsregeln ist trotz der Maske wichtig, für die Gesundheit aller Anwesenden.

Herzlich begrüsst die Sprechende alle Zuschauerinnen und Zuschauer, welche die Sitzung über Livestream von zu Hause aus, im Büro oder unterwegs mitverfolgen. Damit alle Ratsmitglieder optimal im Bild erscheinen, sind sie gebeten aufzustehen, wenn sie ein Votum halten.

Bei den Traktanden 11, 12 und 13 wird für gehörlose Personen eine Übersetzung in Gebärdensprache eingeblendet. Die drei erwähnten Traktanden werden deshalb nach der Mittagspause gleich nach den dringlichen Vorstössen behandelt.

Nach dem Rücktritt von Cyrill Studer Korevaar, der auch Stimmenzähler war, wird für den Rest des Amtsjahres Christa Wenger als Stimmenzähler-Stellvertreterin bei den Auszählungen zum Einsatz kommen.

Grundsätzlich gilt im Kantonsratssaal ein Ess- und Trinkverbot, vor allem wegen der sensiblen Technik auf den Pulten. Da es aber keine Pausen gibt und genügend Flüssigkeit wichtig ist, dürfen Getränke in verschliessbaren Flaschen mitgebracht und konsumiert werden. Die Flaschen sind während der Sitzung unter den Tischen zu deponieren.

Mit der letzten Postzustellung des Sekretariats Grosser Stadtrat haben alle Mitglieder des Grossen Stadtrates die Broschüre «Blick über den Tellerrand» erhalten. «Blick über den Tellerrand» war das Jahresmotto des Vorgängers der Sprechenden, alt Grossstadtratspräsident Albert Schwarzenbach. Er hat sich sehr engagiert, über die Stadtgrenzen hinaus. Darum hat er in Zusammenarbeit mit den Präsidien der Einwohnerräte Kriens, Emmen und Horw diese interessante Broschüre erstellt. Die Sprechende dankt alt Grossstadtratspräsident Albert Schwarzenbach herzlich dafür.

Die Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1). Maria Pilotto ist im Mutterschaftsurlaub und somit für die ganze Sitzung entschuldigt. Sie wird jedoch zu einzelnen Abstimmungen in den Rat kommen.

Stadtrat Adrian Borgula ist heute wegen eines Todesfall in seiner Familie den ganzen Tag entschuldigt.

Am 6. April 2021 konnte Andreas Felder einen runden Geburtstag, nämlich seinen 40., feiern. Die Sprechende gratuliert ihm nachträglich dazu und wünscht ihm das Allerbeste für seine private, berufliche und politische Zukunft. Möge Glück und Gesundheit ihn stetig begleiten!

Die Anwesenden schliessen sich der Gratulation mit einem Applaus an. Die Ratsweibelin überbringt Andreas Felder ein kleines Präsent.

Vereidigung von Benjamin Gross (Nachfolger von Cyrill Studer Korevaar, SP-Fraktion)

Die Ratsmitglieder erheben sich.

Ratspräsidentin Lisa Zanolla verliest die Gelübdeformel:

«Benjamin Gross: Sie geloben, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten, die Verfassung und die Gesetze zu befolgen und die Pflichten Ihres Amtes gewissenhaft zu erfüllen.»

Benjamin Gross bekräftigt die Gelübdeformel mit den Worten: «Das alles gelobe ich.»

Die Anwesenden heissen das neue Ratsmitglied mit einem Applaus willkommen.

Ratspräsidentin Lisa Zanolla fährt in den Mitteilungen fort: Das Postulat 64, Silvio Bonzanigo vom 11. Februar 2021: «Unterstützung des Regierungsrates bei der Standortsuche für das Kantonsgericht in der Stadt Luzern» wurde am 7. April 2021 vom Erst- und Alleinunterzeichner zurückgezogen. Es wurde neu als dringlich eingereicht (Dringliches Postulat 81).

Peter Soland, der für die Livestreamübertragungen verantwortlich ist, zeigt gegen Ende der Mittagspause vor Sitzungsbeginn denjenigen, die sich interessieren, was er alles für die Übertragung in der Wandelhalle installiert hat und wie es verkabelt ist. Wer an der kurzen Führung teilnehmen will, soll sich rechtzeitig einfinden.

Zu den als dringlich eingereichten Vorstössen

- Dringliches Postulat 75, Christov Rolla, Michael Zeier-Rast, Adrian Albisser, Tamara Celato, Mike Hauser, Marc Lustenberger, Jona Studhalter, Judith Wyrsh und Lisa Zanolla namens der Bildungskommission vom 26. März 2021: **Für einen attraktiven Standort des kantonalen Museums in der Stadt Luzern**

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Dringlichkeit des Postulats 75 ist somit beschlossen.

- Dringliches Postulat 81, Silvio Bonzanigo vom 7. April 2021: **Unterstützung des Regierungsrates bei der Standortsuche für das Kantonsgericht in der Stadt Luzern**

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Dringlichkeit des Postulats 81 ist somit beschlossen.

- Dringliches Postulat 78, Gianluca Pardini und Simon Roth namens der SP-Fraktion vom 30. März 2021: **Teststationen in der Stadt Luzern**

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Dringlichkeit des Postulats 78 ist somit beschlossen.

- Dringliches Postulat 87, Michael Zeier-Rast, Adrian Albisser, Tamara Celato, Christov Rolla, Jona Studhalter und Judith Wyrsh vom 19. April 2021: **Verstärkte Unterstützung für Kinder und Jugendliche in der Coronasituation**

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Dringlichkeit des Postulats 87 ist somit beschlossen.

Zur Traktandenliste

Die Diskussion der Postulate, deren Dringlichkeit gerade beschlossen wurde, wird gleich nach der Mittagspause stattfinden. Die Stellungnahmen dazu werden jetzt in der mobilen Sitzungsvorbereitung aufgeschaltet.

Im Verlauf der Sitzung ergeben sich folgende Verschiebungen in Bezug auf die Traktandenliste:

Am Vormittag werden die Traktanden 1–10 sowie 14 und 15 behandelt.

Nach der Mittagspause (11.50–14.00 Uhr) werden als Erstes die Dringlichen Postulate diskutiert, dann folgen die Traktanden 11–13 und 16–19.

Die Protokollierung folgt der Traktandenliste.

2 Genehmigung des Protokolls 7 vom 4. Februar 2021

Das Protokoll 7 vom 4. Februar 2021 wird genehmigt.

**3 Wahl eines Mitgliedes in die Baukommission
(Nachfolge von Cyrill Studer Korevaar)**

Die SP-Fraktion schlägt Benjamin Gross als Nachfolger von Cyrill Studer Korevaar in der Baukommission vor.

Benjamin Gross wird als Nachfolger von Cyrill Studer Korevaar in die Baukommission gewählt.

**4 Interpellation 5, Mario Stübi namens der SP-Fraktion
vom 7. September 2020:
Weiteres Vorgehen nach dem Ende des fünfjährigen Kaufrechts für das
Grundstück Mattenhof II**

Mario Stübi gibt eine kurze Erklärung. Die Diskussion ist geführt, diese Interpellation kommt offensichtlich viel zu spät in den Rat. Die SP-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass der Stadtrat da einen sehr grossen Fehler zuungunsten der Bevölkerung gemacht hat. Es beruhigt den Sprechenden aber, dass die Sache noch ein Nachspiel haben wird.

Die Interpellation 5 ist somit erledigt.

**5 Postulat 32, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion und Marco Müller
vom 10. November 2020:
Schulhaus Schädtrüti – Entscheid über weitere Nutzung erst treffen, wenn
Quartieranliegen bekannt sind**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Das Postulat 32 ist somit überwiesen.

**6 Postulat 1, Agnes Keller-Bucher namens der CVP-Fraktion
vom 1. September 2020:
Überdachte Bushaltestelle Oberstechenrain**

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Agnes Keller-Bucher: Wenn man die Stellungnahme des Stadtrates liest, wird man sofort dazu geführt zu denken: Ja klar, das rentiert nicht, das ist viel zu teuer, unverhältnismässig, überflüssig. Die Sprechende möchte aber aufzeigen, dass man das Anliegen auch aus einer ganz anderen Perspektive betrachten kann. Man muss eine andere Optik anwenden und nicht mit städtischen Massstäben messen. Es geht schliesslich um einen Ort ganz oben auf dem Land.

1. Zur minimalen Zahl der Personen, die diese ÖV-Haltestelle nutzen: Es ist ja logisch, dass man bei dieser Haltestelle nicht auf 66 Personen kommt, es wohnen ja fast nicht einmal 66 Personen im betreffenden Einzugsgebiet. Was aber nicht aufgezeigt wird, ist die Situation an dieser Haltestelle. Sie liegt direkt an einer stark befahrenen Hauptstrasse, wo die Autos und die Lastwagen mit Tempo 80 durchfahren. Und an der Hausfront dieses Bauernhauses ist man dem Wind und dem Regen extrem ausgesetzt, es gibt dort keinen Schutz. Nur schon diese Situation ist nicht mit den Haltestellen in der Stadt zu vergleichen.
2. Zum Preisschild: Der Stadtrat rechnet mit Kosten von 50'000 Franken, zu welchen noch die Kosten für die Projektierung und für das Baubewilligungsverfahren kommen. Die Sprechende kann nicht verstehen, warum es so teuer sein muss. Sie hat ja nur eine einfache Variante zur Prüfung vorgeschlagen, für welche es gar keine grosse Projektierung braucht. Es genügt, bei einem Bauspengler oder bei einem Holzbauer aus der Nähe oder in der Umgebung eine Offerte für einen Unterstand in einer bestimmten Grösse einzuholen. Das würde niemals 50'000 Franken kosten. Oder man könnte z. B. einer Lehrlingsklasse als Abschlussarbeit das Projekt übergeben, einen zweckmässigen Unterstand zu entwerfen und auch auszuführen. Es gäbe verschiedene Ideen zu prüfen; so etwas liesse sich mit wenigen finanziellen Aufwendungen bewerkstelligen. Es braucht keine Luxusbushaltestelle mit dem gleichen Standard, wie ihn die Stadt Luzern sonst hat. Weniger ist manchmal mehr.
3. Das Anliegen dient auch der Förderung der Benutzung des öffentlichen Verkehrs ausserhalb des Stadtzentrums. Denn gerade ausserhalb der Innenstadt setzen sich die Bewohnerinnen und Bewohner immer ins Auto, um in die Stadt zu fahren, wenn keine bessere Lösung vorhanden ist.

Das sind die Gründe der Sprechenden, weshalb sie am Postulat festhält. Sie würde sich freuen, wenn die Stadt das Anliegen prüfen würde, und sie freut sich daher, wenn die Mitglieder des Grossen Stadtrates die Überweisung des Postulats unterstützen.

Jörg Krähenbühl: Zugegeben, die Flughöhe für einen Parlamentsentscheid hat dieses Postulat wohl nicht. Solche Entscheide müssten eigentlich in der Verwaltung gefällt werden. Nichtsdestotrotz hat die SVP-Fraktion grosse Sympathien für das Postulat. Denn gerade der Ortsteil Littau ist in Bezug auf die Erschliessung mit dem ÖV benachteiligt, verglichen mit dem gesamten Stadtgebiet. Es geht darum für die SVP-Fraktion auch nicht nur um die Handvoll Personen, die von einem Unterstand profitieren würden, sondern vielmehr um ein Zeichen an den Ortsteil Littau, dass man

etwas für die Leute dort tut. Der Sprechende nimmt an, dass die Postulantin solche Signale aus der lokalen Bevölkerung wahrgenommen hat. Der Stadtteil Littau darf nicht vergessen werden. Mit seiner ablehnenden Haltung zeigt der Stadtrat einmal mehr, dass er den Stadtteil Littau einfach zu wenig ernst nimmt. Da darf man sich auch nicht wundern, wenn die Stimmbeteiligung dort entsprechend tief ist. Die SVP-Fraktion ist zudem überzeugt, dass die Kosten von 50'000 Franken nicht unbedingt erreicht werden müssen; das Ganze geht sicher auch günstiger. Die SVP-Fraktion stimmt daher dem Postulat zu.

Daniel Lütolf: Die meisten von uns stehen nicht gern im Regen, auch der Sprechende nicht. Aus diesem Grund versteht die GLP-Fraktion das Anliegen der Postulantin, dass eine überdachte Bushaltestelle im Oberstechenrain geprüft werden soll. Hand aufs Herz: Wer von den Mitgliedern des Grossen Stadtrates musste diese Bushaltestelle nicht auch googeln? Der Sprechende hatte keine Ahnung, wo sie sich befindet. Jetzt weiss er es. Er weiss aber auch, wo sich die Bushaltestelle Urnerhof befindet, nämlich im Maihofquartier. Viele kennen diese wahrscheinlich auch nicht. Dort steigen notabene massiv mehr Leute ein und aus als die 6–10 Personen im Oberstechenrain, und diese Bushaltestelle ist auch nicht überdacht. Eigentlich hätte die GLP-Fraktion das Postulat abgelehnt. Aber aufgrund des Votums von Agnes Keller-Bucher hat sich die Fraktion gerade geeinigt, das Postulat zu unterstützen.

Lena Hafen: Der ÖV liegt der SP-Fraktion natürlich sehr am Herzen und ebenso der Komfort der Leute, die den ÖV benutzen. Und eigentlich will die SP-Fraktion die ÖV-Fahrenden auch nicht im Regen stehen lassen, auch nicht diejenigen in Littau. Dass aber genau diese sehr wenig frequentierte Bushaltestelle überdacht werden soll, hält die Mehrheit der SP-Fraktion, gleich wie der Stadtrat, für unverhältnismässig und ist darum mit der Ablehnung des Postulats einverstanden. Ein paar Mitglieder der Fraktion werden jedoch aus Sympathie dem Anliegen zustimmen. Gerade für ältere Leute kann die Überdachung bei einer Bushaltestelle sehr wichtig sein. Die SP-Fraktion würde darum Hand dazu bieten, wenn die CVP-Fraktion die Überdachungen der Bushaltestellen in der Stadt Luzern und die heutige Praxis einmal grundsätzlich überprüfen möchte.

Martin Abele: Auch die G/JG-Fraktion hat grosse Sympathie für den Vorstoss, ihr liegt ja der öffentliche Verkehr sehr am Herzen, er soll überall in der Stadt genutzt werden, selbstverständlich auch auf dem Littauerberg. Die Fraktion sieht allerdings nicht ein, warum man jetzt für jede einzelne Haltestelle ein Postulat einreichen sollte. Sie sieht auch keinen Grund, weshalb die Haltestelle Oberstechenrain gegenüber all den anderen Haltestellen, die auch noch nicht überdacht sind, ein besonderes Privileg geniessen sollte. Daniel Lütolf hat vorhin auf eine weitere Haltestelle hingewiesen, der Sprechende könnte auch aus seinem Quartier und andere Ratsmitglieder aus ihrem Quartier weitere Haltestellen nennen, die auch noch überdacht werden müssten. Grundsätzlich wäre es gut, wenn die Stadt daran arbeiten würde, möglichst viele Haltestellen zu überdachen, aber in der vorliegenden Form stimmt die G/JG-Fraktion dem Postulat nicht zu. Die G/JG-Fraktion sieht es übrigens auch nicht so, wie es vorhin vonseiten der SVP-Fraktion gesagt wurde, dass der Stadtrat mit der Ablehnung des Postulats den Stadtteil Littau nicht ernst nehmen würde. Diese Begründung ist eher gesucht. Es geht vielmehr um den Grundsatz, ob die Stadt der Haltestelle Oberstechenrain eine besondere Behandlung zuteilwerden lassen soll, obwohl es doch noch sehr viele

andere Haltestellen in der Stadt gibt, für welche man den gleichen Anspruch erheben könnte. Die G/JG-Fraktion würde es begrüßen, wenn es einmal einen generellen Vorstoss zur vermehrten Überdachung von Bushaltestellen gäbe.

Andreas Moser kann vonseiten der FDP-Fraktion nicht in die Harmonie einstimmen, dass man den Vorstoss aus Sympathie unterstützen wolle. Martin Abele hat die wichtigsten Gründe aufgeführt. Primär ist es eine Frage der Verhältnismässigkeit. Den Gedanken, das Anliegen weiter zu fassen, könnte die FDP-Fraktion durchaus mittragen, es gibt ja auch in Littau noch einige andere Bushaltestellen, die nicht überdacht sind. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Silvio Bonzanigo wird das Postulat befürworten, und zwar aus Sicht des Fussverkehrs: Der erste Partner aller Leute, die zu Fuss gehen, ist grundsätzlich der öffentliche Verkehr. Es wurde jetzt Verschiedenes eingewendet, warum man diesen Einzelfall nicht unterstützen soll. Der Sprechende denkt – und das wird ihm die Postulantin vermutlich bestätigen können –, dass vorgängig zu diesem Vorstoss Initiativen lanciert wurden, um eine überdachte Haltestelle im Oberstechenrain zu erhalten. Diese wurden mit der Begründung, welche der Stadtrat auch in seiner Stellungnahme anführt, nicht genehmigt. Also wurde der Vorstoss eingereicht. Es scheint dem Sprechenden nicht sinnvoll, wenn man jetzt diesen Einzelvorstoss zu einer Einzelhaltestelle infrage stellt und nur immer die ganze, grosse Sicht haben will. Natürlich sind in der Innenstadt die Frequenzen der Busse deutlich höher, sodass das Draussenstehen – nicht nur im Regen, sondern im Winter auch in der Kälte – erträglicher ist als auf Buslinien, die mässige Frequenzen haben. Es gibt viele gute Gründe, dem Postulat zuzustimmen.

Stefan Sägesser möchte noch einmal erklären, warum die GLP-Fraktion vorhin umschwenkte. Ein Postulat ist ein Prüfauftrag. Der Sprechende findet das ewige Gejammer aus dem Stadtteil Littau absurd, sie würden benachteiligt. Es gibt keinen Stadtteil, der in den letzten Jahren seit der Fusion dermassen bevorteilt wurde. Wir sind immer noch eine Stadt. Er mag das leidige Gejammer schlichtweg nicht mehr hören. Es gibt auch keinen Grund zu jammern, auch nicht wegen dieses Bushäuschens. Aber es ist tatsächlich so, wie es Agnes Keller-Bucher und jetzt auch Silvio Bonzanigo sagten, man muss dort deutlich länger warten als irgendwo in der Stadt, wo man allenfalls auch beim Nachbarn oder der Nachbarin einen Unterstand finden kann. Diesbezüglich hat man im Oberstechenrain relativ schlechte Karten. Die GLP-Fraktion betrachtet zwar den Betrag von 50'000 Franken als absurd hoch, aber man kann das ja überprüfen, und vielleicht gibt es tatsächlich in der Umwelt- und Mobilitätsdirektion einmal einen Vorschlag, der deutlich günstiger ist als 50'000 Franken. Wer also jetzt noch hin- und herschwankt, soll bedenken, dass es nur ein Prüfauftrag ist. Da sich die Stadt infolge dieses Postulats sowieso mit dem Thema beschäftigt hat, kann sie es auch gleich zu Ende behandeln.

Roger Sonderegger findet es bei diesem Thema spannend, dass es eigentlich darum geht, eine Ausnahme von einer Regel zu machen. Dem Grossen Stadtrat wurde, als es darum ging, die Bushaltestellen BehiG-konform zu gestalten, ein umfassendes Konzept vorgelegt. Es gibt jetzt für die Bushäuschen den Luzerner Typ; sie sollen überall gleich sein. Das ist im Sinn eines Corporate-Auftritts richtig. Die Bushaltestelle Oberstechenrain ist ein bisschen ein Exot. Sie ist 1,5 km von der

nächsten Bushaltestelle entfernt. Sie ist wahrscheinlich die einzige Bushaltestelle, bei welcher die Autos mit 80 km/h vorbeifahren. Und es gibt dort nicht so viele Leute, die auf den Bus warten. Vielleicht könnte die Stadt ja eine Ausnahme machen von ihrem Corporate-Auftritt an Bushaltestellen. Das ist der Kerninhalt des Postulats, und nicht, wer besser oder schlechter behandelt wird. Man hat ein Konzept für die Bushaltestellen in der Stadt erarbeitet, man hat dafür die Stadt systematisch abgescannt, aber der Sprechende wagt zu behaupten, die Bushaltestelle am Oberstechenrain ging in dieser Systematik vergessen. Das Postulat stellt eigentlich einen Antrag auf eine kleine Ausnahme von einer sonst gut funktionierenden Regel.

Simon Roth äussert sich zu etwas, was er in diesem Rat nicht mehr unwidersprochen stehen lassen wird und worauf auch Stefan Sägesser vorhin schon Bezug nahm. Der Sprecher der SVP-Fraktion behauptete, der Stadtteil Littau werde nicht ernst genommen, der Stadtteil Littau werde vergessen. Seit der Fusion flossen etwa die Hälfte der Investitionen, welche die Stadt getätigt hat, in den Stadtteil Littau, dort lebt etwa ein Viertel der Stadtbevölkerung. Die Behauptung, der Stadtteil Littau werde nicht ernst genommen, stimmt einfach nicht, auch wenn man sie noch so oft wiederholt. Der Sprechende wird diese Behauptung in diesem Rat nie mehr unwidersprochen stehen lassen.

Stadtpräsident Beat Züsli nimmt als Stellvertreter des Umwelt- und Mobilitätsdirektors Stellung. Das Anliegen, Bushaltestellen zu überdecken und attraktiver zu gestalten, wird von allen geteilt, wie jetzt auch die Diskussion zeigte. Eine Attraktivierung der Bushaltestellen dient auch dem Ziel, die kombinierte Mobilität – z. B. Bike and Ride – zu fördern. In der Stellungnahme wird ausgeführt, dass aktuell in der Stadt Luzern rund ein Drittel aller Halteketten überdeckt ist. Auch der Sprechende tritt in diesem Zusammenhang noch einmal klar der Aussage entgegen, der Stadtteil Littau werde benachteiligt. Die Stadt wendet objektive Kriterien an, die für alle Haltestellen gelten, unabhängig vom Quartier oder von der Lage. Das Hauptkriterium ist die Frequenz. Beim Oberstechenrain liegt die Frequenz gemäss dem Massstab, der angewendet wird, nicht nur knapp unter der Limite, die sonst berücksichtigt wird. Deshalb ist auch eine Ausnahme nicht gerechtfertigt. Aus diesem Grund ist der Stadtrat klar der Meinung, dass es unverhältnismässig wäre, die gewünschte Investition zu tätigen. Die Höhe der Kosten von 50'000 Franken wurde angezweifelt; vonseiten einiger Fraktionen wurde geäussert, es gehe sicher auch günstiger. Der Grosse Stadtrat hat im Zusammenhang mit der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes über die Anpassung der Haltestellen und auch über ihre Ausstattung mit Bushäuschen diskutiert. Der Stadtrat hat dort dargelegt, dass er qualitativ gute, stabile Konstruktionen realisieren will. Er will keinen Luxus, aber die Bushäuschen sollen nachher auch im Betrieb vernünftige Unterhalts- und Betriebskosten aufweisen. Es wäre niemandem gedient, wenn die Stadt jetzt im Oberstechenrain eine billige Lösung realisieren würde und anschliessend grosse Aufwendungen für den Unterhalt hätte. Darum bittet der Sprechende, das Postulat aus einer solchen Gesamtbetrachtung heraus abzulehnen.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 1 mit 18 : 25 : 1 Stimmen ab.

**7 Interpellation 16, Mario Stübi und Yannick Gauch namens der SP-Fraktion vom 24. September 2020:
Zwischennutzung auf dem Carparkplatz Inseli**

Mario Stübi beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Mario Stübi: Nach der Lektüre der Antwort wird klar: Für die Umsetzung der Inseli-Initiative ist beim Stadtrat in den letzten dreieinhalb Jahren eigentlich nichts gelaufen. Ist es Arbeitsverweigerung? Oder ist es einfach erneut Mangel an politischem Gespür für einen Volksentscheid? Der SP-Fraktion graut davor, dass für einen Abstimmungsentscheid, der den öffentlichen Raum betrifft, in Sachen Umsetzung erneut der Zeithorizont der Bahnhofstrasse angewendet wird.

Hat jemand von den Anwesenden im letzten Sommer einen Car auf dem Inseli gesehen? Oder in den letzten Wochen? Auch die SP-Fraktion nicht. Die Coronapandemie ist nicht lustig. Aber wenn es einen Zeitpunkt gibt, um das Inseli carfrei zu machen, dann ist es jetzt. Sofort. Wie es die Bevölkerung gefordert hat, damals, 2017.

Der Stadtrat argumentiert, als ob schon heute Nachmittag wieder Dutzende Fahrzeuge aus ganz Europa auf dem Inseli parkieren könnten. Selbst wenn der Cartourismus bald wieder anziehen würde: Es hat für diese Fahrzeuge noch genug andere Parkiermöglichkeiten auf Stadtgebiet. Darum ist jetzt die Zeit für Zwischennutzungen unter freiem Himmel reifer denn je. Der Stadtrat soll doch bitte nicht nur beiläufig erwähnen, dass er sich das allenfalls unter Umständen, und wenn es gerade ins Konzept passt, vorstellen könnte. Die SP-Fraktion erwartet, dass diese Möglichkeit jetzt aktiv kommuniziert und unkompliziert genehmigt wird.

Fazit: So lange wie bei der Initiative für die autofreie Bahnhofstrasse ist die Geduld bei der JUSO und der SP diesmal sicher nicht mehr. Sie erwarten in den kommenden Monaten konkrete Umsetzungsschritte, sonst sehen sie sich gezwungen, erneut politisch aktiv zu werden.

Jörg Krähenbühl: Die Interpellanten fürchten wohl einen zweiten Fall Bahnhofstrasse. Die beiden Geschichten können aber nicht miteinander verglichen werden. Bei der Bahnhofstrasse sind vor allem Einsparungen an den Verzögerungen schuld, beim Inseli sind es die mangelnden Alternativen. Die SVP-Fraktion hatte noch nie Sympathien für das Anliegen eines carfreien Inseli, sie anerkennt aber das Volksvotum. Das Abstimmungsergebnis kam jedoch auch nur deshalb so zustande, weil klar war, dass es alternative Plätze für die Cars braucht. Diese sind aber bekanntlich nicht in Sichtweite. Kriens wollte sie nicht bieten und alle anderen Plätze in der Stadt Luzern sind für die SVP-Fraktion auch nicht akzeptabel. Sie will keine Cars in den Quartieren zwischengelagert. Der Stadtrat hat wie auch die SVP-Fraktion im Abstimmungskampf auf die schwierigen Umstände in Bezug auf diese Frage hingewiesen. Entgegen dem Stadtrat und den linken Parteien hat die SVP-Fraktion aber immer Hand zu Alternativen geboten. So hat sie das Parkhaus Musegg und das Projekt Metro aktiv unterstützt. Leider wurden beide Projekte von den Linken und dem Stadtrat erfolgreich bekämpft. Bei der Umgestaltung des Inseli muss man sowieso beachten, dass dieser Platz nie zu einer grünen Oase werden kann, wenn die Mäas dort erhalten bleiben soll. Und dafür steht die SVP-Fraktion genauso ein, wie für sie klar ist, dass der Inseli-parkplatz nicht aufgehoben werden darf,

solange es keine adäquate Alternative gibt. Unter Umständen werden sich im Rahmen des Durchgangsbahnhofs gute Ersatzmöglichkeiten zeigen.

Roger Sonderegger: Der Stadtrat beweist aus Sicht der CVP-Fraktion Rückgrat bei diesem Thema. Den ersten Satz der Antwort zur Frage 1 hat die CVP-Fraktion mit Freude zur Kenntnis genommen: «Voraussetzung dafür, dass auf dem Carparkplatz Inseli eine Zwischennutzung stattfinden kann, ist die Realisierung einer Ersatzlösung für die Carparkierung.» Voilà. Genau das sagt die CVP-Fraktion seit der ersten Debatte zum Inseli im Grossen Stadtrat. Der Stadtrat zieht also konsequent die Linie weiter, die er immer einhielt. Natürlich könnte man sagen, jetzt sei alles anders, die Coronapandemie habe alles verändert. Das bedeutet aber nicht, dass die Stadt in grossem Stil auf dem Inseli Zwischennutzungen durchführen könnte. Das zeigt der Stadtrat ja auch auf: Ein Dilemma liegt genau darin, dass man gerade in der Zeit, in welcher die Cars nicht hier sind, eben coronabedingt und aufgrund der Planungsunsicherheit auch keine grossen Zwischennutzungen durchführen kann. Und wenn man sie dann durchführen könnte, kommen auch die Busse wieder. Wie viele es sein werden, kann niemand wissen. Aber es werden sicher wieder einige kommen. Zu Mario Stübi, der sagte, der Stadtrat habe in dieser ganzen Zeit nichts unternommen, bemerkt der Sprechende, dass der Stadtrat sehr wohl aktiv ist, er sucht Alternativen für die Carparkierung. Das ist der erste Schritt, und erst dann kommt das, worauf sich die Fragen der Interpellation beziehen. Erst, wenn dereinst eine Alternative für die Carparkierung vorhanden ist, werden grössere Zwischennutzungen möglich sein. Bis dann sind nach Ansicht der CVP-Fraktion kleinere Zwischennutzungen möglich, die schnell und reversibel wieder entfernt werden können, oder Zwischennutzungen mit Eventcharakter, was aber in der Corona-Zeit auch nur eingeschränkt möglich ist.

Mirjam Landwehr: Dass das Inseli über drei Jahre nach dem Volksentscheid noch nicht carfrei ist, empfindet die G/JG-Fraktion als frustrierend. Es ist höchste Zeit, dass diese Umsetzung jetzt realisiert wird, da gibt sie der SP-Fraktion voll und ganz recht. Die G/JG-Fraktion kann aber auch verstehen, dass es für den Stadtrat nicht so einfach ist, eine Ersatzlösung für die Carparkplätze beim Inseli zu finden, die ja stadt- und vor allem auch quatierveträglich sein muss. Es ist darum sehr erfreulich zu lesen, dass der Stadtrat jetzt offenbar eine solche Ersatzlösung gefunden hat und die Verhandlungen sozusagen auf der Zielgerade sind. Die G/JG-Fraktion wartet gespannt auf den Kreditantrag, der sogar noch in diesem Jahr vorgelegt werden soll, und hofft natürlich, dass die Gestaltung des neuen Ersatzplatzes so ökologisch und klimatisch sinnvoll wie möglich sein wird. Auf eine möglichst attraktive Zwischennutzung auf dem Inseli, diesem zentralen Ort, hofft die G/JG-Fraktion nicht nur, sie erwartet vom Stadtrat, dass er die entsprechende Initiative frühzeitig ergreift und auch für unkonventionelle Ansätze offen ist. Vielleicht finden sich ja über eine Ausschreibung spannende Konzepte, die kreativen Köpfen entstammen. Aus Sicht der G/JG-Fraktion wäre es übrigens auch angebracht, dass der Stadtrat bereits jetzt auf einem Teil des Carparkplatzes zusätzliche Sitzgelegenheiten schafft, als Ergänzung zu Volière und Buvette, die sehr beliebt sind. Das wäre eine kurzfristige Zwischennutzung, denn jetzt in den Corona-Zeiten herrscht auf diesem Platz weiterhin gähnende Leere. Da gibt die G/JG-Fraktion der SP-Fraktion noch einmal recht. Und natürlich braucht es dann auch eine entsprechend attraktive Gestaltung, die zum Verweilen einlädt, sonst bringt die ganze Zwischennutzung dort nichts.

Stefan Sägesser sieht es ähnlich wie Mirjam Landwehr: Es gibt im Zusammenhang mit dem car-freien Inseli noch viel zu tun. Er ist mit dem Vorwurf der SP-Fraktion gegenüber dem Stadtrat nicht ganz einverstanden; die Baukommission hat vor Kurzem Informationen zum weiteren Vorgehen auf dem Inseli erhalten. Es wäre sinnvoll, wenn das Parlament häufiger über laufende Prozesse informiert würde, damit man eben nicht ein zweites Mal in eine Situation gerät wie mit der Bahnhofstrasse. Insofern ist die GLP-Fraktion froh, wenn der Grosse Stadtrat immer wieder informiert wird. Die GLP-Fraktion ist mit der Antwort zufrieden und hofft auf eine baldige Lösung.

Andreas Moser bemerkt zu Mario Stübi, dass bei diesem Thema wohl ein bisschen weniger Dramatik und Skandalisierung angebracht wäre. Das Inseli lässt sich nicht mit dem Fall Bahnhofstrasse vergleichen. Wie Roger Sonderegger sagte, ist eine Ersatzlösung für das Carparking die Voraussetzung; die Stadt ist auf dem Weg zu dieser Lösung, aber es braucht noch Zeit. Wenn die Lösung vorliegt, wird sich die FDP-Fraktion Zwischennutzungen durchaus nicht verschliessen, aber es geht einfach manchmal nicht so schnell, wie man sich das wünschen würde. Da darf man auch ein bisschen Geduld erwarten.

Stadtpräsident Beat Züsli: Der Stadtrat hat klar dargelegt und noch einmal bekräftigt, dass die Verfügbarkeit eines Ersatzstandortes für die Carparkierung Grundbedingung für eine umfassende Zwischennutzung ist. Er teilt aber die Ansicht, dass es möglich ist, kurzfristig reversible Zwischennutzungen zuzulassen, allenfalls auch auf einer Teilfläche. Das wären Nutzungen, die mit einfachen Investitionen erstellt, aber auch wieder teilweise oder ganz entfernt werden könnten. Priorität hat aber der Carverkehr, auch wenn zurzeit die Unsicherheit bezüglich der Entwicklung des Tourismus sehr gross ist. Der Stadtrat will verhindern, dass es, wenn die Nachfrage nach diesen Carparkplätzen wieder besteht, zu einer Verdrängung in Wohnquartiere kommt, insbesondere ins Tribschenquartier. Der Sprechende hat Verständnis für die Unzufriedenheit, die bezüglich der zeitlichen Abfolge geäussert wurde. Aber er wehrt sich klar gegen den Vorwurf, der Stadtrat und die Verwaltung hätten nicht vorwärtsgearbeitet. Der Stadtrat zeigt ja in der Antwort auf, dass er verschiedene Standorte geprüft hat, angefangen beim Ibach, über den Hinterschlund – dazu gab es intensive Vorarbeiten, aber der Einwohnerrat von Kriens hat dann interveniert – bis zur Rösslimatt Kriens, gegenüber dem Südpol. Diese Arbeiten laufen intensiv. Der Stadtrat zeigt auch auf, dass Planung, Baubewilligungsverfahren, Umsetzung eben doch noch eine gewisse Zeit brauchen. Er ist aber zuversichtlich, dass 2023 der Ersatzstandort für die Carparkierung beim Inseli eröffnet werden kann.

Stefan Sägesser dankt Stadtpräsident Beat Züsli für diese Ausführungen. Die Antwort des Stadtrates auf die Interpellation ist gut, sie wird nicht per se kritisiert. Was der Sprechende gegenüber dem Stadtrat immer wieder kritisiert, ist, dass man alle Regeln immer ganz genau einhalten muss und es nicht möglich ist, eine Lösung zu finden, die einen Zentimeter nach links oder rechts abweicht. Seit über einem Jahr herrscht die Coronapandemie, seit über einem Jahr fällt der Gruppentourismus mit den Cars weg, und auf dem Inseli ist nichts passiert. Das Inseli ist voll von Leuten. In der Stadt ist eine Dynamik spürbar, man will die Stadt beleben durch die Ausweitung der Aussenfläche für die Gastroszene, aber auf dem Inseli herrscht Öde. Das ist schade. Die GLP-Fraktion

hätte sich – und da unterstützt der Sprechende jetzt auch die Kritik der SP-Fraktion – mehr Flexibilität erhofft, dass man auf die Situation reagiert. Dass der Stadtrat die Regeln und Normen einhält, ist natürlich richtig. Aber es ginge darum auszuloten, was möglich wäre.

Die Interpellation 16 ist somit erledigt.

**8 Postulat 22, Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion
vom 6. Oktober 2020:
Feuerstellen im Gebiet Zimmeregg aufwerten**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Das Postulat 22 ist somit überwiesen.

**9 Postulat 53, Jules Gut und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion
sowie Mirjam Fries und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion
vom 5. Januar 2021:
Bewirtschaftung für die Velostation Bahnhofstrasse**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Stefan Sägesser erklärt, dass **die GLP-Fraktion mit der teilweisen Überweisung einverstanden ist.**

Aus dem Grossen Stadtrat hält niemand an der vollständigen Überweisung fest.

Stefan Sägesser dankt dem Stadtrat für die sorgfältige Stellungnahme, die GLP-Fraktion ist damit fast von A bis Z einverstanden. Der einzige Punkt, den der Sprechende kritisieren würde, ist der mit den Öffnungszeiten. Die GLP-Fraktion findet es ein bisschen speziell, dass ausserhalb der Öffnungszeiten nur der Bereich zugänglich ist, für welchen die Kundinnen und Kunden bezahlen. Es scheint in Bezug auf alle anderen quasi egal zu sein, wenn ihr Velo geklaut wird, sie sind ja dann selber schuld, dass sie es nicht im bezahlten Teil abgestellt haben. Natürlich muss es eine Unterscheidung geben zwischen dem Teil, für welchen man zahlt, und demjenigen, in welchem man das Velo gratis abstellen kann; das ist prinzipiell okay. Aber darüber, ob das auch auf die Sicherheit einen Einfluss haben soll und nicht nur auf die Zugänglichkeit zum Bahnhof, müsste man noch diskutieren. Im Übrigen ist die GLP-Fraktion mit der Herleitung der Referenzgrössen einverstanden, sie dankt dem Stadtrat, dass er den Vorschlag der Unterzeichneten für die Preise als gut eingemittet

betrachtet, und auch mit dem Geschenk von zwei Gratisjahren ist die GLP-Fraktion einverstanden. Bei der Billettsteuer hat man etwas Ähnliches gemacht: Der FCL musste in den ersten Jahren keine Billettsteuer zahlen, quasi als Geschenk für das Stadion. Das kann man auch bei einer doch deutlich günstigeren Velostation machen, auch wenn sie für sich betrachtet sicher nicht günstig sein wird. Mit dem Gesamtkonzept der Velostation ist die GLP-Fraktion immer noch einverstanden, dieses ist, wie der Stadtrat nochmals festhält, mit dem Durchgangsbahnhof kompatibel. Die Stadt wird ab 2030 sehr darauf angewiesen sein, dass sie im massiven Perimeter des künftigen Durchgangsbahnhofs verlässliche, sichere Velostationen hat, während alles andere dann noch in der Schwebe ist. Insofern besten Dank für die äusserst motivierende, gut fundierte Stellungnahme. Die GLP-Fraktion ist mit der teilweisen Überweisung einverstanden.

Roger Sonderegger: Vonseiten der CVP-Fraktion tönt es sehr ähnlich, die CVP-Fraktion ist über die Stellungnahme des Stadtrates sehr erfreut, sie dankt dem Stadtrat, und der Sprechende bittet den Stadtpräsidenten, den Dank an die zuständige Umwelt- und Mobilitätsdirektion weiterzuleiten. Es wurde ja schon einmal der Versuch unternommen, über die Bewirtschaftung dieser Velostation zu sprechen. Damals lautete das Gegenargument, es sei zu früh, darüber solle man nicht schon beim Projektierungskredit diskutieren, sondern wenn es wirklich um die Bewirtschaftung geht. Der Sprechende sieht zwei Gründe, warum es trotzdem sinnvoll und berechtigt ist, heute schon über das Thema zu diskutieren:

1. Wenn man eine Bewirtschaftung sinnvoll planen will, braucht es dafür Zeit. Das sieht man jetzt auch aus der Stellungnahme des Stadtrates. Es geht nicht nur darum, ob es pro Tag 1 Franken oder pro Monat 10 Franken kostet. Jemand muss die Zutrittssysteme evaluieren, muss die Zutrittssysteme planen. Die räumliche Konzeption vor Ort sieht bei einer Bewirtschaftung anders aus, es braucht eine Aufenthaltsmöglichkeit für die Personen, die in der Station arbeiten. Es ist also gut und sinnvoll, wenn man rechtzeitig weiss, dass es eine Bewirtschaftung geben wird, sonst hat man nachher Mehrkosten in der Planung.
2. Der Sprechende würde politisch nicht unterschätzen, dass die 17 Mio. Franken noch nicht beschlossen sind. Das spüren die beiden Fraktionen in der Mitte, die das Postulat unterzeichnet haben, mehr als diejenigen an den Polen. Die CVP-Fraktion hört von ihren Leuten, die nicht voll auf der Veloförderungsschiene fahren, dass 17 Mio. Franken für eine Velostation wahnsinnig viel Geld ist. Um das gut verkaufen zu können, braucht es Argumente. Eine Bewirtschaftung ist ein Argument, das vielen Leuten einleuchtet. Bei dieser Grössenordnung ist eine Bewirtschaftung auch angemessen. Darum hält die CVP-Fraktion es für richtig, dass der Grosse Stadtrat heute schon darüber spricht, egal, wie das Resultat der Abstimmung hier drin dann nachher aussieht.

Die CVP-Fraktion verfolgt zwei Anliegen: Sie will eine Bewirtschaftung der Velostation in dem Sinn, dass ein Teil der Parkplätze etwas kostet – nur ein Teil der Parkplätze, nicht alle; das hat die CVP-Fraktion schon immer so kommuniziert. Und es soll dort Personen geben, die bei Problemen helfen können, die Veloleichen herausnehmen, die Zusatzdienstleistungen anbieten wie Reparaturen, Reinigung und was sonst noch alles in Frage kommt.

Die CVP-Fraktion ist überzeugt, dass es diese Velostation braucht. Der Sprechende erinnert noch einmal an den Bedarf, der dafür besteht: Fünf Jahre, nachdem diese Velostation eröffnet wird, ist jene auf der Uniseite wahrscheinlich weg, und auch der Velotunnel wird geschlossen. Gleichzeitig

möchte die Stadt die Bahnhofstrasse von den Velos entlasten. Nur schon unter diesen Aspekten ist der Bedarf vorhanden, und dazu wird noch eine dynamische Entwicklung erwartet. Darum liegt es der CVP-Fraktion am Herzen, dass es eine richtig grosse und richtig gute Sache wird. Hier ist jetzt für einmal ein Rindsfilet angezeigt – es muss nicht immer ein Rindsfilet sein, manchmal ist auch ein Schweinsplätzchen gut genug – aber hier braucht es ein richtig gutes Infrastrukturbauwerk, eben ein Rindsfilet.

Der CVP-Fraktion sind in der Stellungnahme einige Punkte besonders aufgefallen: Die Velostationen werden fast überall in der Schweiz bewirtschaftet; eine bewirtschaftete Velostation in der Stadt Luzern wird also nicht ein Exotikum sein. Es freut die CVP-Fraktion gleich wie die GLP-Fraktion, dass die Preisvorstellungen realistisch sind, da haben die Unterzeichneten nicht irgendetwas erfunden oder erträumt, sondern die Grössenordnung ist offenbar auch aus Sicht des Stadtrates vernünftig. Die CVP-Fraktion ist damit einverstanden, dass der Stadtrat das Postulat nur teilweise entgegennimmt, weil er sich nicht vorzeitig auf das Zutrittssystem Velocity festlegen will, und sie ist auch einverstanden – mindestens ein Teil der Fraktion –, dass der Stadtrat die Gebühren in den ersten zwei Jahren schenken will und sich davon einen Einführungs- und Gewöhnungseffekt erhofft.

Zwei Fragen hat die CVP-Fraktion noch, die aber, falls es nicht heute möglich ist, sie zu beantworten, gern auch im Nachhinein beantwortet werden können: Gibt es schon Vorstellungen, wo die Motos hinkommen? Die Frage stellt sich vor allem in Bezug auf die Situation bei der Hauptpost. Die gleiche Frage stellt sich auch in Bezug auf die Leihräder der Stadt. Es ist wahrscheinlich ein bisschen früh, um diese Aspekte zu diskutieren, aber vielleicht gibt es diesbezüglich schon Vorstellungen. Die zweite Frage: Der Stadtrat spricht in seiner Stellungnahme von Erträgen in der Höhe von 65'000 Franken. Sind in diesen Erträgen die Dienstleistungen eingerechnet oder nicht? Die CVP-Fraktion vermutet, dass sie nicht eingerechnet sind, weiss es aber nicht sicher.

Zum Schluss legt der Sprechende seinen Ratskolleginnen und Ratskollegen wärmstens ans Herz, das Postulat zu unterstützen. Es stellt einen guten Kompromiss dar, es liefert für diejenigen, die am Zweifeln sind, gute Argumente, wie sie dereinst abstimmen sollen. Sie haben noch lange Zeit, aber es ist gut, wenn man gute Argumente hat. Eine Bewirtschaftung bedeutet Sauberkeit, Sicherheit, Komfort, das Velochaos dort wird verschwinden.

Nico van der Heiden hat es vom Vorgehen her nicht ganz verstanden, wieso man die Bewirtschaftung dieser Velostation hier im Parlament dermassen bewirtschaften muss, obwohl dem Grossen Stadtrat der Baukredit schon sehr bald vorgelegt wird. Er hat sich gefragt, ob das aus Vorfreude auf diese Velostation geschieht, oder ob es allenfalls der Versuch ist, doch noch ein Argument zu finden, dass man in der Volksabstimmung gegen diese Velostation sein könnte. Der Sprechende würde es sehr gelassen nehmen, wenn sich die GLP-Fraktion und die CVP-Fraktion gegen das Projekt aussprechen würden, falls die Bewirtschaftung fehlt. Denn die Wählerinnen und Wähler der GLP und der CVP werden genauso zu den Nutzerinnen und Nutzern dieser phantastischen Velostation gehören und werden sowieso ein Ja in die Urne legen. So viel vorweg: Den Gefallen, den unterzeichneten Fraktionen einen Steilpass zu liefern, die Velostation abzulehnen, wird ihnen eine Mehrheit der SP-Fraktion nicht machen. Auch wenn es eine Drängelei und Zwängerei ist, es bleibt ein Postulat, ein Prüfauftrag, und damit kann eine Mehrheit der SP-Fraktion gut leben, denn entschieden wird beim B+A, der noch folgt und zu welchem die Mitglieder des Grossen Stadtrates

jetzt dank dem Postulat schon ein erstes Appetithäppchen lesen konnten. Der Sprechende fordert die Mitglieder des Grossen Stadtrates auf, noch ein bisschen Geduld zu haben, im Herbst werden sie sich gleich noch einmal streiten können. Für die SP-Fraktion ist es nämlich durchaus wichtig, was der Gegenwert für den Preis ist, den die Velofahrenden dann bezahlen sollen. Ist es ein toller Service, wie es im Postulat und auch in der Stellungnahme steht, ist es eine bewachte Station, sind es Reparaturmöglichkeiten, Sauberkeit, Ordnung, Topparkplätze für alt Grossstadträte zuvorderst, kann eine Mehrheit der SP-Fraktion damit gut leben. Wenn man aber einfach für einen Veloabstellplatz bezahlen muss, den es oberirdisch auch gibt, wird das nicht funktionieren. Der Sprechende hat es schon oft gesagt und bleibt dabei: Das oberirdische Parkieren wird man nicht verhindern können, das ist auch vom Bundesrecht her so, also muss man einen Mehrwert bieten, einen Anreiz schaffen, damit die Leute in die Velostation hinuntergehen. Ein Preis ist per se einfach einmal ein negativer Anreiz.

Es ist dann sicher auch eine Frage der Menge, wie viele von den Abstellplätzen bewirtschaftet werden sollen. In der Stellungnahme heisst es, dass 500 von diesen 1'200 dafür vorgesehen sind. Das scheinen dem Sprechenden sehr viele zu sein; das sind nicht nur die Premiumparkplätze ganz vorne, welche diejenigen brauchen, die nur noch zwei Minuten Zeit haben, um auf den Zug zu rennen. Eines ist klar: Wenn man eine maximale Veloförderung möchte, müsste man auch mit finanziellen Anreizen arbeiten, also Gratisparkplätze mit gutem Service anbieten. Der Sprechende ist sehr gespannt, welcher Teil der Velostation wie stark genutzt werden wird, wenn man nach der Übergangsfrist von zwei Jahren die Gebühr einführt. Es kam ihm noch das Pilotprojekt Smartmo in den Sinn, die Premiumabstellplätze direkt vor dem Bahnhof mit tollem Service, die premium den Bach hinuntergingen. Die Nutzung war null, sie war nicht gering, sondern einfach null, diese Abstellplätze wurden einfach nicht genutzt. Das darf bei der neuen Velostation auf keinen Fall passieren. Zürich liefert ein ähnliches Beispiel, dort musste man vor Kurzem in einer neu eröffneten Velostation mit den Preisen massiv hinunter – die Preise bewegten sich etwa in der Grössenordnung, welche auch den Postulanten und der Postulantin und dem Stadtrat vorschwebt, und auch dort bestand eben weiterhin die Möglichkeit, die Velos oberirdisch abzustellen. Letzteres war einfach zu attraktiv. Eine Mehrheit der SP-Fraktion ist also zähneknirschend bereit, die Bewirtschaftung der Velostation im Sinn des Stadtrates weiter zu prüfen, wenn denn ein wirklicher Mehrwert damit verbunden ist, und stimmt der teilweisen Überweisung des Postulats zu. Eine Minderheit der Fraktion will volle Veloförderung und somit Gratisparkplätze für alle statt für wenige, und lehnt daher das Postulat ab.

Thomas Gfeller: Die grundlegende Meinung der SVP-Fraktion in Bezug auf die Velostation an der Bahnhofstrasse ist allen bekannt. Die SVP-Fraktion hat das Projekt massiv bekämpft, sie hat aber in der Bevölkerung keine Mehrheit gefunden und akzeptiert selbstverständlich den Wählerentscheid. Die SVP-Fraktion versucht also, die Zukunft der Velostation mitzufördern. Es gibt doch einige Leute in der SVP, die tatsächlich Velo fahren, und für diese ist es wichtig, dass sie mitreden können.

Die SVP-Fraktion betrachtet das Projekt, wie es angedacht ist, als absolut prüfenswert. Sie begrüsst es, dass die Nutzerinnen und Nutzer der Velostation die Wahlmöglichkeit zwischen gebührenfrei und gebührenpflichtig haben. Die Gebührenpflicht unterstützt die SVP-Fraktion insoweit, als ein Mehrwert daraus generiert werden soll. Der Mehrwert kann darin bestehen, dass man den

Akku für das E-Bike laden kann, dass man einen breiteren Parkplatz für das Lastenbike hat, dass es abschliessbare Helmächer gibt oder kürzere Gehdistanzen zum Bahnhofterminal usw. Die Preisvorstellung der Postulanten erachtet die SVP-Fraktion als moderat; diese Preise sind für sie vertretbar. In Bezug auf das Zutrittssystem schliesst sich die SVP-Fraktion der Meinung des Stadtrates an: Man soll sich nicht schon jetzt auf ein schweizweit einheitliches Zutrittssystem festlegen, sondern sich die Optionen offenhalten. Mit der teilweisen Überweisung des Postulats ist die SVP-Fraktion einverstanden.

Martin Abele spricht für die Grünen, für die Jungen Grünen wird nachher noch Jona Studhalter ein separates Votum halten. Der Bedarf für die neue Velostation an der Bahnhofstrasse ist hinreichend belegt. Es gibt rund um den Bahnhof viel zu wenig Veloabstellplätze, und das wird sich in Zukunft noch akzentuieren. Der Stadtrat schreibt richtig, dass mit der Realisierung des Durchgangsbahnhofs aufgrund der höheren Frequenzen die Nachfrage nach Veloabstellplätzen in Bahnhofsnähe noch zunehmen wird.

Nach Ansicht des Sprechenden argumentieren die Postulantin und die Postulanten verkehrt für die Bewirtschaftung der Velostation, nämlich dass die hohen Bau- und Investitionskosten die Einführung eines Bewirtschaftungsmodells notwendig machen würden, die Kosten müssten wieder heringeholt werden. Es stimmt: 17 Mio. Franken sind viel Geld. Aber es gibt auch eine einfache ökonomische Regel, dass sich der Preis nach der Nachfrage richtet. Im Fall der Velostation bedeutet das, dass man sehr klug kalkulieren muss, um dem neuen Angebot zum Erfolg zu verhelfen.

Die Grünen legen grossen Wert darauf, dass die Velostation am Bahnhof für möglichst viele Velofahrerinnen und Velofahrer attraktiv ist und entsprechend bedarfs- und nutzergerecht konzipiert wird. Es ist wichtig, dass ein hoher Anteil an Gratisabstellplätzen zur Verfügung steht, um den Nutzungsdruck auf die oberirdischen Flächen zu minimieren und diese entsprechend freispielen zu können. Nico van der Heiden hat es schon angesprochen: Das Bundesgesetz legt klar fest, dass Velos oberirdisch abgestellt werden dürfen. In Art. 41 Abs. 1 der Verkehrsregelnverordnung heisst es: «Fahrräder dürfen auf dem Trottoir abgestellt werden, sofern für die Fussgänger ein mindestens 1,50 m breiter Raum frei bleibt.» Wenn die Velostation nicht so konzipiert wird, dass sie genutzt wird, werden alle diese Velos auch nachher noch oberirdisch abgestellt. Das gilt es zu vermeiden.

Die Mehrheit der G/JG-Fraktion sieht aber auch einen Bedarf an bewirtschafteten Abstellplätzen, namentlich aus Sicherheitsgründen, werden doch in der Stadt Luzern relativ viele Velos gestohlen. Der Sprechende erhielt gerade in den letzten Wochen auf Facebook mehrere Meldungen, dass Velos gestohlen worden seien, auch wenn sie in einem Veloraum und abgeschlossen waren. Velodiebstahl ist ein virulentes Problem. Das könnte für viele Leute durchaus ein Grund sein, dass sie bereit sind, etwas zu zahlen. Auch für Pendlerinnen und Pendler, die sich z. B. unter der Woche in einer anderen Stadt aufhalten, aber das Velo über mehrere Tage am Bahnhof lassen wollen, ist eine bewachte Velostation eine gute Sache. Der Sprechende konnte eine solche Dienstleistung auch schon nutzen: Als er noch nicht permanent in Luzern war, sondern in Zürich, brachte er das Velo häufig in die Velostation und liess es dort über mehrere Tage stehen. Sicherlich gibt es auch einen Teil der Velogemeinde, die es aus Komfortgründen schätzt, wenn man in der Velostation z. B. ein Kästchen hat, sodass man Helm oder Velohose beim Velo lassen kann, wenn es auch Reparaturmöglichkeiten gibt usw. Das alles ist bei einer bewirtschafteten Velostation möglich. Die

Bewirtschaftung muss also einen entsprechenden Mehrwert aufweisen, damit sie die Akzeptanz der Nutzerinnen und Nutzer findet.

Das Konzept des Stadtrates sieht vor, die Velostation in zwei Sektoren zu unterteilen, von welchen der grössere gebührenfrei nutzbar sein wird. Das ist richtig so. Es ist aber essenziell, dass der kostenpflichtige Teil nicht zu gross konzipiert wird. Die Erfahrungen aus anderen Velostationen zeigen, dass sonst viele dieser Plätze leer bleiben, was auf Kosten der anderen Plätze geht. Nach Ansicht der Grünen stimmt das Verhältnis 500 kostenpflichtige zu 700 Gratisplätzen nicht. Mit einem Verhältnis von einem Drittel zu zwei Dritteln würde der Bedarf besser abgedeckt. Deshalb bitten die Grünen den Stadtrat, noch einmal über die Bücher zu gehen, und empfehlen ihm, das Verhältnis aufgrund der Erfahrungen bei anderen Velostationen noch sehr genau zu evaluieren.

Die Mehrheit der Grünen ist mit einer teilweisen Überweisung des Postulats 53 einverstanden. Für die Junge Grünen wird wie bereits angekündigt noch Jona Studhalter sprechen.

Damian Hunkeler ist naturgemäss der Velostation gegenüber nicht ganz so euphorisch wie einige seiner Vorredner. Die Euphorie, die man aus der Stellungnahme des Stadtrates herauslesen kann, ist schön, die FDP-Fraktion freut sich auf den B+A, mit welchem der Grosse Stadtrat noch mehr Antworten erhalten wird, auch zu den Kosten. Aber über die Kosten muss der Grosse Stadtrat jetzt nicht diskutieren, denn offensichtlich muss man eine solche Investition nicht über den Ertrag finanzieren wollen. Grundsätzlich ist es für die FDP-Fraktion selbstverständlich, dass solche Veloabstellplätze bewirtschaftet werden müssen. Wenn man schon die Investitionskosten nicht mit dem Ertrag rechtfertigen kann, so müssten mindestens die laufenden Kosten irgendwie hereingeholt werden, z. B. die Kosten für Sauberkeit und Sicherheit. Wahrscheinlich ist auch das infrage gestellt. Zu Martin Abele bemerkt der Sprechende, dass man, wenn es rein um Angebot und Nachfrage gehen sollte, wohl auf die Velostation verzichten müsste, da ja offensichtlich die Bereitschaft, etwas für diese Plätze zu zahlen, sehr gering ist. Es wäre auch falsch, jetzt schon im Zusammenhang mit diesem Postulat über ein Zutrittssystem zu diskutieren, solche Fragen muss man offenlassen. Die FDP-Fraktion unterstützt den Stadtrat darin, dass er sich das vorbehalten will, bis es dann wirklich so weit ist und man das Bewirtschaftungssystem konkret prüfen kann. Die FDP-Fraktion stimmt der teilweisen Überweisung des Postulats zu.

Jona Studhalter hält sein Votum im Namen der Jungen Grünen und eines junggebliebenen Teils der Grünen. Man sollte meinen, der Pilotversuch mit bezahlten Premiumveloabstellplätzen vor dem Haupteingang des Bahnhofs hätte gezeigt, dass es keine Nachfrage nach solchen bepreisten Veloabstellplätzen gibt. Aber dem Sprechenden wird wahrscheinlich jetzt entgegengehalten, man könne diese Veloabstellplätze nicht mit der geplanten Velostation vergleichen. Auch wird man sagen, dass die bisherige Velostation, wo man die Velos jetzt gratis abstellen kann, nicht wegen der Bepreisung so schlecht ausgelastet gewesen sei; auch das könne man nicht mit der Bewirtschaftung der geplanten Velostation vergleichen. Und auch dass die anderen Velostationen in Bern und Zürich Probleme mit der Auslastung haben und mit den Preisen hinuntergehen, könne man nicht vergleichen. Die Velostation an der Bahnhofstrasse Luzern ist also eine unvergleichliche Velostation, sie ist so einzigartig, dass man sie mit keinem anderen Veloabstellort in der Schweiz vergleichen kann. Dann könnte man für jeden Abstellplatz in dieser unvergleichlichen Velostation ja geradezu 5 Franken pro Tag verlangen. – Einige werden jetzt vielleicht ein bisschen schmunzeln oder

den Kopf schütteln. Natürlich kann man das vergleichen, man muss es sogar vergleichen, denn die Stadt Luzern braucht doch irgendeinen Referenzwert. Sie will ja vermeiden, dass die Auslastung nur bei 5 Prozent liegt wie bei den Smartmo-Abstellplätzen am Bahnhof oder bei 50 Prozent wie in den Velostationen in Zürich, Bern oder der bisherigen in Luzern. Das Problem ist nicht, dass diese Veloabstellplätze etwas kosten. Das Problem ist, dass die Stadt Luzern zu wenig Veloabstellplätze hat. Wenn man die oberirdischen Veloabstellplätze in den Boden verlegt, gibt das unter dem Strich gar nicht so viel mehr Veloabstellplätze. Die Jungen Grünen wollen nicht, dass man einfach ein riesiges Loch in den Boden gräbt, denn es würde wirklich einfach ein Loch bleiben, weil niemand sein Velo dort abstellt. Die Stadt Luzern hat den Klimanotstand ausgerufen, und jetzt geht es darum, dass der Grosse Stadtrat alles ermöglicht, damit die Leute auf das Velo und auf den ÖV umsteigen. Die Leute reagieren teils sehr sensibel auf eine Bepreisung; das soll man nutzen bei den Coop-Plastiksäckchen, aber doch nicht bei Veloabstellplätzen am Bahnhof! Zuerst soll die Stadt Luzern genug Veloabstellplätze schaffen und den Bahnhof gut erreichbar machen, dann dürfen die GLP- und die CVP-Fraktion gern wieder einen solchen Vorstoss einreichen. Aber die Jungen Grünen vertreten den Grundsatz, dass für alle, die ihr Velo am Bahnhof abstellen müssen, das auch möglich sein soll, ohne dass sie dafür zu zahlen haben.

Stadtpräsident Beat Züsli dankt für die anregende Diskussion. Der Stadtrat hat seine Haltung dargelegt, er ist der Meinung, dass es gerechtfertigt ist, zumindest bei einer Teilfläche der Velostation eine angemessene Gebühr zu erheben, wenn die Abstellplätze dort attraktiver sind und mehr Sicherheit bieten, und wenn auch zusätzliche Dienstleistungen in Anspruch genommen werden können. Das Ziel, das die Stadt verfolgt, ist trotzdem, die Bahnhofstrasse von den Velos zu entlasten. Die Stadt investiert in eine Aufwertung der Bahnhofstrasse, und dazu braucht sie zusätzliche Plätze in der unterirdischen Velostation.

Die zwei Fragen, die gestellt wurden – der Standort der Abstellplätze für Motos und ob der in der Stellungnahme angenommene Ertrag inklusive oder exklusive der Dienstleistungen gerechnet ist – kann der Sprechende im Moment nicht beantworten; man wird aber im Rahmen des B+A sicher darauf eingehen.

Damit die neue Velostation Erfolg hat, ist die Zeit des Übergangs von der aktuellen Situation in die neue Situation ganz entscheidend. Darum schlägt der Stadtrat vor, in den ersten zwei Jahren keine Gebühren zu erheben, damit die Stadt Erfahrungen sammeln und prüfen kann, ob es weitere flankierende Massnahmen braucht, damit die Station genutzt und die Bahnhofstrasse wirklich von der oberirdischen Veloparkierung entlastet wird. Über weitere Details, die für die Umsetzung auch entscheidend sein können, wie z. B. die Öffnungszeiten oder der Preis, wird man noch weiter diskutieren müssen, und der B+A wird dazu auch weitere Ausführungen enthalten.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 53 teilweise.

- 10 Postulat 46, Nico van der Heiden und Raphaela Meyenberg namens der SP-Fraktion sowie Barbara Irniger und Martin Abele namens der G/JG-Fraktion
vom 18. Dezember 2020:
Mehr Velosäcke braucht die Stadt Luzern**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Somit ist das Postulat 46 überwiesen.

Vor der Mittagspause werden jetzt noch die Traktanden 14 und 15 behandelt. Nach der Mittagspause (11.50–14.00 Uhr) werden als Erstes die Dringlichen Postulate diskutiert, dann folgen die Traktanden 11–13, dann die Traktanden 16–19.

Die Protokollierung folgt der Traktandenliste, das heisst, sie bietet jetzt die Behandlung der Dringlichen Postulate, dann die Traktanden 11–19.

Die beiden Dringlichen Postulate 75 und 81 werden zusammen behandelt.

- Dringliches Postulat 75, Christov Rolla, Michael Zeier-Rast, Adrian Albisser, Tamara Celato, Mike Hauser, Marc Lustenberger, Jona Studhalter, Judith Wyrsh und Lisa Zanolli namens der Bildungskommission
vom 26. März 2021:
Für einen attraktiven Standort des kantonalen Museums in der Stadt Luzern**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat wird kein Ablehnungsantrag gestellt.

Das Dringliche Postulat 75 ist somit überwiesen.

Das Dringliche Postulat 75 wird in die Diskussion zum folgenden Dringlichen Postulat 81 einbezogen.

- **Dringliches Postulat 81, Silvio Bonzanigo vom 7. April 2021:
Unterstützung des Regierungsrates bei der Standortsuche für das Kantonsgericht in der Stadt Luzern**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Silvio Bonzanigo ist mit der teilweisen Überweisung einverstanden.

Auch sonst hält niemand aus dem Grossen Stadtrat an der vollständigen Überweisung fest.

Christov Rolla dankt dem Stadtrat für seine Stellungnahmen zu den beiden Dringlichen Postulaten. Beide Vorstösse enthalten für den Sprechenden etwas von Nachbarschaftshilfe im besten Sinn, auch wenn er sich manchmal mit der Zweiteilung von Stadt und Kanton schwertut, denn diese sind ja nicht in erster Linie Antagonisten. Die Stadt Luzern ist zuerst einmal ein Teil des Kantons, ein Fünftel der Kantonsbevölkerung wohnt in der Stadt Luzern. Aber in diesem Fall trifft das Bild von der Nachbarschaftshilfe zu, nur schon wegen der mehr oder minder tatsächlich direkten Nachbarschaft diverser repräsentativer Gebäude. Manchmal ist die Stadt nicht nur Nachbar, sondern wie heute sogar Hausgast beim Kanton. In diesem nachbarschaftlichen Sinn wird der Stadtrat mit den beiden Postulaten aufgefordert, dem Kanton bei der Suche nach einem optimalen Standort für die Gerichte, aber auch für die Museen behilflich zu sein. Der Sprechende möchte das überhaupt nicht so verstanden wissen, dass der Kanton allein dazu nicht fähig wäre, sondern es soll ein freundeidgenössisches Zeichen der Zusammenarbeit sein, ein positives Signal, dass die Stadt nicht, wie es manchmal heisst, einfach macht, was sie will, dass sie nicht einfach in Frontalopposition geht, auch wenn die Haltung des Stadtrates, eines grossen Teils der Stadtbevölkerung und vermutlich auch der meisten Fraktionen hier drin in Bezug auf die Museen eine andere ist als die des Regierungsrates. Vielleicht identifiziert sich die Stadt einfach ein bisschen mehr mit den beiden Museen als der Regierungsrat; das hält der Sprechende nicht für ausgeschlossen. Es geht heute zwar nicht inhaltlich um das bisherige Historische Museum und das bisherige Naturmuseum; zu dieser Frage konnten sich die Mitglieder des Grossen Stadtrates angelegentlich der letzten beiden diesbezüglichen Interpellationen äussern, und letztlich ist das ja wirklich eine Sache des Kantons. Trotzdem darf und soll ein Wort dazu verloren werden, da diese Zusammenlegung so hoch umstritten ist. Wäre das Zeughaus ein ganz famoser Standort, wären die beiden Vorstösse ziemlich sicher nicht eingereicht worden und würden vermutlich auch nicht überwiesen. Diesbezüglich ist die Haltung der G/JG-Fraktion klar: Auch wenn ein fusioniertes Museum ein gewisses Potenzial haben kann, ist es doch der falsche Ansatz, aus vermeintlichem, nach Ansicht der Fraktion aber letztlich freiwilligem Spardruck zu schauen, wo man Ausgaben einsparen kann, sich daraufhin zwei wichtige, höchst populäre und autonome Museen auszusuchen, sie ohne griffiges oder zumindest grobes Konzept zusammenzuschliessen, wobei man den Verlust der Hälfte der Ausstellungsfläche in Kauf nimmt und die Situation bezüglich der Sammlungen und ihrer Lagerung ungeklärt lässt, und den so eingedampften Bildungstempel schliesslich an einen denkbar ungeeigneten Ort zu verpflanzen, nur weil einem der Standort Pfistergasse für das Gericht günstig erscheint. Dass der Kanton beziehungsweise der Regierungsrat den Wunsch nach einem zentralen und repräsentativen

Standort für das Gericht hat, ist für die G/JG-Fraktion absolut nachvollziehbar. Für den Sprechenden persönlich müsste dieser nicht unbedingt in der Stadt Luzern sein, er fände Wolhusen, Sursee oder – warum auch nicht – Sempach – im Gedenken an die Schlacht, die dort stattfand – mindestens genauso symbolträchtige Standorte. Dass die Stadt Luzern anscheinend eine Wunschkandidatin ist, freut die G/JG-Fraktion natürlich; für die Stadt ist das sicher eine reizvolle Aussicht, wenn das Gericht an einem auch für sie funktionierenden Standort liegt und wenn deswegen die Museen nicht benachteiligt werden. So unterstützen die beiden Postulate, für welche der Sprechende an dieser Stelle herzlich dankt, den Stadtrat in seinen bisherigen Bestrebungen und setzen gleichzeitig ein Zeichen der Kollaborationsbereitschaft und des guten Willens der Stadt dem Kanton gegenüber. Die G/JG-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Entgegennahme beziehungsweise dem Grossen Stadtrat für die Überweisung des Postulats 75 der Bildungskommission. Die teilweise Entgegennahme des Postulats 81 ist für die Fraktion nachvollziehbar: Wenn die kantonalen Dienststellen das nötige Wissen schon haben, gibt es in der Tat keinen Grund, ihnen noch einmal zu erzählen, was sie schon wissen, und auch die Ausführungen zum Baufeld, das gemäss der Darstellung fast mehr ein Spickel ist, sind für die G/JG-Fraktion plausibel. Die G/JG-Fraktion unterstützt also die teilweise Überweisung der Postulats 81.

Silvio Bonzanigo schliesst sich, was das Postulat 75 betrifft, vollständig den Ausführungen von Christov Rolla an, er äussert sich nicht mehr im Einzelnen zur Standortfrage der Museen, sondern hauptsächlich zu dem, was den Kern seines Vorstosses bildet, nämlich zum Kantonsgericht. Für ihn ist klar – und da zeigt sich eine gewisse Differenz zu Christov Rolla –, dass das Kantonsgericht in die Stadt Luzern gehört, wie der Kantonsrat in der Stadt Luzern, am Hauptort, tagen soll, wie der Regierungsrat seine Gebäude in der Stadt Luzern haben soll. Für den Sprechenden scheiden Gebäude ausserhalb der Stadtgrenzen aus, auch an der Peripherie der Stadt Luzern sieht er das Kantonsgericht nicht. Die städtebauliche Situation am Kasernenplatz kann mit einem solchen Bau deutlich aufgewertet werden, für den unbefriedigenden Abschluss in nordwestlicher Richtung wird seit Jahren eine bessere Lösung gesucht. Planungsrechtlich – damit geht der Sprechende auf die teilweise Entgegennahme durch den Stadtrat ein – und auch grundeigentumsrechtlich ist es keine einfache Situation, aber an solche Herausforderungen ist man sich in der Stadt von verschiedenen anderen Projekten her gewöhnt. Auch das Bundesrecht muss im Hinblick auf den Nationalstrassenzubringer berücksichtigt werden. Für die damals geplante Uni war ja die Situation nicht anders, und auch da hatte man den guten Glauben, dass man die planungs- und eigentumsrechtlichen Fragen lösen könnte.

Der Sprechende hat ein paar Gerichtsgebäude angeschaut, die im Bau sind, z. B. eines in Liestal, eines in Meilen. Wie sich ihm dabei klar zeigte, ist es heutzutage absolut zwingend, dass es einen öffentlichen Bereich gibt und einen, der nur für die Gerichtsverwaltung selber zugänglich ist. Am einen Ort wurde das durch einen Verbindungsbau erreicht, am anderen Ort durch eine Untertunnelung einer Strasse, sodass das alte Gebäude mit dem neuen Gebäude über einen Tunnel verbunden ist. Die beiden Gebäude am Kasernenplatz, die jetzt als Museen genutzt werden, kann man sicher nicht baulich verbinden, das wäre aus ästhetischen und anderen Überlegungen ein Unding. Im Grundwasser der Reuss einen langen Kanal zu graben würde das finanzielle Ende dieses Projekts bedeuten. Die beiden Gebäude dort sind wirklich nicht geeignet, um die ganze Kantonsgerichtsbarkeit darin unterzubringen. Der Sprechende hat beim Kanton zweimal nachgefragt, ob die

sogenannte Machbarkeitsstudie für das Museum auf Musegg öffentlich einsehbar ist, und hat zweimal einen abschlägigen Bescheid erhalten. Das stärkt natürlich das Vertrauen in die Planung des Kantons nicht.

Als Letztes ist es dem Sprechenden wichtig zu betonen, dass die Stadt in Bezug auf das, was die Bevölkerung in dieser Stadt wahrnehmen kann, eine erhöhte Verantwortung trägt, auch wenn die Gebäulichkeiten und das Grundstück dem Kanton gehören. Deshalb erwartet der Sprechende, dass die Stadtregierung diesbezüglich Leadership walten lässt und nicht einfach das Gutdünken des Kantons, wie dieser seine eigenen Gebäulichkeiten mit Nutzungen ausstatten will, als gegeben hinnimmt. In diesem Sinn dankt der Sprechende den Mitgliedern des Grossen Stadtrates, wenn sie sein Postulat teilweise überweisen. Zusammen mit der vollständigen Überweisung des Postulats 75 ergibt sich so ein deutliches Zeichen, dass die Stadt gewillt ist, einerseits, was die Museen betrifft, eine eigenständige Rolle einzunehmen, und gleichzeitig andererseits den Kanton zu unterstützen, dass das Kantonsgericht in der Stadt den richtigen Platz erhält und so gebäulich und funktionsmässig top sein kann.

Adrian Albisser: Das Thema hat eine gewisse Tragweite und wird den Grossen Stadtrat wahrscheinlich noch weiter beschäftigen. Man könnte vermuten, der Kantonsratssaal animiere den Grossen Stadtrat zum Übergriff, er diskutiert jetzt über kantonale Museen. Der Ausgangspunkt, weshalb die Bildungskommission diesen Vorstoss überhaupt einreichte, ist aber ein anderer, nämlich dass die Stadt als Standortgemeinde vom Entscheid des Kantons sehr stark betroffen ist. Es ist der städtischen Bildungskommission natürlich ein Anliegen, für den Bildungs- und Kulturraum in der Stadt Luzern zu sorgen und gute Voraussetzungen dafür zu schaffen. Dieses Anliegen wird, wie die Diskussionen zeigten, von allen Fraktionen mitgetragen. Die Stadt ist sehr interessiert daran, dass die beiden publikumsträchtigen Museen eine zukunftsfähige Basis erhalten. Der Grosse Stadtrat ist aber nicht der richtige Ort, um über die Zusammenlegung der beiden Museen eine Diskussion zu führen, darüber wird der Kantonsrat entscheiden. Der Stadtrat nennt jedoch in seiner Stellungnahme sehr viele gute Argumente, weshalb man die Zusammenlegung anzweifeln kann. Die SP-Fraktion könnte diese Argumente nicht besser formulieren, sie wird die Haltung des Stadtrates unterstützen. In der Stellungnahme wird auch dargelegt, dass die fachlichen und politischen Gespräche stattgefunden haben, aber in der Detailtiefe für den Stadtrat noch nicht ganz deutlich werden liessen, wo es durchgehen könnte. Man erhält auch den Eindruck, dass der Kanton selber an den Gelingensbedingungen für dieses Projekt kratzt, denn es braucht doch ganz klar die Information und die Mitarbeit der Standortgemeinde. Darum ist es eben kein Übergriff, wenn der Grosse Stadtrat jetzt quasi versucht, für das kantonale Projekt ein Stück weit die Leitplanken zu setzen. Eigentlich hätte im Vorfeld das eine oder andere Gespräch vertiefter stattfinden müssen, man hätte klären müssen, was genau die Interessen der Stadt und was die Interessen des Kantons sind. Es geht ja nicht nur um die kantonalen Museen, sondern da kommt plötzlich auch das Gericht dazu, es wird über die Rössligasse 12 diskutiert, man wird über die Sentimatt diskutieren: Sehr viele Parzellen und Gebäude in der Stadt Luzern sind im Moment davon betroffen, dass der Kanton dort wahrscheinlich eine andere Nutzung etablieren wird. Das hat für die Stadtentwicklung enorme Auswirkungen. Der Grosse Stadtrat hat jetzt vonseiten des Stadtrates das Bekenntnis erhalten, dass er die Zusammenarbeit mit dem Kanton auf Augenhöhe entwickeln will. Es ist ein starkes Zeichen, wenn der Grosse Stadtrat das Postulat der Bildungskommission gemeinschaftlich überweist und

dem Stadtrat den Auftrag gibt, diese Rolle aktiv zu übernehmen, denn es ist sehr entscheidend, was für Entwicklungen auf diesen Parzellen stattfinden und welche Nutzungen dort installiert werden. Die SP-Fraktion hofft, dass mit dem heutigen klaren Zeichen die Botschaft ankommt und vom Kanton aufgenommen wird. Der Sprechende glaubt, dass es sich lohnt, allenfalls auch auf Feld 1 zurückzugehen. Man könnte es auch anders formulieren und den Kanton auffordern, an die Steuergelder zu denken, die er einsetzt. Das Projekt, das er vorsieht, scheint doch eher eine Hochrisikokapitalanlage zu sein und nicht eine konsolidierte Basis für eine gute Museumspolitik zu bilden. Die SP-Fraktion sieht auch nicht, wie mit dem Vorgehen, das der Kanton jetzt angedacht hat, für die Museen oder für die kulturelle Ausrichtung der Luzerner Museumspolitik tatsächlich ein Fortschritt entsteht. Darum ist die Fraktion froh um die Stellungnahme des Stadtrates, denn darin steht vieles, was dann in den Gesprächen aufgenommen werden kann. Die SP-Fraktion legt Wert darauf, dass das Ganze sehr konstruktiv weitergeht; Stadt und Kanton müssen zusammenarbeiten, damit sie vorankommen und eine gute Lösung finden können, die mehrheitsfähig ist. Das Postulat 81 von Silvio Bonzanigo hat ein konkretes Baufeld am Kasernenplatz vor Augen. Der Stadtrat legt dar, dass ein solcher Vorschlag im Moment nicht das richtige Vorgehen und auch gar nicht möglich ist. Nach Ansicht des Sprechenden ist es nicht an der Stadt zu sagen, wo genau der Kanton das Gericht ansiedeln kann, das soll der Kanton mitentscheiden. Im Postulat von Silvio Bonzanigo gibt es aber auch viele Anregungen, die sich mit den Ansichten der Bildungskommission eins zu eins decken. Darum unterstützt die SP-Fraktion die teilweise Überweisung des Postulats. Die Fraktion hofft, dass das, was der Grosse Stadtrat jetzt hier im Kantonsratssaal diskutiert, in einigen Wochen, wenn der Kantonsrat tagt, in ähnlicher Weise aufgenommen wird und dann tatsächlich auch in den richtigen Gremien Fuss fassen kann.

Michael Zeier-Rast: Der Vorstoss der Bildungskommission und die Stellungnahme des Stadtrates enthalten die wesentlichen Punkte. In den beiden Vorstössen werden zwar die Museen und das Gericht angesprochen, aber es geht um übergeordnete Aspekte, nämlich um den Standort Stadt Luzern und die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton. Diese Aspekte beziehen sich nicht nur auf die beiden Themen Museen und Gericht, sondern stellen eine grundsätzliche Herausforderung dar, vor welcher die Stadt Luzern als Hauptort des Kantons steht. Der Grosse Stadtrat darf diese Aspekte mit Selbstbewusstsein diskutieren und seine Meinung kundtun, aber vielfach wird das eben auch vom Kanton, sei es von der Regierung oder von den Regionen im Kanton, falsch verstanden. Da kommt dann wieder die Motion 1 der letzten Legislatur ins Spiel, in welcher es um die Aussenpolitik der Stadt geht. Die Zeiten, dass die Stadt meint, sie könne einfach bestimmen und ihre Meinung durchsetzen, sind schon längststens vorbei. Die Städterinnen und Städter müssen also clever genug sein, sich vorausdenkend zu überlegen, mit welcher Strategie sie Fragen, die auf die Stadt zukommen, auch in Bezug auf Grundstücke und Gebäude, bei welchen der Kanton Eigentümer und Betreiber ist, lösen helfen können. Das ist das Hauptanliegen des Vorstosses der Bildungskommission. Wenn eine Kommission als Gesamtes einen Vorstoss einreicht, ist das ja sowieso ein spezielles Zeichen. Die Bildungskommission ist der Ansicht, dass die Stadt zusammen mit dem Kanton diesen Knopf lösen muss, denn andernfalls kommt es wahrscheinlich zu Kollateralschäden bei anderen Projekten, nach dem Motto: Wenn ihr da nicht Hand bieten wollt, sollt ihr auch das andere nicht haben. Eine solche «Zusammenarbeit» können sich Stadt und Kanton nicht leisten, ganz abgesehen davon, dass sie überhaupt nicht sinnvoll und zielführend ist. In diesem

Sinn ist klar, dass die CVP-Fraktion das Postulat 75 unterstützt und die teilweise Entgegennahme des Postulats 81 nachvollziehen kann, denn im Moment geht es, was das Gericht anbelangt, stärker darum, übergeordnet zu denken. Aber wenn die Stadt Standort für das Kantonsgericht sein will, muss sie sich natürlich auch bereit zeigen mitzuhelfen, dass es endlich zu einer Lösung kommt. Die Diskussion, dass man das Kantonsgericht, die dritte Gewalt im Staat, an einem gemeinsamen Ort zusammenlegen will, ist uralte. Wenn die Stadt dieser Standort sein will, muss sie auch ihren Teil zu einer Lösung beitragen.

Mike Hauser möchte noch ein paar weitere Überlegungen anfügen. Zuerst bedankt er sich aber für die sehr gute, fundierte Stellungnahme des Stadtrates zum Postulat der Bildungskommission, das die FDP-Fraktion unterstützt. Dieser Vorstoss verfolgt auch das Ziel, die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Stadt zu entspannen. Es ist wichtig, dass sich die Stadt aktiv eingibt, wenn es um die Frage der verschiedenen Gerichts- und Museumsstandorte geht. Die Stellungnahme zeigt, dass bereits erste Schritte gemacht und Gespräche geführt wurden, was der Sprechende sehr begrüsst. Auch wenn die Projekte unbestrittenerweise vor allem Kantonsangelegenheit sind, haben sie doch direkte Auswirkungen auf die Stadt Luzern. Die öffentlich geführten Diskussionen zeigen, dass die skizzierten Lösungen, die zurzeit auf dem Tisch liegen, Opposition hervorrufen. Je früher man nach Alternativen und gangbaren Lösungen sucht, umso grösser ist die Chance, einen guten und breit getragenen Kompromiss zu finden. In die ganze Entscheidung über Standorte muss auch einbezogen werden, dass viele teilweise sehr repräsentative Flächen frei werden, wenn die kantonale Verwaltung an den Seetalplatz disloziert. Zudem erachtet es die FDP-Fraktion als wichtig, dass das nach aussen hin doch relativ angespannte Verhältnis zwischen Kanton und Stadt eine Entspannung erfährt, dies vor allem auch vor dem Hintergrund, dass neben den in den beiden Postulaten angesprochenen Fragen ja noch sehr viele gemeinsame Projekte auf der Traktandenliste stehen. Der Sprechende denkt z. B. an den Durchgangsbahnhof oder an das neue Luzerner Theater. Aus diesen Gründen muss sich die Zusammenarbeit mit dem Kanton idealerweise wieder vermehrt zu einem Miteinander und weniger zu einem Gegeneinander entwickeln. Die FDP-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats 75 der Bildungskommission und die teilweise Überweisung des Postulats 81 von Silvio Bonzanigo, der vieles richtig angesprochen hat. In Bezug auf das Postulat 81 findet es die FDP-Fraktion schade, dass Silvio Bonzanigo in einer zu frühen Phase die Standortfrage auf den Kasernenplatz einschränken will.

Judith Wyrsch kann sich vielem anschliessen, was schon gesagt wurde. Das Postulat 75 erhält dadurch, dass es ein gemeinsamer Vorstoss der Bildungskommission ist, ein zusätzliches Gewicht. Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Stellungnahmen, welche sie mehrheitlich unterstützt. Luzern ist ein Museumsstandort; die Stadt soll zu dieser Ausgangslage Sorge tragen. Selbstverständlich soll die dritte Staatsgewalt, das Gericht, einen geeigneten Standort erhalten, aber die GLP-Fraktion stellt es infrage, dass dafür die Museen gekapert werden sollen. In diesem Sinn unterstützt die Fraktion auch das Postulat von Silvio Bonzanigo und ist mit dem Stadtrat einig, dass es teilweise überwiesen werden soll.

Stadtpräsident Beat Züsli äussert sich zum bereits überwiesenen Postulat 75, während Baudirektorin Manuela Jost dann noch zum Postulat 81 Ausführungen machen wird. Der Stadtrat hat schon

in früheren Stellungnahmen zu Vorstössen dargelegt, dass die beiden Museen, das Historische Museum und das Naturmuseum, eine wichtige gesellschaftliche, bildungspolitische, aber auch kulturelle Bedeutung für die Stadt Luzern haben. Die Stadt hat ein hohes Interesse daran, dass sich diese Museen weiterentwickeln können und einen guten Standort haben. Aus Sicht des Stadtrates ist es nicht möglich, die Standortfrage und die Frage der Weiterentwicklung der beiden Museen voneinander zu trennen. Die vorgesehene Weiterentwicklung mit der Verschiebung des Standorts der Museen ins Zeughaus hat zur Folge, dass nur eine reduzierte Fläche in Anspruch genommen werden kann. Nach Ansicht des Stadtrates ist das Zeughaus als Standort für die Museen problematisch, zumindest in Bezug auf die Erschliessung. Aber, wie in verschiedenen Voten auch gesagt wurde, ist der Kanton für die Museen verantwortlich; das respektiert der Stadtrat selbstverständlich. Er will die Gespräche, die zum Teil schon geführt wurden, zum Teil noch im Gang sind, weiterführen. Für den Kanton sind es – das kann man ganz objektiv feststellen – keine einfachen Fragestellungen: Wie kann man das Zeughaus weaternutzen? Wo können die Gerichte, wenn man den Standort in der Stadt beibehalten will, zusammengeführt werden? Auf diese Fragen hat auch die Stadt nicht einfache Antworten zur Hand. Es ist daher wichtig, dass Stadt und Kanton weiter im Gespräch bleiben. Der Kanton hat der Stadt jetzt zugesichert, dass er die Unterlagen zu den Abklärungen, die bisher schon getätigt wurden, aufbereitet und ihr zukommen lässt. Der Sprechende ist zuversichtlich, dass sie eine gute Basis für weitere Gespräche bilden werden. Die Stadt muss sich auch überlegen, ob sie andere Möglichkeiten und Ideen in die Diskussion einbringen kann. Der Sprechende ist überzeugt, dass gute Lösungen nur gemeinsam, in einer guten Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton, gefunden werden können. Deshalb dankt er den Mitgliedern des Grossen Stadtrates für die Unterstützung, dass sie den skizzierten Weg mittragen.

Baudirektorin Manuela Jost ergänzt kurz die Aussagen von Stadtpräsident Beat Züsli. Der Stadtrat betrachtet die Anregungen im Postulat 81 als sehr wertvoll. Der erste Punkt betrifft die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Stadt und den Austausch von Informationen. Es ist der Stadt sehr wichtig, für die Zusammenarbeit mit dem Kanton Hand zu bieten. Aber der Lead für ein solches kantonales Projekt liegt klar beim Kanton und soll auch beim Kanton bleiben. Es darf nicht dazu kommen, dass die Stadt sozusagen Aufgaben des Kantons übernehmen müsste. Die Stadt steht jedoch selbstverständlich mit dem Kanton auf fachlicher, aber auch auf politischer Ebene in engem Austausch.

Die Situation am Kasernenplatz ist für alle unbefriedigend, dort braucht es eine Aufwertung, eine Stadtreparatur. Was für Projekte auch immer am Kasernenplatz geplant werden, diesbezüglich hat Silvio Bonzanigo absolut recht, es wird komplex bleiben, weil sehr viele Eigentumsverhältnisse zu berücksichtigen sind. Wenn sich die verschiedenen Eigentümerschaften dort dereinst einmal auf ein neues Projekt einigen können, das eine Aufwertung darstellt, wäre das sehr zu begrüßen, aber das wird sicher ein langer Prozess werden.

Auf politischer Ebene laufen die Gespräche zwischen Stadt und Regierungsrat; der Stadtrat ist gespannt auf die Unterlagen zur Standortanalyse für die Gerichte, welche der Kanton, wie Stadtpräsident Beat Züsli erwähnte, der Stadt zur Verfügung stellen wird. Die Stadt hatte bis jetzt noch nicht im Detail Kenntnis von den bisherigen Abklärungen. Erste Signale deuten aber darauf hin, dass der Kasernenplatz für die Gerichte nicht unbedingt infrage käme. Aufgrund der Unterlagen wird die

Stadt sehen, wie sie den Kanton gezielt unterstützen kann, wenn es um weitere Fragestellungen zu alternativen Orten in der Stadt geht.

Silvio Bonzanigo hat die Äusserung der Baudirektorin sehr gern gehört, dass die Stadt bei der Standortfrage respektive auch der Gebäudewahlfrage eine aktive Rolle spielen will. Er macht kurz eine Replik auf das Votum von Mike Hauser, der sagte, es sei im Moment noch zu früh, um über Standorte zu sprechen. Über die Standortwahl für das Kantonsgericht wird nicht seit gestern diskutiert, sondern seit etwa 25 Jahren. Standorte wurden in Kriens beim Mattenhof und in Ebikon beim Bahnhof evaluiert. Ein Projekt kam nicht zustande. Der Kanton hat Land gekauft und es wieder verkauft. Das Kantonsgericht selber lässt sich natürlich auch nicht einfach irgendein Gebäude oder irgendeine Standortgemeinde aufzwingen, wenn sie seinem Status oder seinem Staturempfinden nicht entsprechen. Als dritte Gewalt hat das Kantonsgericht das Gefühl, dass es wie die beiden anderen Gewalten in den Hauptort gehört. Man kann das als Attitüde brandmarken, aber es ist ein Fakt und wird sich nie ändern: Das Kantonsgericht will den gleichen Status wie die beiden anderen Gewalten im Kanton und im Staat. Deshalb sind Diskussionen über Sempach oder andere Gemeinden einfach müssig. Nach Ansicht des Sprechenden sollte man die Standortsuche nicht länger betreiben, sondern bisherige Standortsuchen nutzen, und auf diesem Weg kommt man eben relativ bald auf den Kasernenplatz. Natürlich ist der Sprechende für andere Überlegungen offen, aber seiner Ansicht nach müsste man nicht immer wieder bei null beginnen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Dringliche Postulat 81 teilweise.

- **Dringliches Postulat 78, Gianluca Pardini und Simon Roth namens der SP-Fraktion vom 30. März 2021:
Teststationen in der Stadt Luzern**

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Gianluca Pardini dankt dem Stadtrat für die Stellungnahme. Als er am letzten Wochenende auf dem Helvetiaplatz spazieren ging, hätte er meinen können, die Pandemie sei vorbei. Es ist ihm bewusst, dass die Massnahmen in Restaurationsbetrieben nicht einfach umzusetzen sind, es ist auch ein gewisser Dschungel entstanden, in welchem man zum Teil den Durchblick nicht mehr hat. Wir alle wissen, dass wir noch mitten in der Pandemie stecken. Auch wenn sich am Horizont ein leichter Lichtblick öffnet, ist die Lage weiterhin instabil. Der Sprechende hat im letzten halben Jahr immer wieder gedacht, dass es die vereinten Kräfte von Städten und Kantonen braucht, um die Pandemie in den Griff zu bekommen. Seines Erachtens hätten Stadt und Kanton Luzern viel mehr zusammenarbeiten sollen, vor allem als es darum ging, die Testkapazitäten zu erhöhen. Diesbezüglich war die Situation im Kanton lange unbefriedigend, wie auch Gesundheitsdirektor Guido Graf offen zugab. Andere Unterstützungsmassnahmen konnte die Stadt gut umsetzen; nach Ansicht des Sprechenden hat der Stadtrat das Allermöglichste unternommen, was er unternehmen konnte.

Seit wenigen Wochen verfolgt der Bund jedoch neue Ansätze, um möglichst viele Ansteckungen mit dem Corona-Virus zu erkennen und dadurch die schrittweise Öffnung des gesellschaftlichen oder auch wirtschaftlichen Lebens zu unterstützen. Der Stadtrat hat mit seiner Feststellung in der Stellungnahme recht: Die Bedingungen im Kanton Luzern haben sich seit der Einreichung des Postulats teilweise geändert. Das bestreitet der Sprechende nicht. Die SP-Fraktion ist aber weiterhin der Ansicht, dass Antigen-Schnelltests möglichst an die Bevölkerung herangetragen werden müssen. Denn in einem urbanen Gebiet wie in der Stadt Luzern zeigen sich mehrere Herausforderungen: Als Zentrum muss die Stadt mit einem höheren Personenaufkommen zurechtkommen, gerade jetzt, wo es wieder wärmer wird und die Plätze und der Quai sich wieder füllen. Für das Gewerbe in der Innenstadt ist zu hoffen, dass Einkaufstouristinnen und -touristen wieder kommen, vielleicht schon bald auch Reisende. Es ist auch zu hoffen, dass die Kulturbetriebe schon bald wieder geöffnet werden und Veranstaltungen stattfinden können. Bis die Normalität zurückkehrt, wird es zwar noch eine Weile dauern. Genau deshalb hat die SP-Fraktion das Gefühl, dass die Teststrategie am meisten dazu beitragen kann, wenn sie richtig umgesetzt wird. Das Covid-Zertifikat, das schon bald zur Verfügung stehen soll, wird neben dem Testen essenziell sein. Die Stellungnahme des Stadtrates lässt offen, ob die Idee mit den Checkboxes, die es in anderen Städten gibt, bei einer grossen Nachfrage wieder aufgenommen werden kann. Sollte das der Fall sein, hofft die SP-Fraktion, dass es früh genug geschieht, bevor es wieder zu spät ist. Denn im Hinblick auf die nahen Ferien ist zu erwarten, dass die Nachfrage nach Tests in die Höhe schnellte. Der Sprechende ist überzeugt, dass schon bald wieder eine Zeit kommt, in welcher Veranstaltungen wieder stattfinden können, die aber nur mit einem Impf- beziehungsweise Testnachweis besucht werden können. Sobald das der Fall ist, braucht es einfache und kostenlose Testmöglichkeiten, bis alle Menschen das Impfangebot erhalten. Dazu gehören insbesondere auch die Jugendlichen, die bei den Impfungen anstehen; genau sie sind es, die sich im Sommer am meisten an öffentlichen Plätzen aufhalten werden. Die SP-Fraktion glaubt, dass es für die Stadt nicht zu spät ist, zusammen mit dem Kanton Luzern einen Beitrag zur Bekämpfung und Eindämmung der Pandemie zu leisten und jetzt vorausschauend für die nächsten Monate zu handeln. Die SP-Fraktion dankt deshalb für die Unterstützung dieses Anliegens.

Jörg Krähenbühl: Die Forderung des Postulats ist nach Ansicht der SVP-Fraktion obsolet, weil die Apotheken seit dem 7. April die Abgabe von Schnelltests koordinieren. Alle können mit der Krankenkassenkarte fünf Tests gratis abholen. Die Lieferungsengpässe sollten behoben sein. Nach Ansicht der SVP-Fraktion kann man die Stadt Luzern nicht mit Wien vergleichen. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat analog zum Stadtratsentscheid ab.

Marco Baumann wird jetzt nicht auch noch eine Auslegeordnung der aktuellen Corona-Massnahmen vornehmen, sondern nur auf die Postulatsforderung eingehen. Die FDP-Fraktion schliesst sich den Argumenten des Stadtrates an und kann seiner Stellungnahme folgen. In der Stadt Luzern gibt es schon genug Standorte, wo man hingehen kann, um sich testen zu lassen; sie alle sind in kurzer Zeit erreichbar. Die Anzahl der Standorte kann also nicht der Grund dafür sein, dass sich zu wenig Leute testen lassen, sondern es muss dafür andere Gründe geben. Die Testmöglichkeiten und der Wille dazu wurden mittlerweile mit den neuen Selbsttests sogar noch gestärkt. Darum ist

die Forderung des Postulats inzwischen überholt. Demzufolge lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ab.

Agnes Keller-Bucher: Die CVP-Fraktion ist mit der Stellungnahme des Stadtrates einverstanden. Seit der Einreichung des Postulats hat es ja noch einmal einen grossen Schub gegeben; neben den in der Stellungnahme aufgezählten Standorten gibt es noch weitere zentrale Testmöglichkeiten. Auch durch die Abgabe von Schnelltests und durch das Testen in Betrieben und Schulen wird die Nachfrage abgedeckt. Aus Sicht der CVP-Fraktion sind diese Angebote mehr als genug. Sie sind zurzeit gar nicht ausgelastet. Der Stadtrat schreibt, man könnte, wenn sich die Situation ändern sollte und das Angebot von Testmöglichkeiten wieder zu einem Problem würde, nochmals darauf zurückkommen und Lösungsmöglichkeiten prüfen. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Barbara Irniger: Die G/JG-Fraktion betrachtet das Testen als sehr wichtig. Es soll möglichst flächendeckend durchgeführt werden. Darum ist in der G/JG-Fraktion eine gewisse Sympathie für den Vorstoss vorhanden. Die Fraktion hat aber auch den Eindruck, dass für diejenigen, die sich testen lassen wollen, bereits jetzt recht niederschwellige Angebote vorhanden sind. Diese werden in der Stellungnahme des Stadtrates aufgeführt. Wenn sich jemand also nicht testen lässt, geschieht das wahrscheinlich aus anderen Gründen und nicht, weil es an Testmöglichkeiten fehlt. Die Stadt soll die Situation beobachten und, falls das Problem wieder akut wird, noch einmal Lösungsmöglichkeiten in Erwägung ziehen. Beim momentanen Stand folgt die G/JG-Fraktion jedoch dem Stadtrat und lehnt das Postulat ab.

Stefan Sägesser: Auch die GLP-Fraktion betrachtet Tests als extrem wichtig. Im Moment sind die Testmöglichkeiten gut aufgegleist. Bei der gestrigen Medienkonferenz des Bundesrates wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig Tests im Zusammenhang mit Veranstaltungen mit Publikum, im Zusammenhang mit Grossanlässen, im Bereich des Bevölkerungssports oder der Kultur sind. Der Bund braucht zuerst eine Verordnung, damit überhaupt Schnelltests bei solchen Anlässen gemacht werden können. Diese Verordnung ist aufgegleist und wird bald in die Vernehmlassung gehen. In diesem Zusammenhang wird geprüft, ob man allenfalls auch an Veranstaltungen ein Gefäss findet, dass eine Triage vorgenommen werden kann zwischen Personen, die schon einen Impfausweis haben oder einen Schnelltest vorweisen können, und solchen, welche dann die Möglichkeit hätten, einen Schnelltest vor Ort zu machen. Die GLP-Fraktion hat grosse Sympathie für den Vorstoss, man hätte ihn schon viel früher einreichen müssen. Dies ist nicht als Vorwurf an die SP-Fraktion gedacht, sondern bringt einfach zum Ausdruck, dass der Bund seine Impfstrategie viel früher hätte in die Wege leiten müssen. Jetzt ist das aber endlich gut aufgegleist, und deshalb braucht es das, was das Postulat fordert, im Moment in dieser Art nicht mehr. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Simon Roth fragt die Mitglieder des Grossen Stadtrates, ob sie schon einmal nachgeprüft haben, wie lange jemand, der sich testen lassen will, auch wenn er keine Symptome aufweist, warten muss, bis er zum Test gehen kann. Der Sprechende hat es vorhin ausprobiert: Der nächste freie Testtermin in der Seepothke wäre am Montag. Wenn er also heute Abend ins Theater will und gemäss der neuen Teststrategie des Bundes einen aktuellen Test vorweisen muss, wäre das nicht

mehr möglich. Bei den Veranstaltungen muss man jetzt entweder eine Impfbestätigung oder einen aktuellen Test vorweisen. Ist es jedoch sinnvoll, dass das Theater, die Schüür und alle diese Kulturinstitutionen eigene Testkapazitäten aufbauen? Wäre es nicht gerade für eine Kulturstadt wie Luzern sinnvoll, wenn die Stadt versuchen würde, die Testmöglichkeiten zu koordinieren und zu organisieren? Das wäre aus Sicht des Sprechenden vorausdenkend gehandelt. Es ist doch naheliegend, dass sich die Stadt Luzern auf die grosse Testnachfrage mindestens vorbereiten sollte, die auf sie zukommt, dass sie Lösungsmöglichkeiten vorsieht und nicht erst im Juni, wenn dann eintrifft, was der Bundesrat angekündigt hat, merkt, dass sie etwas unternehmen müsste. Dann ist es zu spät. Politik bedeutet auch vor auszuplanen, auch für Situationen zu planen, von welchen man noch nicht genau weiss, wie sie dann eintreten. Deshalb wäre es aus Sicht des Sprechenden das richtige Zeichen, das Postulat zu überweisen. Die Selbsttests, die in mehreren Voten erwähnt wurden, helfen in dieser Frage überhaupt nicht weiter; mit einem Selbsttest kann man weder an einer Veranstaltung teilnehmen, noch zählt er in irgendeiner Form, sondern er ist einfach nur ein Hinweis für die betreffende Person, wie es etwa um sie steht.

Marco Müller möchte kurz Bezug auf das nehmen, was Simon Roth sagte. Im Kirchfeld wird im Haus regelmässig getestet. Zudem schickt der Sprechende Mitarbeitende, wenn sie Symptome haben, jeden zweiten Tag zum Test, und diese finden, sei es in der Allmend, sei es im LUKS, jeden Tag sofort Testmöglichkeiten. Das Problem ist nicht, dass es zu wenig Testmöglichkeiten gibt, das Problem ist, dass die Leute zum Teil nicht wissen, wo man sich testen lassen kann. Der Sprechende sieht die Aufgabe der Stadt eher darin, dass sie die Bevölkerung, wie sie das in der Vergangenheit bereits tat, informiert und sensibilisiert, dass sie sich testen lassen soll und wo das in der Stadt möglich ist. Aber das ist auch wieder ein klassisches Thema, dass die Stadt das nicht allein machen muss, sondern in Zusammenarbeit mit dem Kanton.

Ein zweiter Punkt betrifft die Selbsttests. Firmen stehen kurz davor, Projekte zu lancieren, dass man mit einer App zu Hause selbstständig Selbsttests durchführen kann, das Resultat fotografiert und dazu eine ID hinterlegt. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis dieses Vorgehen Anwendung findet. Der Sprechende betrachtet es daher als den falschen Ansatz, wenn die Stadt jetzt selber beginnt, die Testkapazität auszubauen, auch in den Quartieren. Die Stadt muss die Leute besser informieren, wo sie sich testen lassen können. Es gibt genug Testkapazitäten, wo man sich auch kurzfristig testen lassen kann.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Der Stadtrat teilt das Anliegen der Postulanten, dass genügend Angebote vorhanden sein müssen, um sich testen lassen zu können, auch im Zentrum. Er stellt aber gleichzeitig fest, dass es bereits sehr viele Angebote gibt und diese nachweislich zu wenig genutzt werden. Der Engpass liegt im Moment eher beim Impfen, weil noch nicht genug Impfstoff zur Verfügung steht. Die Kapazitäten für Tests wurden in letzter Zeit stark ausgebaut. Der Sprechende gibt Marco Müller recht, dass das Problem auch mit der Kommunikation zusammenhängt, dass die Orte und Angebote zu wenig bekannt sind. Übrigens hat der Kanton die Testmöglichkeit in der Allmend wieder abgebaut, weil die Nachfrage zu gering war. Es gibt zudem einen hohen Anteil an Personen, die sich gar nicht testen lassen wollen. Aus diesen Gründen scheint es dem Stadtrat unverhältnismässig, jetzt zusätzliche Testkapazitäten aufzubauen. Die

Stadt steht diesbezüglich jedoch in engem Kontakt mit dem Kanton, sie nimmt auch Einsitz im kantonalen Führungsstab, der jede Woche zusammenkommt. Dort wird dieses Thema weiterverfolgt, gerade im Hinblick darauf, dass grosse Veranstaltungen wieder möglich werden sollen. Der Kanton hat drei grosse Veranstaltungen versuchsweise für den Juni in Aussicht gestellt; dabei ist angedacht, dass die Veranstalter selber solche Schnelltests anbieten. Das wird die Stadt sehr genau mitverfolgen und unterstützen, damit auch in der Stadt wieder grosse Veranstaltungen stattfinden können.

Marco Müller will noch kurz eine Präzisierung anbringen, weil tatsächlich viele Falschinformationen kursieren. Auf der Allmend gab es das Drive-in; dieses hat der Kanton zwar abgebaut, aber dann im Messegebäude den Test Point installiert, der von Montag bis Freitag offen ist. Dorthin kann man auch ohne Anmeldung gehen. Auf der Website des Kantons findet man die Testangebote aufgelistet; auch in der Stadt Luzern gibt es einige Apotheken und Labors, die Tests durchführen, es gibt das LUKS. Insgesamt stehen der Bevölkerung im Moment wirklich genug Testmöglichkeiten zur Verfügung.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Dringliche Postulat 78 ab.

- **Dringliches Postulat 87, Michael Zeier-Rast, Adrian Albisser, Tamara Celato, Christov Rolla, Jona Studhalter und Judith Wyrsh vom 19. April 2021:
Verstärkte Unterstützung für Kinder und Jugendliche in der Corona-situation**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Somit ist das Dringliche Postulat 87 überwiesen.

Die Debatte zu den Traktanden 11–13 wird im Livestream in Gebärdensprache übersetzt.

**11 Postulat 8, Maria Pilotto und Tamara Celato namens der SP-Fraktion
vom 14. September 2020:
Städtische Kommunikation muss einschliessen, nicht ausschliessen**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion stellt einen **Ablehnungsantrag**. Selbstverständlich erachtet auch die SVP-Fraktion Information als Basis der Demokratie. Auch sie befürwortet es, dass man dort, wo es möglich ist, eine einfache Sprache verwendet. Bei komplexen Sachverhalten ist das leider nicht immer möglich, da sich Fachausdrücke eben nicht immer eins zu eins übersetzen lassen.

Die Stadt Luzern ist ja in dieser Thematik nicht untätig, sie hat den Wandel der Zeit erkannt und investiert bereits sehr viel in einschliessende Kommunikation. Mitarbeitende werden geschult und für Personen, die Hilfe benötigen, gibt es Anlaufstellen, seien das Dolmetscher/innen oder Schreibdienste. Im Herbst wird dem Parlament ein B+A zur Schaffung einer Fachstelle für die Gleichstellung vorgelegt werden, dort wird der Grosse Stadtrat genügend Zeit haben, eine richtungsweisende und zukunftsgerichtete gleichstellende Kommunikation zu gestalten.

Der erste Aufzählungspunkt im Postulat 8 wird durch den Stadtrat gut abgehandelt und beantwortet. Auf den zweiten Punkt geht der Stadtrat kaum ein, oder es ist jedenfalls nur schwer erkennbar. Da wird erwähnt, die Piktogramme beim Street Workout Park auf der Ufeschötti vermitteln den Eindruck, der Park sei nur für Männer mit Sixpack gedacht. Der Sprechende selber hat kein ausgeprägtes Sixpack, aber er fühlt sich weder diskriminiert noch nicht angesprochen. Gerne hätte er eines, aber vielleicht ist er eben manchmal doch ein bisschen zu faul, um so hart zu trainieren. Nach Ansicht der SVP-Fraktion ist der Hinweis im Postulat auf diese Piktogramme doch sehr weit hergeholt und hat mit einschliessender Kommunikation nicht viel zu tun. Wäre es denn besser, man würde eine betagte Dame oder einen betagten Herrn abbilden oder vielleicht eine korpulente Person oder am besten gar keine Person, da man sich genderfrei äussern will? Wir alle haben erkannt, dass es neben Barträgern, Brillenträgern auch Männlein, Weiblein und non-binäre Personen gibt; es gilt alle zu akzeptieren. Der Sprechende betont mit aller Deutlichkeit: Niemand soll aufgrund seiner sexuellen Orientierung ausgegrenzt oder ausgeschlossen werden. Aber wird denn derjenige, der sich auf diesem Piktogramm nicht wiederfindet, deshalb ausgegrenzt oder ausgeschlossen? Der Sprechende glaubt nicht, dass das der richtige Ansatz ist.

Beim dritten Aufzählungspunkt ist die SVP-Fraktion kritisch. Sie steht einerseits einer Übersetzung in die Gebärdensprache durchaus positiv gegenüber, lehnt jedoch die Übersetzung in verschiedene Fremdsprachen ab. Die Schweiz ist viersprachig; hätte man sich auf die vier Landessprachen begrenzt, wäre die SVP-Fraktion damit einverstanden gewesen.

Das Postulat ist aus Sicht der SVP-Fraktion überladen und fordert zu viel. Teilthemen hätten durchaus eine Berechtigung gehabt und würden sogar bei der SVP-Fraktion eine Mehrheit finden. So, wie das Postulat jetzt vorliegt, lehnt die SVP-Fraktion es ab.

Tamara Celato: Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und hoffentlich bald einem Grossteil des Grossen Stadtrates für die Überweisung des Postulats. Der Stadtrat führt gut aus, welche Dienste als Anlaufstellen zur Verfügung stehen und welche schriftlichen Medien für die Übersetzung komplexer Sachverhalte angeboten werden. Zudem weist er auf verschiedene Angebote im Weiterbildungsprogramm und den möglichen Beizug von externen Fachstellen wie z. B. den Dolmetschdienst hin. Vieles davon ist auch der SP-Fraktion nicht neu. Warum hat sie dann trotzdem einen Vorstoss in diese Richtung eingereicht?

Wir Menschen gehen alle mehr oder weniger selbstkritisch davon aus, dass unsere Sicht der Dinge die richtige sei. Wir glauben zu wissen, was das Gegenüber zu denken und zu fühlen, woran es sich zu stören habe und woran eben nicht. Die Sprechende mag es allen von Herzen gönnen, die sich in unserer Gesellschaft nicht diskriminiert fühlen, die keinen Ausschluss erleben und es als selbstverständlich erachten, dass auch sie immer und überall dazugehören. Wer jedoch mit Menschen zu tun hat, die möglicherweise am Rand der Gesellschaft leben, die oft unsichtbar sind und/oder ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur in grosser Abhängigkeit von anderen wahrnehmen können, weiss, dass sie unter diesem sozialen Ausschluss leiden. Sie fühlen sich nicht nur nicht gesehen, nicht gehört, sondern hinterfragen sich und die Selbstverständlichkeit ihres Seins auch öfter.

Der vorliegende Vorstoss war der erste der Sprechenden, als sie frischgebackene Parlamentarierin war. Sie ging davon aus, dass niemand etwas gegen eine einschliessende Kommunikation haben könne, zumal es sich ausschliesslich um einen Prüfauftrag handelt. Sie ging – wie alle anderen – davon aus, dass sie es «richtig» sehe und das Anliegen unbestritten sei. Welch ein Irrtum! Kaum war das Anliegen in den Medien, bekamen die Postulantinnen heftige Reaktionen zu spüren. Sie haben versucht, die Kommentare in den sozialen Medien – die Sprechende erspart den Zuhörenden die Details – so gut wie möglich zu ignorieren, obwohl diese sie sehr wohl persönlich getroffen haben. Dass sich aber mehrere Personen, Frauen und Männer, zum Teil sogar Ausserkantonale, die Mühe gemacht haben, den Postulantinnen in langen Mails ihren Unmut oder ihre Ironie zur Sache an sich kundzutun, hat sie doch betroffen gemacht.

Ein Grossteil unserer Gesellschaft ist sich nach wie vor nicht bewusst, dass mit ausschliessender Kommunikation, wie sie im Postulat an Beispielen illustriert wird, viele Mitbürger*innen systematisch ignoriert werden. Es geht den Postulantinnen um eine breite Sensibilisierung für die Vielfalt in unserer Gesellschaft. Solange dieses Thema auf so viel Widerstand stösst, wird es auf ihrer politischen Agenda bleiben – und hier sieht die SP-Fraktion auch die Stadt in der Verantwortung.

Irina Studhalter findet es aufregend, dass ihr Votum in Gebärdensprache übersetzt wird. Sie freut sich sehr darüber und hat sich als Erstes gefragt, warum denn diese Übersetzung nur bei den drei Traktanden stattfindet, in welchen es um inklusive Kommunikation geht. Denn die Leute, die auf eine Übersetzung in Gebärdensprache angewiesen sind, interessieren sich sicherlich noch für viel mehr als diese Traktanden.

Die Sprechende freut sich über die Stellungnahme des Stadtrates. Offenbar hat er erkannt, dass Sprache unsere Welt prägt oder sie eben erschafft. Die Schweiz ist nicht nur viersprachig, aktuell findet jetzt gerade eine Übersetzung in eine weitere Sprache statt, die nicht zu unseren Landessprachen zählt, und nur schon im BaBeL-Quartier werden mehrere Dutzend Sprachen gesprochen.

Der aktuelle Sprachleitfaden ist zehn Jahre alt. Die Sprechende erinnert die Mitglieder des Grosse Stadtrates daran, dass die allermeisten von ihnen damals noch Tastenhandys benutzten, bei welchen man einen Teil hinaufschieben oder die man aufklappen musste. Auch trug niemand eine Maske, ausser in einem OP-Saal. Es ist also offensichtlich, dass ein Sprachleitfaden, der zehn Jahre alt ist, definitiv überarbeitet werden muss.

Was der Stadtrat zur zweiten Forderung meint, die im Postulat gestellt wird, blieb der Sprechenden ein Rätsel. Die Postulantinnen führen da das Beispiel der Bildsprache beim Street Workout Park auf der Ufeschötti an. Da ist ein athletischer Mann abgebildet, der selbstsicher mit kurzen Höschen ohne T-Shirt trainiert und dabei seine Bauchmuskeln flexiert. Die Sprechende stellt fest, dass sie definitiv nicht so aussieht, wenn sie Sport treibt. Sie geht davon aus, dass der Stadtrat auch die Forderung nach einer inkludierenden Bildsprache umsetzen will, da er das Postulat ja entgegennimmt. Oder vielleicht gehören solche Tafeln auch in die Kategorie der Strassenschilder, die Sprechende weiss es nicht; dieses Thema hat der Grosse Stadtrat schon beim Postulat 393: «Vielfältige Bevölkerung der Stadt Luzern sichtbar machen» behandelt. Die G/JG-Fraktion unterstützt das Postulat 8.

Andreas Felder: Im Zusammenhang mit einer barrierefreien, zeitgemässen und nicht ausschliessenden Kommunikation ist noch viel Aufklärungsarbeit nötig. Auch für die CVP-Fraktion ist, wie der Stadtrat in seiner Stellungnahme zum Postulat 8 schön festhält, die Information eine absolute Basis der Demokratie. Dementsprechend sollte sie nicht ausschliessend sein. Zudem hat der Staat eine Vorbildfunktion. Das Thema ist nicht neu, diese Grundsätze finden sich bereits in der Gemeindeordnung der Stadt und in der Gemeindestrategie. In Bezug auf die Frage, wann Kommunikation beginnt, ausschliessend zu sein, und was man dagegen tun muss, gehen die Meinungen auseinander. Ob ein Sixpackbild bereits ausschliessend ist oder ob es einfach so von den Darstellungen auf den Kraftgeräten übernommen wurde, wo jeweils angezeigt wird, welche Muskelgruppe man damit trainiert, weiss der Sprechende nicht. Wie auch immer, ein Postulat ist ein Prüfauftrag, und bei einer Überweisung des Postulats wird ja dann genau zu prüfen sein, wie man mit solchen Fällen richtig umgeht. Die CVP-Fraktion begrüsst es, dass die Stadt dazu Rücksprache mit Fachpersonen oder Betroffenen nimmt. Sie findet es auch gut, dass der Stadtrat auf die Kosten hinweist, welche das Postulat auslöst. Für sie ist aber die Aussage in der Stellungnahme nicht ganz nachvollziehbar, die Umsetzung der Arbeiten könne erst angegangen werden, wenn die entsprechenden Mittel im Budget zur Verfügung stünden. Wie der Sprechende schon sagte, bestehen die Grundlagen bereits; es wäre also sowieso eine Aufgabe des Staates, in diese Richtung tätig zu sein. Wenn der Stadtrat damit meint, dass das Globalbudget nicht ausreicht, betrachtet die CVP-Fraktion das eher als kritisch, doch das soll nicht heute diskutiert werden, sondern im Rahmen der Budgetplanung. Abschliessend kann der Sprechende festhalten, dass die CVP-Fraktion dem Postulat 8 zustimmt.

Daniel Lütolf: «Man kann nicht nicht kommunizieren.» Das hat schon der berühmte Philosoph und Psychoanalytiker Paul Watzlawick festgestellt. Auch ohne Worte stehen wir jederzeit im Austausch mit unseren Mitmenschen, ob wir wollen oder nicht. Das macht Kommunikation ja so schwierig und herausfordernd. Der Sprechende dankt für die Stellungnahme des Stadtrates. Sie zeigt klar auf, dass bereits heute in der städtischen Kommunikation nicht ausgeschlossen wird, sondern die Stadt

sehr behutsam mit der Kommunikation umgeht. Diesen Umstand nimmt die GLP-Fraktion erfreut zur Kenntnis. Sie ist mit dem Stadtrat auch dahingehend einig, dass Information die Basis der Demokratie darstellt. Es muss daher ein Anliegen sein, auch komplexe politische wie juristische Inhalte verständlich zu kommunizieren. Man will ja verstanden werden. Die gendergerechte Sprache ist aber nur ein Anliegen unter vielen, welchen die heutige Kommunikation gerecht zu werden hat. Ein Leitaden des Bundes, der in Bearbeitung sein soll, wird sicher hilfreich sein, um eine einheitliche Sprache zu definieren, um Political Correctness auch korrekt umzusetzen. Manchmal wird das aber auch ein bisschen ad absurdum geführt, aber man ist ja lernfähig. In diesem Sinn befürwortet die GLP-Fraktion ein sprachliches Update mit dem Ziel einer zeitgemässen Kommunikation. Der Sprachleitaden der Stadt soll angepasst und erneuert werden. Bezüglich des Projektaufwands von 20'000 Franken schliesst sich der Sprechende den Äusserungen von Andreas Felder an: Auch die GLP-Fraktion hat sich die Frage gestellt, wie diese Kosten gerechtfertigt werden. Ist denn die städtische Kommunikationsabteilung unterbesetzt? Auf jeden Fall unterstützt die GLP-Fraktion die Überweisung des Postulats 8.

Sandra Felder-Estermann: Die FDP-Fraktion unterstützt die Anpassung des städtischen Sprachleitfadens, damit klarer wird, wie, wo und was kommuniziert wird. Die Sprechende nimmt zwei Punkte auf, welche die FDP-Fraktion stören – diese wurden auch schon in vorangegangenen Voten erwähnt:

1. In der Stellungnahme steht, dass die geschätzten Kosten von 20'000 Franken nicht über das Globalbudget laufen können, obwohl doch die Überarbeitung eines Leitfadens zur Grundaufgabe gehören und nicht von einem abgesegneten Budget abhängig gemacht werden sollte.
2. Der Hinweis im Postulat auf die Bilder zum Street Workout Park schiesst am Ziel vorbei – das findet nicht nur die FDP-Fraktion, sondern auch viele Junge, mit denen sich die Sprechende über das Postulat ausgetauscht hat. Wer trainiert dort hauptsächlich? Junge Männer, die sich ein Sixpack wünschen und bereit sind, sich ein solches in der Öffentlichkeit anzutrainieren, und dies bestimmt nicht wegen dieser Symbole. Beim neusten Workout Park auf der Lidowiese sind auf den dazugehörenden Tafeln zum Teil Frauen, zum Teil Männer dargestellt. Aber auch da wird es Leute geben, die sich trotzdem nicht angesprochen fühlen. Auch dort werden vorwiegend junge Männer trainieren. Die Sprechende hat nichts dagegen, es soll trainieren, wer will, und sie hat auch nichts gegen Sixpacks.

Die FDP-Fraktion ist für eine Überweisung des Postulats mit Augenmass.

Silvio Bonzanigo fragt die Anwesenden, ob sie Lukas Honemann kennen. Dem Sprechenden wurde er aus einem Beitrag in der «Welt» bekannt. Lukas Honemann ist Germanistikstudent in Kassel und hat in einer Arbeit, die er schrieb, keine gendergerechte Sprache verwendet. Deshalb wurde bei der Benotung ein Abzug gemacht. Ob Lukas Honemann bis zum Bundesverfassungsgericht klagen will, ist offen. Diese Episode belegt, dass es da nicht nur um Spass geht. Aber um was geht es denn wirklich? Es gibt dazu viel Leichtgewichtiges, aber auch Dogmatisches zu lesen, von Befürwortern wie auch von Gegnern. Erhellendes ist Mangelware, von der deutschen Philosophin Svenja Flasspöhler kann man das nicht behaupten. Linguistisch gesprochen bedeutet genus nur das Geschlecht des Nomens. Kann man von einem grammatischen Geschlecht fordern, dass es

nicht nur das Geschlecht, sondern auch soziale und biologische Hintergründe einschliesst? Im Vergleich mit dem Englischen wird das Deutsche als geschlechtsspezifisch bezeichnet, darum kommt es ja zu diesem Problem, sofern es denn eines ist. Andere Sprachen zeigen andere Eigenheiten, im Hebräischen z. B. sind nicht nur die Nomen, sondern auch die Verben und die Pronomen geschlechtsspezifisch. Insofern kann man das Problem, das sehr spezifisch für das Deutsche bestehen soll, ein bisschen herabmindern. Wenn man das generische Maskulinum verwendet, sodass es dann einfach heisst: die Rechnungsprüfer, die Mitarbeiter, können sich alle Rechnungsprüferinnen und Mitarbeiterinnen dadurch ausgeschlossen fühlen. Die Befürworter von solchen Doppelformen oder anderen Ausgestaltungen sagen, Sprache bilde Wirklichkeit vor. Das bedeutet, dass über das generische Maskulinum die Wirklichkeit vorweggenommen wird, die falsche Wirklichkeit, dass Frauen darin nicht existieren. Der Sprechende sieht das ein Stück weit anders: Sprache bildet vor allem auch Wirklichkeit ab und ist selber Teil der Wirklichkeit. In diesem Sinn ist es ein dialektisches Verhältnis, und dialektische Verhältnisse sind ja bekanntlich immer schwierig. Bei diesem Thema liegt ein Widerspruch darin, dass der Postfeminismus eigentlich die biologisch begründete Geschlechtlichkeit dekonstruieren wollte. Gleichzeitig will er aber auf der sprachlichen Ebene die Differenz betonen. Augenfällig ist ja, dass in der DDR, in welcher die Gleichberechtigung eines der zentralen Gesellschaftsmomente bildete, nie von der Ingenieurin gesprochen wurde, sondern es hiess immer: Sie ist Dreher, sie ist Ingenieur. Das Grundproblem ist nicht die Sprache, sondern das Grundproblem ist die Wirklichkeit. Und im Mass, wie sich die Wirklichkeit verändert, wird sich vielleicht auch der Impetus auf die sprachliche Gleichstellung ein bisschen zurücknehmen können. Eines darf man bei dieser Diskussion nicht ausser Acht lassen: Die Sprache ist ein Vehikel zur Verständigung unter verschiedenen Leuten. Das bedeutet, dass sie notgedrungen nicht immer die Situation des Individuums absolut korrekt abbilden kann. Es wäre also unterkomplex zu behaupten, die Sprache führe zu einer Wirklichkeit, in welcher Frauen in Führungspositionen untervertreten sind. Man könnte auch sagen, dass man mit der Fokussierung auf solche Eigenheiten Gefahr läuft, das, was die Wirklichkeit an Veränderung braucht, aus dem Augenwinkel zu verlieren. Eine eigentliche Abrechnung mit der Sternchenbewegung hat Sahra Wagenknecht vor zwei Wochen unter dem Titel «Die Selbstgerechten» vorgelegt. Der Sprechende schätzt Sahra Wagenknecht als jemanden ein, der so schlau ist wie etwa Laschet, Scholz und Baerbock zusammen. Ihre politische Position findet er natürlich undiskutierbar, aber das spielt für diese Frage keine Rolle. Sie schreibt etwa Folgendes, wobei er das Zitat leicht kürzt: Die «Lifestyle-Linken» wünschen sich zwar schon «eine gerechte und diskriminierungsfreie Gesellschaft, aber der Weg zu ihr führt nicht mehr über Löhne, Renten, Steuern oder Arbeitslosenversicherung, sondern vor allem über Symbolik und Sprache. Entsprechend wird die Alltagssprache ständig nach Wörtern durchsucht, die irgendjemanden verletzen könnten und die es fortan zu meiden gilt. Aussenstehenden mag sich oft nicht erschliessen, worin bei Begriffen wie Flüchtling oder Rednerpult die Diskriminierung besteht beziehungsweise warum sich inmitten linker Texte immer wieder dubiose Sternchen finden.» Der Sprechende sieht sich da in der Mitte zwischen sehr unterschiedlichen Argumentationsmustern, er wird sich deshalb bei der Abstimmung zu diesem Postulat der Stimme enthalten.

Tamara Celato dankt für die engagierte Diskussion und die spannenden Rückmeldungen. Sie möchte gern auf zwei Punkte aus den Voten eingehen. Der Hinweis im Postulat auf die Tafel zum Street Workout hat am meisten Wellen geworfen, die Kritik an diesen Bildern kam definitiv nicht gut

an. Gleichzeitig zeigt genau dieses Beispiel, dass Bilder eine viel grössere und subtilere Wirkung haben, als wir uns dessen oft bewusst sind. Für die Postulantinnen war das ein Beispiel. Sie hätten auch das Ampelmännchen nehmen können, das ist aber bereits anders konnotiert. Als Zweites erzählt die Sprechende als ganz aktuelles Beispiel, dass sie kürzlich an einem Austausch mit Sozialarbeitenden teilnahm, die während zwei Stunden praktisch ausschliesslich in der männlichen Form sprachen und das nicht merkten, obwohl ja gerade sie dafür sensibilisiert sein sollten. Es ist nicht an der Sprechenden oder an irgendjemandem oder an irgendeiner Gruppierung, zu entscheiden, was irgendjemanden zu stören oder wo sich irgendjemand angesprochen zu fühlen hat oder nicht. Wenn aber systematisch immer einseitig die gleiche Bevölkerungsgruppe angesprochen, angesprochen oder benannt wird und alle anderen nicht, ist die Diskriminierung systematisiert. Die Sprechende dankt für die Unterstützung des Postulats.

Jona Studhalter: Ein Vater und ein Sohn fahren Auto. Sie haben einen schweren Unfall, der Vater stirbt sofort. Der Bub wird mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht, wo ein Chefchirurg arbeitet, der für sein Können bei solchen chirurgischen Eingriffen bekannt ist. Die Operation wird vorbereitet, es ist alles fertig, der Chefchirurg kommt herein, wird blass und sagt: «Ich kann dieses Bub nicht operieren. Das ist mein Sohn.» – Wie ist da das Verwandtschaftsverhältnis zwischen diesem Chirurgen und dem Kind? Es ist die Mutter, es ist eine Chirurgin. Denkt man beim Hören dieser Geschichte an diese Möglichkeit? Nein, niemand hat daran gedacht, denn Sprache schafft Fakten. Der Sprechende muss da den psychologischen Mahnfinger heben: Es gibt genug Studien, die zeigen, dass mit dem generischen Maskulin die Bilder im Kopf zementiert werden. Da kann man noch so oft betonen, es seien doch alle gemeint. Wenn man alle meint, soll man eine genderneutrale Sprache benutzen, das ist nicht so schwierig. Ein einfaches Beispiel: Wenn wir von den Stadträten sprechen, denkt man an die Stadträte Borgula, Merki, Züsli, wenn wir von den Stadträtinnen sprechen, denkt man an die Stadträtinnen Jost und Bitzi. Es wäre sicher nicht schwierig, sich genau und korrekt auszudrücken.

Stadtpräsident Beat Züsli: Für den Stadtrat ist die Gleichstellung und die Inklusion aller Einwohnerinnen und Einwohner ein zentrales Ziel. Der Stadtrat will einschliessen, er will nicht ausschliessen. Die Kommunikation spielt dabei eine zentrale Rolle. Die Information ist eine wichtige Basis für den demokratischen Diskurs und die demokratischen Prozesse. Der Stadtrat konnte in seiner Stellungnahme aufzeigen, dass die Stadt Luzern schon einiges in verschiedenen Bereichen unternimmt, auch im Bereich der Weiterbildung für die Verwaltungsangestellten. Aber es gibt auch noch einiges zu optimieren. Der Stadtrat möchte diese Bestrebungen verstärken, und zwar in allen Bereichen, auch in der Bildsprache. Der Grosse Stadtrat hat diese Diskussion schon einmal geführt. Sandra Felder-Estermann hat die Tafel zum Workout Park auf der Lidowiese erwähnt, dort sind jetzt Frauen und Männer abgebildet. Das ist ein erster kleiner Schritt in die gewünschte Richtung. Die Stadt will ihre Bestrebungen verstärken, was auch zu einem zusätzlichen Aufwand führt, der nicht im Grundauftrag zu leisten ist. Deshalb wurden die Kosten in der Stellungnahme ausgewie-

sen. Der Sprechende dankt den Mitgliedern des Grossen Stadtrates für die Überweisung des Postulats, damit die Stadt in diesem wichtigen Bereich einen Schritt vorwärts machen kann.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 8.¹

**12 Postulat 9, Martin Abele und Laura Spring namens der G/JG-Fraktion
vom 14. September 2020:
Barrierefreie Kommunikation**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Thomas Gfeller stellt namens der SVP-Fraktion wiederum einen **Ablehnungsantrag**, dieses Mal jedoch unter einem anderen Gesichtspunkt. Selbstverständlich erachtet die SVP-Fraktion Information als Basis der Demokratie, das hat der Sprechende schon beim vorherigen Postulat festgehalten. Kein Mensch soll aufgrund einer Behinderung vom Leben oder vom politischen Geschehen ausgeschlossen sein. Aber in der Form, wie das Postulat jetzt aufgestellt ist, und mit diesen inhaltlichen Forderungen muss die SVP-Fraktion es ablehnen. Der Sprechende will den Begriff der Barrierefreiheit ein bisschen genauer definieren. Was er jetzt vorträgt, stammt nicht aus seiner Feder, sondern er hat es bei seinen Recherchen im Internet herausgeschrieben. «Barrierefreiheit berücksichtigt alle Ausprägungen von menschlichen Fähigkeiten. Barrierefreiheit beschränkt sich nicht auf ausgewählte Personengruppen, sondern schliesst auch beeinträchtigte und ältere Menschen mit ein. Mit dem Ausdruck «barrierefrei» wird die uneingeschränkte Zugänglichkeit eines Produktes, einer Dienstleistung oder einer Einrichtung, unabhängig von einer möglichen Behinderung oder Erkrankung, beschrieben. Barrierefreiheit ist allerdings nicht in allen Lebensbereichen praktikierbar. Entweder stehen dabei technische oder finanzielle Hürden im Weg oder es schliessen sich unterschiedliche Bedürfnisse gegeneinander aus, sodass universelle Lösungen nicht umsetzbar sind. Ist jedoch etwas annähernd barrierefrei, nennt man dies «barrierearm».»

Das Postulat fordert vom Stadtrat, dass öffentlich zugängliche Publikationen für alle Menschen gemäss BehiG barrierefrei bereitgestellt werden. Die Postulanten verstehen unter Barrierefreiheit Folgendes: Bereitstellung in Brailleschrift, Übersetzung von Webseiten für Gehörlose, Konvertierung in leichte Sprache, Übersetzung in Gebärdensprache, Bereitstellung in Audioformat, Anpassung der Schriftgrösse auf DIN 1450, und das bei allen öffentlich zugänglichen Dokumenten und städtischen Abstimmungsunterlagen. Die SVP-Fraktion erachtet die vollständige Barrierefreiheit gemäss Postulatsforderung als nicht umsetzbar. Spätestens wenn es darum geht, die Kosten dafür zu budgetieren, wird die Stadt Abstriche machen müssen. Aus Sicht der SVP-Fraktion wäre es zielgerichteter, wenn man von barrierearm sprechen und sich auf wesentliche Inhalte konzentrieren würde,

¹ Maria Pilotto ist für die Ratssitzung entschuldigt (siehe Seite 1). Sie nimmt aber an der Abstimmung zu diesem Traktandum teil und stützt sich dabei auf den Beschluss der Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates vom 17. Dezember 2020, wonach Grossstadträtinnen während des Mutterschaftsurlaubs eine auf (wichtige) Abstimmungen beschränkte Teilnahme an Ratssitzungen ermöglicht ist.

die man so bereitstellt. Damit wäre auch die SVP-Fraktion einverstanden, aber sie kann nicht alles unterstützen, was das Postulat fordert. Deshalb lehnt sie das Postulat ab.

Martin Abele dankt dem Stadtrat für die gewissenhafte Beantwortung des Postulats. Die Stellungnahme zeigt, dass der Stadtrat das Gebot der barrierefreien Kommunikation ernst nimmt und es ihm ein Anliegen ist, Menschen mit Behinderung bei allen Informationsmassnahmen gleichberechtigt teilhaben zu lassen. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen. Aber eigentlich tut er dies nur teilweise, wie der Sprechende ausführen wird. Einen grossen Teil der Forderungen aus dem Postulat will er nicht umsetzen. Er tut das aber nicht im Sinn von Thomas Gfeller, der von vornherein sagt, man solle die Forderungen nur barrierearm umsetzen; Menschen mit Behinderung müssten nicht völlig autonom an allen Informationsmassnahmen und der Kommunikation teilhaben können. Für die G/JG-Fraktion ist das aber unabdingbar. Menschen mit Behinderung, in welcher Art auch immer, sollen gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können, in allen Lebensbereichen, und dazu gehört die Kommunikation ganz essenziell dazu.

Wie im Postulat ausgeführt wird, gibt es mehrere gesetzliche Bestimmungen, welche die öffentliche Hand dazu verpflichten, die Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung von Menschen mit Behinderung sicherzustellen. Die UNO-Behindertenrechtskonvention wurde von der Schweiz schon 2014 ratifiziert und trat am 15. Mai 2014 in Kraft. Sie verpflichtet dazu, die autonome Teilhabe für alle Menschen mit Behinderung sicherzustellen. Schon seit dem 1. Januar 2004 ist das Bundesgesetz über die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung (BehiG) in Kraft. Die Stadt Luzern kommt also keinen Moment zu früh, wenn sie sich jetzt seit Kurzem der Inklusion auf dem Gebiet der barrierefreien Kommunikation annimmt.

In der Schweiz leben rund 380'000 Menschen mit Seheinschränkung, davon sind etwa 50'000 blind und etwa 57'000 Personen leben gleichzeitig mit einer Hörbehinderung, sind also hör-sehbehindert. Rund 600'000 Personen in der Schweiz gelten als leicht bis hochgradig hörbehindert, rund 10'000 davon sind vollständig gehörlos. Rund 800'000 Menschen in der Schweiz haben Mühe beim Lesen, umständlich geschriebene Texte sind für sie schlecht oder gar nicht verständlich. Diese hohen Zahlen zeigen eindrücklich, wie viele Betroffene es sind. Der Stadtrat hat einen Auftrag gegenüber einer bedeutenden Minderheit.

Wie der Stadtrat ausführt, hat die Stadt vor allem im Bereich des Internets grosse Anstrengungen unternommen, die Barrierefreiheit anzustreben. Der Sprechende konnte sich auch schon mit der zuständigen Mitarbeiterin, die diesbezüglich einen Kurs besucht hat, darüber unterhalten. Inzwischen ist die Barrierefreiheit bei der Navigation, bei den Links und den Onlineformularen umgesetzt, bei den PDFs steht dieser Schritt noch aus. Ob das auch nachhaltig Bestand hat, wird sich bei künftigen Updates und Redesigns zeigen, insbesondere bei den Apps.

Ansonsten sind aus den Ausführungen des Stadtrates noch eher wenige konkret erfolgte Schritte in Richtung barrierefreier Kommunikation erkennbar. Vielleicht kann Stadtpräsident Beat Züsli dazu mehr Ausführungen machen. Die Videobotschaften des Stadtpräsidenten waren zwar in leichter Sprache und untertitelt; aber auf die gleichzeitige Übersetzung in Gebärdensprache wurde verzichtet. Warum? Untertitel sind für viele Hörgeschädigte kein vollwertiger Ersatz für die Gebärdensprache. Der Schweizer Gehörlosenbund schreibt dazu auf seiner Website: «Das gleichberechtigte Nebeneinander von Gebärdensprache und gesprochener beziehungsweise geschriebener Sprache ist

die ideale Voraussetzung für gehörlose und hörbehinderte Menschen, sich in der Kultur der Hörenden und der Kultur der Gehörlosen zu entfalten.» Der Sprechende sieht es ähnlich wie Irina Studhalter in ihrem Votum zum vorherigen Traktandum: Wenn die Stadt eine Gebärdendolmetscherin für diese Ratssitzung engagiert, was sehr löblich ist, wieso lässt man dann Menschen mit Hörbehinderung nur an drei Traktanden teilhaben und nicht an mehr? Im Übrigen geht der Stadtrat auch mit keinem Wort auf die im Postulat 8 gestellte Forderung nach einer Übersetzung von Videos in Gebärdensprache ein; in der Stellungnahme zum Postulat 8 schreibt er, er werde sich beim Postulat 9 dazu äussern, aber in der Stellungnahme zum Postulat 9 hat der Sprechende diesbezüglich nichts gefunden.

Auch bei der leichten Sprache tut sich die Stadt Luzern noch schwer. Sie bemühe sich um eine einfache Sprache, heisst es in der stadträtlichen Stellungnahme. Aber ausgerechnet bei den Abstimmungsbroschüren, die einer breiten Bevölkerung verständlich hinüberzubringen ja besonders wichtig wäre, will der Stadtrat aus Kostengründen auf die Produktion von Texten in leichter Sprache verzichten. Da vermisst der Sprechende das unbedingte Bekenntnis zur Inklusion.

Das Gleiche gilt für Abstimmungsbroschüren im Hörformat. Die Kosten können hier nicht der Grund dafür sein, dass der Stadtrat die Forderung aus dem Postulat nicht erfüllen will. Gemäss der Schweizerischen Bibliothek für Blinde, Seh- und Lesebehinderte, welche diese Produkte herstellt, befanden sich die Rechnungsbeträge für Abstimmungsbüchlein, welche sie im Jahr 2020 an Kantone und Gemeinden verrechnet hat, die diesen Service beziehen, zwischen 330 Franken und 1'950 Franken. Auch wenn es stimmt, dass es heute gute technische Hilfsmittel gibt, um sich die Unterlagen aus dem Internet vorlesen zu lassen, muss man doch bedenken, dass zwei Drittel der sehbehinderten Menschen 60-jährig und älter sind. Viele von ihnen haben keine oder kaum Erfahrungen mit dem Computer. Bis die nächsten Generationen nachrücken, ist es also durchaus gerechtfertigt, die städtischen Abstimmungsunterlagen auch im Hörformat zur Verfügung zu stellen. Davon profitieren sowohl Menschen mit Seh- wie mit Leseschwierigkeiten. Der Stadtrat sollte sich das noch einmal überlegen.

Ablehnend reagiert der Stadtrat auch auf die Forderung, Orientierungshilfen in Brailleschrift anzubringen. Das kann der Sprechende zum Teil verstehen, allerdings gibt es durchaus Orte, wo es vielleicht ganz gut wäre, eine solche Massnahme in Erwägung zu ziehen. Warum nicht die neue Tafel, die beim Löwendenkmal angebracht wird, auch in Brailleschrift übersetzen? Das wäre eine schöne Geste.

Es gibt also vonseiten des Stadtrates noch ziemlich viele Vorbehalte in Bezug auf die Umsetzung einer barrierefreien Kommunikation. Immerhin nimmt der Stadtrat den Vorschlag aus dem Postulat auf, in einem partizipativen Prozess mit den Behindertenorganisationen zu klären, wo welche Gruppen welchen Handlungsbedarf haben, und mit den Betroffenen zusammen die geeigneten Massnahmen zu beschliessen. Ganz offensichtlich sind der Stadt, wie der Sprechende der Stellungnahme entnimmt, die Organisationen, die in diesem Prozess einbezogen werden sollten, bekannt und es bestehen bereits Kontakte. Das ist seiner Ansicht nach ein sehr angemessenes und zielgerichtetes Vorgehen.

Fazit: Die Stadt ist auf dem Weg und der Sprechende ist zuversichtlich, dass sie mit den Betroffenen zusammen die richtigen Massnahmen aufgleisen kann.

Sandra Felder-Estermann: Auch die Forderung des Postulats 9 ist nichts Neues, sie ist in der Gemeindeordnung von 1999 und ebenfalls in der Gemeindestrategie 2019–2028 festgehalten. Seit 2017 ist die Stelle für Kommunikation daran, den Internetauftritt der Stadt barrierefrei zu gestalten. Die FDP-Fraktion hätte gern eine Erklärung, wieso der in der Stellungnahme erwähnte Betrag von 50'000 Franken nicht schon längst budgetiert wurde. Es geht aber auch um die Verhältnismässigkeit. Der Prozess im Umgang mit den offiziellen Informationen der Stadt Luzern muss soweit überarbeitet werden, dass für alle beteiligten Stellen klar ist, was wie veröffentlicht wird. Im überarbeiteten Prozess muss ein standardisiertes Controlling Normalität werden. Die FDP-Fraktion ist für eine barrierefreie Kommunikation mit Augenmass, wie es der Stadtrat in der Stellungnahme ausgeführt. Die FDP-Fraktion unterstützt somit die Überweisung des Postulats.

Daniel Lütolf dankt namens der GLP-Fraktion für das Postulat 9 und die Stellungnahme des Stadtrates. Seit 2017 – Sandra Felder-Estermann hat es gerade erwähnt – ist die Stelle für Kommunikation der Stadt Luzern dabei, den Internetauftritt der Stadt Luzern barrierefrei zu gestalten, inklusive Apps, Dokumente im PDF-Format usw. Das begrüsst die GLP-Fraktion, es ist der richtige Weg, der so weitergeführt werden soll. Um unnötige Fehler zu vermeiden, unterstützt die GLP-Fraktion den partizipativen Prozess mit den Behindertenorganisationen. Der Sprechende empfiehlt den Mitgliedern des Grossen Stadtrates, sich einmal eine Brille aufzusetzen, die quasi Blindheit simuliert, und dann eine Website zu testen. Bei grossen Projekten konnte er das schon ein paarmal machen, es ist wirklich ein Erlebnis und sehr eindrücklich.

Am Schluss seiner Stellungnahme erwähnt der Stadtrat sehr salopp noch die Zusatzkosten von 50'000 Franken. Dazu hätte die GLP-Fraktion wie die FDP-Fraktion gern detailliertere Informationen, z. B. welche Leistungen dadurch ermöglicht werden und wieso dieser Betrag bisher nicht budgetiert wurde. Die GLP-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats.

Andreas Felder kann sich den Voten seitens der FDP-Fraktion und der GLP-Fraktion anschliessen. Der Stadtrat hat aufgezeigt, dass dieser Prozess bei der Stadt bereits im Gang ist. Auch für die CVP-Fraktion ist es selbstverständlich, dass die Stadt möglichst barrierefrei kommunizieren soll. Der Sprechende sagt bewusst «möglichst», da schliesst er sich ein Stück weit Thomas Gfeller an: Es wird Bereiche geben, in welchen eine barrierefreie Kommunikation nicht möglich oder in keiner Weise verhältnismässig ist. Dort soll man eine möglichst gute Lösung finden, aber nicht immer auf einer absoluten Lösung beharren. Das Postulat geht jedoch in die richtige Richtung, deshalb wird die CVP-Fraktion es unterstützen. Auch von ihrer Seite ist noch anzumerken, dass diese Kosten eigentlich im Globalbudget eingeplant sein sollten.

Tamara Celato dankt für die unterstützenden Voten. Für eine Demokratie ist es entscheidend, dass alle Menschen eine Stimme bekommen; das ist allen klar. Die Sprechende will in ihrem Votum nur noch wenige Punkte aufnehmen, die ihr am Herzen liegen. Der eine betrifft die Berechnungen für die Umsetzung in Brailleschrift und für Übersetzungen. Da fehlt die Berechnung für die Übersetzung in Gebärdensprache. Gerade in der aktuellen Corona-Zeit, in welcher man an vielen Orten und bei vielen Gelegenheiten eine Maske tragen muss, ergibt sich ein zusätzliches Handicap

für hörbeeinträchtigte Menschen, die sonst Lippen lesen könnten. Das bedeutet, dass die Berechnung für die Übersetzung in Gebärdensprache nach Ansicht der SP-Fraktion unbedingt mitberücksichtigt werden soll.

Die SP-Fraktion unterstützt den partizipativen Prozess mit den Behindertenorganisationen und schätzt es sehr, dass die Betroffenen zu Beteiligten gemacht werden. Die Sprechende richtet an die SVP-Fraktion die Bitte, doch selber einmal einen Vorstoss zu diesem Thema vorzulegen, der für sie – die SVP-Fraktion selber – korrekt formuliert wäre. Darüber würde sich die Sprechende sehr freuen, denn dann wüsste sie, wie ein solcher Vorstoss daher kommen müsste, dass auch die SVP-Fraktion dem Anliegen, das sie in ihren Voten immer stark betont, zustimmen könnte. Vielleicht könnten die anderen Fraktionen dann auf weitere Vorstösse zu diesem Thema verzichten, auch wenn es noch ein weiter Weg ist, bis alle Menschen, die in der Stadt Luzern leben, die Möglichkeit haben, unabhängig von Voraussetzungen, Herkunft, Aufenthaltsstatus und Alter am politischen Leben teilzunehmen. Die SP-Fraktion freut sich, wenn der Grosse Stadtrat der Überweisung des Postulats 9 zustimmt.

Silvio Bonzanigo unterstützt grundsätzlich die Stossrichtung des Vorstosses, aber wie anderen Sprechern scheint es ihm wichtig, auch in diesem Bereich die Verhältnismässigkeit zu wahren. Er möchte sich kurz zu den Honoraren respektive Entschädigungsansätzen äussern, die der Stadtrat in seiner Stellungnahme für die Übersetzung in einfache Sprache anführt. Als er sie sah, hat es ihm einen Augenblick die einfache Sprache verschlagen. Er hat ein Leben lang viel geschrieben und auch Anspruchsvolles lektoriert, z. B. die Zürcher Kommentare – die Juristen werden diese Reihe kennen –, aber solche Ansätze waren ausserhalb seiner Reichweite. Er bittet daher die Stadtverwaltung sehr, nicht eine solche Übersetzungsindustrie um sich herum aufblühen zu lassen, die zu Abzockerpreisen eine Arbeit erledigt, welche teilweise vielleicht auch von der internen Kommunikationsstelle zumindest unterstützt werden könnte. Mit solchen Honoraransätzen ist der Sprechende nicht einverstanden, da muss die Stadt eine andere Lösung finden. Das hindert den Sprechenden aber nicht, den Vorstoss zu unterstützen.

Thomas Gfeller bemerkt zu Tamara Celato, dass die SVP-Fraktion Unterstützungshilfe leisten kann, wie ein solches Postulat aussehen soll, damit sie es mittragen würde. Er masst sich nicht an, Tamara Celato Richtlinien vorzugeben. Im Moment kann er nur beurteilen, was im vorliegenden Postulat steht, und dieses enthält eben die Forderung, dass alle zentralen Dokumente der Stadt in leichte Sprache und in mindestens vier verschiedene Sprachen übersetzt sowie in Brailleschrift gedruckt werden usw. So, wie es aussieht, ist die SVP-Fraktion die einzige, die den Aufwand, den die Stadt dazu betreiben müsste, ablehnt. Der Sprechende wird darauf zurückkommen, wenn es dann um die Kosten geht, um das alles wirklich umzusetzen. 50'000 Franken werden dazu niemals genügen, diese Kosten werden um ein Wesentliches höher sein. Wenn das Postulat jetzt überwiesen wird, bedeutet das einfach einen Prüfauftrag; der Grosse Stadtrat wird später noch einmal zu den Kosten Stellung nehmen können.

Martin Abele entnimmt den Äusserungen von Thomas Gfeller, dass es offenbar unterschiedliche Arten gibt, wie man ein solches Postulat lesen und interpretieren kann. Im Postulat steht, die Stadt

solle «zentrale Dokumente, Wegleitungssysteme, Schilder etc. zusätzlich in Brailleschrift bereitstellen; zentrale Dokumente und Informationen zusätzlich in leichter Sprache zur Verfügung stellen; wichtige mündliche Informationen und Produktionen zusätzlich in Gebärdensprache anbieten bzw. mit Untertiteln versehen.» Es steht nicht, bei «allen» oder «sämtlichen» Dokumenten oder Informationen müsse so vorgegangen werden, sondern einfach bei zentralen, wichtigen. Der Stadtrat hat in seiner Stellungnahme geschrieben, dass er mit den betroffenen Organisationen zusammen herausfinden will, welches die wichtigen, zentralen Informationen sind; diese sollen entsprechend aufbereitet werden. In diesem Sinn ist der Vorstoss in keiner Weise extrem oder allumfassend.

Stadtpräsident Beat Züsli: Es ist richtig, für die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes die Ziele hoch anzusetzen. Die Umsetzung muss jedoch schrittweise erfolgen, darüber hat der Grosse Stadtrat schon diskutiert, als es um die Realisierung von behindertengerechten Bushaltestellen ging, und dabei festgestellt, dass es der Stadt nicht möglich ist, alles in einem Schritt oder in einer Etappe zu realisieren. Genau gleich ist es beim Anliegen dieses Vorstosses. Der Stadtrat möchte zusammen mit Behindertenorganisationen prüfen, welche Massnahmen wie umgesetzt werden sollen. Das Postulat enthält sehr viele Anregungen, die jetzt zum Teil auch infrage gestellt wurden, z. B., ob man standardmässig Videos in Gebärdensprache publizieren soll, bei welchen Publikationen und öffentlichen Informationen die Verwendung von Brailleschrift wichtig wäre usw. Der Stadtrat möchte den Handlungsbedarf unter Einbezug von Fachpersonen in einem partizipativen Prozess erarbeiten, gerade auch, um Genauigkeit in Bezug auf den Aufwand zu erhalten, der dadurch entsteht. Diese Kosten dürfen nicht unterschätzt werden, aber ihre Höhe lässt sich im Moment noch nicht im Detail angeben. Deshalb bleiben auch noch gewisse Fragen offen, die jetzt in den Voten gestellt wurden. Es handelt sich um ein Postulat, um einen Prüfauftrag. Die Stadt wird sicher nicht alles so umsetzen können, wie es im Postulat vorgeschlagen wird, sondern sie wird sich auf die wichtigen Aspekte konzentrieren. Das, was den Betroffenen dient, muss im Vordergrund stehen. In diesem Sinn bittet der Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates, das Postulat zu überweisen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 9.²

² Maria Pilotto ist für die Ratssitzung entschuldigt (siehe Seite 1). Sie nimmt aber an der Abstimmung zu diesem Traktandum teil und stützt sich dabei auf den Beschluss der Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates vom 17. Dezember 2020, wonach Grossstadträtinnen während des Mutterschaftsurlaubs eine auf (wichtige) Abstimmungen beschränkte Teilnahme an Ratssitzungen ermöglicht ist.

**13 Postulat 25, Marco Müller und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion
vom 19. Oktober 2020:
Kurzvideos bei Abstimmungen**

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Marco Müller: Die Anwesenden kennen das gute alte Abstimmungsbüchlein, das jeweils mit den Abstimmungsvorlagen per Post zugestellt wird. Darin werden Pro und Kontra aufgelistet, der Sachverhalt wird geschildert und die Empfehlung des Stadtrates und des Parlaments ist festgehalten. Dieses Instrument gibt es seit Jahrzehnten, schwarzweiss mit ein bisschen Blau dazwischen, eine Bleiwüste, ab und zu einmal einzelne Bilder. Für eine Stadt wie Luzern, die in der Digitalisierung schweizweit führend sein will, ist es heute, im Jahr 2021, höchste Eisenbahn, die Kommunikation bei Abstimmungen ins digitale Zeitalter zu transformieren. Wie das geht, macht der Bund schon länger vor. Über VoteInfo informiert er in kurzen und knackigen Videos über die aktuellen Abstimmungsvorlagen. Auch der Kanton Luzern hat schon Erfahrungen mit solchen Abstimmungsvideos oder Angeboten wie easyvote gemacht, die junge Stimmberechtigte mit Kurzvideos zum Abstimmen motivieren und den Sachverhalt jeweils kurz erklären. Der Sprechende ist Beistand eines jungen Mannes, der eine leichte kognitive Beeinträchtigung hat. Dieser ist stimmberechtigt und schaut jeweils bei Abstimmungen auf nationaler Ebene genau diese Videos an; er versteht den Sachverhalt und bildet sich dann selber eine Meinung. Wenn Abstimmungen in der Stadt Luzern stattfinden, kann dieser Mann mit dem Abstimmungsbüchlein nichts anfangen, er kann auch die Artikel im Stadtmagazin nicht lesen. Das macht es für ihn schwierig, sich eine Meinung zu bilden. Genau in solchen Situationen wäre es hilfreich, wenn es auch in der Stadt Luzern Abstimmungsvideos gäbe. Aus den Tendenzen in der Medienlandschaft und in der Kommunikationsbranche ist klar ersichtlich, dass immer mehr Content digital aufbereitet und auf neuen digitalen Kanälen unter die Zielbevölkerung gebracht wird. Es ist an der Zeit, dass auch die Stadt Luzern sich auf diesen Weg macht, aus folgenden Gründen:

1. Der Grosse Stadtrat muss ein Urinteresse an einer gelebten Demokratie, einem öffentlichen Diskurs, einer hohen Stimmbeteiligung und einer guten Legitimation der Entscheidungen, die bevorstehen, haben. Abstimmungsvideos können einen wichtigen Beitrag dazu leisten.
2. Die Stadt Luzern soll in der Digitalisierung Nägel mit Köpfen machen. Zu sagen, man wolle schweizweit führend sein, aber immer noch auf das alte, verstaubte Abstimmungsbüchlein zu setzen und nicht einmal ein Abstimmungsvideo auszuprobieren, ist ein No-Go.
3. Mit Abstimmungsvideos werden zusätzliche Personen erreicht, die bisher selten abgestimmt haben. Dazu gehören z. B. Jugendliche, Menschen, die schlechte Deutschkenntnisse haben, Analphabetinnen und Analphabeten oder Menschen mit Sprachbeeinträchtigung, die leichtverständliche Videos nachvollziehen können, aber mit dem Abstimmungsbüchlein Mühe haben.
4. Die Stadt Luzern hat ihre Kommunikationsabteilung in den letzten 20 Jahren massiv ausgebaut. Im Zusammenhang mit seinem Rücktritt hat Niklaus Zeier in Interviews berichtet, wie es in der Abteilung früher war und wie sie heute aufgestellt ist; heute stehen ihr ganz andere Ressourcen zur Verfügung. Die Stadtkommunikation hat in der Vergangenheit schon verschiedent-

lich bewiesen, dass sie in Zusammenarbeit mit Videoprofis Content gut verständlich, pragmatisch und kostenbewusst produzieren und so unter die Leute bringen kann. Warum geht das nicht auch bei Abstimmungsvideos?

5. «Wer nichts wagt, der nichts gewinnt.» Die Haltung des Stadtrates, das Anliegen nicht einmal teilweise umzusetzen, findet der Sprechende enttäuschend. Der Grosse Stadtrat soll den Mut haben und das Postulat überweisen, damit die Stadtverwaltung Erfahrungen sammeln kann. Falls die Videos dann wirklich so teuer sind oder kaum angeschaut werden – das kann man im Internet ja messen – kann der Grosse Stadtrat in ein paar Jahren wieder darüber diskutieren, ob das der richtige Weg ist. Aber man hat dann neben dem Abstimmungsbüchlein doch zumindest auch einen anderen Weg versucht.

Der Sprechende kommt auf die Kosten zu sprechen, sie waren auch bei den beiden vorangegangenen Traktanden ein Thema. Selbstverständlich attestiert er der Stadtverwaltung, dass sie die Anliegen der Vorstösse jeweils seriös prüft und dass die Zahlen, die sie angibt, auf gewissen Grundlagen beruhen. Beim vorliegenden Postulat rechnet der Stadtrat mit Kosten von 40'000 Franken und 15 Stellenprozenten für vier Abstimmungsvideos à drei Minuten. Natürlich ist es möglich, dass der Aufwand grösser wird, als man auf den ersten Blick meint. Aber dem Sprechenden scheint doch, dass die Umsetzung bedeutend kostengünstiger sein kann, als der Stadtrat angibt. Für die Produktion eines Videos 10'000 Franken Sachkosten und 75 Arbeitsstunden – 15 Stellenprozente entsprechen 317 Sollstunden, also 75 Stunden pro Video –: Diese Annahmen scheinen dem Sprechenden nicht verhältnismässig. Die Stadt könnte sehr viele Synergien nutzen, sie ist ja auf vielen Kanälen in den Social Media schon präsent. Dort sind ihre Beiträge selten so, dass man Redaktoren einsetzen müsste, um die Reaktionen zu bewirtschaften. Im Vorfeld einer Abstimmung ist sowieso schon viel Content vorhanden, den man einfach für die Videos aufbereiten muss. Für den Sprechenden ist nicht schlüssig, warum der Aufwand so gross sein soll.

Der Sprechende hat den Eindruck, dass sich der Stadtrat ein bisschen hinter den Paragraphen versteckt, indem er auf das Reglement über die Kommunikation bei städtischen Volksabstimmungen Bezug nimmt. Natürlich war es schon ein Politikum im Grossen Stadtrat, wer in der Abstimmungsbroschüre wie viel Platz erhält. Aber mit gutem Willen lässt sich problemlos eine Lösung finden, wie die verschiedenen Parteien oder Komitees, Befürworter/innen und Gegner im Video gerecht vertreten sind. Auch in einem Beitrag von drei Minuten können die einzelnen politischen Kräfte und ihre Argumente korrekt wiedergegeben werden. Der Stadtrat weist auf die Gefahr hin, man könnte zu wenig in die Tiefe gehen. SRF, Tele 1, 20 Minuten usw. versuchen täglich, mit kurzen Beiträgen sachliche Informationen zu vermitteln und alle involvierten Kreise zu Wort kommen zu lassen, sie zeigen, dass das geht. Wenn der Grosse Stadtrat das Postulat überweist, so wäre es im Sinn und Geist der Unterzeichneten und der G/JG-Fraktion, dass die Stadt die Umsetzung pragmatisch angeht, dass sie dazulernt, agil, crossmedial und vor allem digital. Der Sprechende fordert die Mitglieder des Grossen Stadtrates auf, den Mut zu haben, diesen kleinen Schritt zu wagen und Kurzvideos bei Abstimmungen auszuprobieren und zu gestalten.

Jörg Krähenbühl: Die Idee mag ja gut klingen, kostet aber unter dem Strich im Verhältnis zum Nutzen extrem viel. Bereits heute gibt es sehr viele Möglichkeiten, sich vor Abstimmungen zu informieren. Die Stadt, der Kanton und der Bund, aber auch die Medien leisten da bereits sehr viel. Die SVP-Fraktion sieht daher keinen Grund für einen weiteren Ausbau, dass die Stadt solche Videos

erstellt. Die Informationsbeschaffung vor einer Abstimmung ist eben zu einem Teil auch eine Holschuld. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat analog zum Entscheid des Stadtrates ab.

Daniel Lütolf will zu Beginn kurz ein bisschen ausholen. Unsere Gesellschaft wird täglich mit Behauptungen und Informationen bombardiert. Es ist eine grosse Herausforderung, wirkliche Informationen und wirkliche Sachverhalte auch sachlich präsentiert zu erhalten. Die Stadt Luzern hat zudem leider nur eine sehr überschaubare Medienlandschaft, es gibt gerade einmal eine grössere Printzeitung und ein Online-Newsportal. – Jetzt aber zum Postulat: Selbstverständlich sind Videos angenehm und entsprechen dem Zeitgeist. Kurzvideos stellen tatsächlich eine Gratwanderung zwischen korrekter Wiedergabe des Inhalts und der Verständlichkeit dar, diesbezüglich ist die GLP-Fraktion mit dem Stadtrat einig. Aber Gegenfrage: Wo können wir denn politisch tatsächlich noch pure, reine Informationen erhalten? Wo können Jugendliche oder Erwachsene sich eine unabhängige Meinung bilden, wo ist ein schneller, unabhängiger und verständlicher Vermittlungsweg möglich? Die Tochter des Sprechenden würde jetzt sagen: auf TikTok. Die Videos, von welchen im Postulat die Rede ist, versprechen eine ungefilterte, sachliche Wiedergabe politischer Themen, die nicht nur Jugendlichen, sondern auch Erwachsenen eine unabhängige Entscheidungshilfe bieten könnte. Das ist heute ein rares Gut – und deshalb ein umso wichtigeres Gut. Diese Kurzvideos von maximal einer Minute sind für die Stadt auch eine Chance, dass man sie auch für IGTV, auf Instagram oder anderen Social Media Channels nutzen kann. Zu den Kosten von 40'000 Franken setzt auch die GLP-Fraktion grosse Fragezeichen, da ist der Sprechende mit Marco Müller einig, dass es mit Bestimmtheit günstiger geht.

Die GLP-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen, der Sprechende weiss nicht, wie die einzelnen Fraktionsmitglieder abstimmen werden, aber er wird die Überweisung des Postulats unterstützen.

Regula Müller: Wenn der Stadt politische Bildung für Jugendliche wichtig ist und wenn sie will, dass mehr Leute bei den kommunalen Abstimmungen und Wahlen an die Urne gehen, muss sie bereit sein, neue Wege auszuprobieren. Die Bewirtschaftung von Social Media, die Nutzung von digitalen Kanälen und die Veröffentlichung von Kurzvideos sind Gelegenheiten, die man beim Schopf packen sollte. Im Rahmen der Digitalisierung sind solche Massnahmen eigentlich ein Muss. Die Sprechende sieht ein, dass es eine Herausforderung ist, komplexe Abstimmungsfragen kurz und verständlich darzustellen. Wenn Kurzvideos als Ergänzung zum Abstimmungsbüchlein und zum Stadtmagazin dazu beitragen können, dass mehr Leute und vor allem junge Bürger:innen die Abstimmungsinformationen verstehen und darum auch an die Urne gehen, möchte die SP-Fraktion diese Herausforderung gern als Chance annehmen.

Der Stadtrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass er an der Wirkung von Kurzvideos zweifle, aber er tut das, ohne dass er seine Zweifel mit Fakten belegen könnte. Das findet die Sprechende sehr schade.

Natürlich kostet das Ganze etwas. Diesbezüglich kann sich die Sprechende der Argumentation des Jugendparlaments anschliessen: Demokratie ist eines der wichtigsten Güter in unserer Gesellschaft. Eine hohe Beteiligung und der Zugang für alle dürfen etwas kosten. Die SP-Fraktion plädiert dafür, das Postulat zu überweisen, sodass der Stadtrat die Wirkung und vor allem die Nutzung von Kurzvideos und Pushnachrichten vor Abstimmungen und die Bewirtschaftung von Social

Media testen und nach einer Testphase entscheiden kann, wie er die verschiedenen Kanäle und Instrumente in Zukunft einsetzen will.

Irina Studhalter möchte die Chance nutzen, um die Stellungnahme des Jugendparlaments der Stadt Luzern noch einmal zu thematisieren. Das Jugendparlament hat sich ja zuerst an den Stadtrat gewandt und dann an den Grossen Stadtrat. Es führte drei Argumente an, warum der Grosse Stadtrat diesem Postulat zustimmen soll, und hat diese auch mit Studien unterlegt.

1. Abstimmungsvideos können die Komplexität von Abstimmungsvorlagen herunterbrechen und so zu einer höheren Partizipation führen.
2. Digitale Erinnerungsmethoden wie z. B. per SMS oder Pushnachrichten sind wirksam. Auch das ist mit einer Studie belegt.
3. Das Jugendparlament argumentiert, dass die Stadt als neutrale Organisation – die Sprechende würde sagen, als staatliche Organisation – eine Orientierung im Dschungel von Fake News bieten kann.

Das Jugendparlament schliesst mit folgenden Ausführungen: «Dass das Angebot von Abstimmungshilfen Kosten mit sich zieht, ist uns bewusst. Jedoch ist die Demokratie eines der wichtigsten Güter unserer Gesellschaft und wird durch eine tiefe Beteiligung untergraben. Daher sollten unserer Ansicht nach weder Kosten noch Mühen gespart werden, um dieses Gut zu erhalten.»

Die Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates nicht nur als Postulantin, sondern auch im Namen des Jugendparlaments, den Vorstoss zu überweisen.

Mirjam Fries: Das Anliegen des Postulats 25 stösst auch bei der CVP-Fraktion grundsätzlich auf Sympathien. Bezüglich der Überweisung ist sich die Fraktion jedoch nicht ganz einig. Sie teilt grundsätzlich das Anliegen, möglichst viele Leute an die Urne zu bringen. Ebenso ist klar, dass auch komplexe Vorlagen so einfach wie möglich erklärt werden sollen. Das Medienverhalten hat sich stark verändert, die sozialen Medien spielen gerade bei den Jungen eine wichtige Rolle. Die CVP-Fraktion hat auch Sympathien für Erklärvideos. Trotzdem folgt sie grossmehrheitlich dem Antrag des Stadtrates und lehnt das Postulat ab. Die Kosten sind nach Ansicht der Fraktion letztlich zu hoch, respektive der Mehrwert ist zu gering. Wenn der Bund ein Erklärvideo produziert, geschieht das für 5,5 Millionen Stimmberechtigte, wenn die Stadt ein Erklärvideo produziert, sind es 53'000 Stimmberechtigte. Das ist ein ziemlicher Unterschied. Zudem denkt die Sprechende, dass die städtischen Vorlagen in der Regel weniger komplex sind als diejenigen von Bund und Kanton. Die CVP-Fraktion ist aber grundsätzlich auch der Meinung, dass die Stadt sich im Rahmen der Digitalstrategie in Bezug auf die Kommunikation weiterentwickeln soll. Wie bereits erwähnt, informieren sich gerade die Jungen nicht mehr über die traditionellen Medien.

Gemäss Stadtrat läuft die Weiterentwicklung der digitalen Kommunikation im Rahmen von «Stadt Luzern digital». Das ist gut so. Es gab auch schon andere Vorstösse zur Erhöhung der Stimmbeteiligung, z. B. in Bezug auf Gratisporti für die Stimmcouverts. Auch das hätte kaum grossen Einfluss auf die Stimmbeteiligung gehabt. Das gilt auch für die Erklärvideos. Sie sind ein zusätzliches Informationsmittel, sie haben aber wahrscheinlich wenig direkten Einfluss auf die Stimmbeteiligung. Da teilt die CVP-Fraktion die Meinung des Stadtrates. Das politische Interesse muss vorher geweckt werden, das fängt im Elternhaus und in der Schule, vielleicht auch im Jugendparlament an. Die CVP-Fraktion folgt grossmehrheitlich dem Stadtrat und lehnt das Postulat ab.

Fabian Reinhard: Auch für die FDP-Fraktion ist unbestritten, dass die Information der Stimmbeteiligung weiterentwickelt werden soll. Sie soll auch digitaler werden, und dazu braucht es neue Formen und nicht einfach nur das Abstimmungsbüchlein. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Stellungnahme und vor allem für die Transparenz bezüglich der Kosten. Sie teilt die Einschätzung, dass das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen, das heisst, wie oft ein solches Video angeschaut würde, wie viele Views gezählt würden, wahrscheinlich nicht allzu gut wäre. Der Sprechende neigt aber ein bisschen auf die Seite der Postulanten: Man könnte es ja einmal testen, denn so hätte man Daten und könnte diesen entnehmen, wie es wirklich aussieht. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist zwar ein wichtiger Aspekt, aber man muss sich auch vor Erbsenzählerei hüten. Der Sprechende dankt dem Jugendparlament für seinen interessanten Brief, in welchem auch auf wissenschaftliche Studien zu diesem Thema verwiesen wird. Man muss das Thema eben grundsätzlicher anschauen, als nur über die Kosten zu sprechen. Zwei Probleme werden auch im Brief des Jugendparlaments erwähnt:

- Ein Problem betrifft die Information. Wie kann man der wachsenden Flut von Fake News begegnen? Wahrscheinlich nicht einfach mit ein paar kurzen Videos von wenigen Minuten.
- Ein zweites Problem liegt in der Mobilisierung. Die Stimmbeteiligung ist bei einzelnen Abstimmungen sehr tief. Diesbezüglich gibt es aber zum Glück auch positive Zeichen. Wenn man nämlich mehrere Abstimmungen, die nacheinander stattfinden, betrachtet, sieht man, dass eine selektive Partizipation stattfindet; es nehmen nicht immer die gleichen Leute an den Abstimmungen teil, sondern manchmal nimmt jemand an einer Abstimmung teil, weil ihn das Thema interessiert, bei anderen Themen geht er nicht abstimmen. In diesem Sinn ist die Stimmbeteiligung insgesamt eben doch nicht ganz so tief. Auch dazu gibt es wissenschaftliche Studien, welche das Jugendparlament jedoch nicht erwähnt hat, denn es kann selbstverständlich nicht alle Studien lesen.

Die grundsätzliche Frage lautet: Was soll der Stadtrat oder die Stadtverwaltung zusätzlich in die Wege leiten? Aber stehen diesbezüglich nur der Stadtrat und die Verwaltung in der Verantwortung? Nein, eine ganz zentrale Rolle haben bei diesem Thema die Parteien, die allerdings im Vorstoss nicht direkt vorkommen. Die Parteien müssen dafür sorgen, dass die öffentliche Debatte stattfindet, dass die Information stattfindet, dass die Mobilisierung stattfindet. Das können sie nicht einfach an die Stadtverwaltung wegdelegieren. Der Sprechende würde sich fast ein bisschen Sorgen machen, wenn der Grosse Stadtrat einfach zu diesem Zweck mehr Mittel bewilligen würde. Die Mittel für die Information haben bei der Verwaltung stark zugenommen, etwa gleich stark wie sie bei den Medien abgenommen haben; die Abonnentenzahlen bei den Zeitungen sinken. Wenn die Mittel für die Information bei der Stadtverwaltung immer mehr zunehmen, könnte man ein bisschen polemisch ausgedrückt sagen, es komme dann irgendwann zu einer Behördenpropaganda. Der Sprechende drückt es bewusst so überspitzt aus, weil er aufzeigen will, dass es bei politischen Fragen keine neutrale Information gibt. Das Abstimmungsbüchlein ist zwar ein bisschen trocken und vielleicht auch ein bisschen langweilig, aber das ist okay so. Ein Video würde wahrscheinlich etwa gleich langweilig herauskommen. Das sagt er bewusst als jemand, der im digitalen Bereich tätig ist: Das muss so sein, es ist ein Feature und kein Bug, es ist eine Funktionalität, die bewusst so gestaltet ist, und nicht ein Fehler im System. Weil das Abstimmungsbüchlein neutral und ausgeglichen sein soll, ist es eben auch ein bisschen langweilig. Und so ist anzunehmen, dass das, was

dann als Video daherkommen würde, auch nicht grosses Kino wäre. Aber das wäre ja auch in Ordnung so. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Silvio Bonzanigo ist von der Stellungnahme des Stadtrates zu diesem Postulat enttäuscht, weil der Stadtrat ausgesprochen defensiv argumentiert. Zwar wird das Anliegen im Grundsatz nicht negiert, aber sofort von Reglementsdiskussionen, Stellenzuwachs, finanziellen Überlegungen komplett zugeschüttet. Da lobt sich der Sprechende doch die Stellungnahme des Jugendparlaments: Das Jugendparlament hat Literatur beigezogen und mit Quellenverweis recherchiert. Auf einem solchen Niveau dürfte man eigentlich auch die Stellungnahme des Stadtrates erwarten. Der Sprechende empfiehlt dem Stadtrat, in solchen Fragen auch einmal ungewohntes Gelände zu betreten, das heisst, couragierter zu sein. Die Welt ist im Wandel, und darum darf man als Behörde auch einmal ein kleines Wagnis eingehen. Mit den Abstimmungsvideos würde die Stadt wirklich nur ein kleines Wagnis eingehen, denn sie ersetzen ja das Abstimmungsbüchlein nicht, das verlangt der Vorstoss ja auch nicht, sondern sie wären eine parallele Möglichkeit dazu. Diese Videos werden am Anfang nicht auf Kinoformat und einem hohen Qualitätsniveau sein und müssen das auch nicht. Wenn ein solches Video nicht komplett perfekt herauskommt, wird die Stadt Luzern dadurch nicht in ihren Grundfesten erschüttert. Der Stadtrat hat die Kosten komplett prohibitiv aufgeführt, er will damit erreichen, dass der Vorstoss abserviert wird. Zusätzlich wird überkomplex argumentiert, es ist die Rede davon, eine Reglementsanpassung könne im Zuge der Evaluation einer externen Produktionsfirma und mithilfe externer Videofachleute entworfen werden. Da hält sich jemand irgendwo im dritten Stock auf, wir sind aber hier im Parterre. Das bedeutet, dass man sich überlegen muss, ob man es nicht auch anders machen könnte. Der Sprechende arbeitet zusammen mit einer Kollegin für die Kommunikation einer ausserkantonalen mittelgrossen Firma. Sie haben beim Weihnachtessen abgesprochen, dass sie in diesem Jahr beginnen, Podcasts zu produzieren. Beide wussten nicht, wie das geht. Sie haben zwei Abendveranstaltungen an der Volkshochschule Aargau besucht, im Internet recherchiert, Proben gemacht. Ab Juli werden sie selber Podcasts mit Nationalräten, Ständeräten, CEOs weiblichen und männlichen Geschlechts produzieren. Es geht schon, man muss sich eben manchmal selber einen Ruck geben. Man darf also das Postulat nicht einfach mit diesen Kosten abservieren, das Anliegen lässt sich auch günstiger umsetzen, muss sich günstiger umsetzen lassen. Man darf auch kreativ sein, es gibt ja in Emmenbrücke die Hochschule für Design und Kunst mit einer Videoabteilung. Mit ihr könnte sich die Stadt ins Verständnis setzen, vielleicht könnte diese dem Anliegen Schub verleihen. Natürlich weiss der Sprechende, dass die Hochschule nicht private Anbieter konkurrenzieren darf, aber die Stadt könnte z. B. eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter der Kommunikationsabteilung dort eine Stage als Weiterbildung machen lassen. Weiterbildung sei ja wichtig wie nichts anderes auf der Welt. Wenn diese Person nach einem halben Jahr zurückkommt, weiss sie, wie man Videoproduktionen macht, dann braucht es vielleicht noch ein bisschen Support von einem echten Profi, und danach kann die Stadt das weitgehend selber machen. Der Sprechende als ältestes Ratsmitglied ist enttäuscht, wie statisch und altbacken die Regierung mit einem Anliegen umgeht, das von Jungen als für sie erheblich betrachtet wird. Er wird den Vorstoss gern unterstützen.

Stadtpräsident Beat Züsli betont, dass Videos in der Stadtverwaltung schon seit einiger Zeit für die Information und Kommunikation eingesetzt werden. Das wird in Zukunft noch mehr der Fall

sein. Videos können ein sehr gutes Mittel sein, um gewisse Botschaften zu transportieren. Ob die Stadt bei der digitalen Transformation vorwärtsmachen will und ob sie Videos einsetzen will oder nicht, ist jetzt überhaupt nicht Gegenstand der Diskussion; die Stadt tut das bereits und wird es weiterhin tun. Bei diesem Vorstoss geht es jedoch um den Einsatz von Videos bei Volksabstimmungen. Da gelten nach Ansicht des Stadtrates andere Anforderungen, da müssen andere Aspekte berücksichtigt werden. Der Stadtrat hat versucht, die Schwierigkeiten darzulegen. Die Umsetzung der Forderung des Postulats führt zu einem gewissen Aufwand, der nach Ansicht des Stadtrates im Vergleich zum Resultat, das erwartet werden kann, unverhältnismässig wäre. Stadtrat und Grosser Stadtrat wie auch das Jugendparlament haben das gemeinsame Ziel, die Beteiligung an den Abstimmungen zu erhöhen; die geringe Beteiligung gerade der jüngeren Bevölkerung ist unbefriedigend. Aber dabei stellt sich die Frage, ob das Video das geeignete Mittel ist, um eine Steigerung erreichen zu können. Wenn man Videos produzieren würde, müssten diese kurz sein, in den vorangegangenen Voten wurde von einer Minute und von drei Minuten gesprochen. Das bedeutet, dass man den Inhalt sehr stark konzentrieren muss. Gleichzeitig muss die Information ausgewogen sein. Diese beiden Aspekte zu vereinen ist schwierig und aufwendig. Wer sich schon einmal mit diesen Themen beschäftigt hat, weiss, dass der Aufwand steigt, wenn man etwas zusammenfassen, verkürzen muss. Etwas breit darzulegen ist viel einfacher. Für das Abstimmungsbüchlein wurde mittlerweile ein fein austariertes System ausgearbeitet, um festzulegen, wie viel Platz für Meinungen und Gegenmeinungen und die Ansichten der Parteien zur Verfügung steht. Das hat sich bewährt. Es wäre schwierig, dieses System auf Sekunden im Video zu übertragen, es wäre nicht unmöglich, aber sehr anspruchsvoll. Die Vereinfachung ist eher Sache der verschiedenen Parteien, die sich in einer Abstimmung engagieren, sie könnten sich auf ihre Argumente konzentrieren. Die Stadt hingegen hat ausgewogen zu informieren und die ganze Breite abzubilden. Dazu ist das Video nach Ansicht des Stadtrates zwar nicht gerade ein ungeeignetes, aber ein eher schwieriges Instrument. Darum bittet der Stadtrat die Mitglieder des Grossen Stadtrates, den Vorstoss abzulehnen.

Silvio Bonzanigo will kurz eine Replik auf das Votum des Stadtpräsidenten machen. So kompliziert ist die Sache nun doch wieder nicht, man kann sie einfach kompliziert darstellen, aber dadurch wird sie nicht selber kompliziert. Alle kennen die «Arena» und die kurzen Filme darin mit den grünen Figuren; diese Filme sind eine Form von animierter Abstimmungsinformation. Man soll sich also einfach nicht zu schnell auf ein Muster festlegen, z. B. dass die Fraktion x, die im Grossen Stadtrat so und so viele Sitze hat, im Video dann 23,5 Sekunden auftreten darf. Mit solchen Mustern kann man jede Idee kaputtmachen, und nach Ansicht des Sprechenden findet genau das jetzt vonseiten des Stadtrates statt.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 25.

- 14 Beschlussantrag 34, Fabian Reinhard und Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, Christian Hochstrasser und Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion, Jules Gut und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion, Simon Roth und Lena Hafen namens der SP-Fraktion, Thomas Gfeller und Patrick Zibung namens der SVP-Fraktion sowie Andreas Felder und Mirjam Fries namens der CVP-Fraktion
vom 18. November 2020:
Zweite Lesung für den Erlass oder die Änderung von Reglementen**

Der Stadtrat beantragt dem Grossen Stadtrat, dem Beschlussantrag zuzustimmen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Der Grosse Stadtrat hat dem Beschlussantrag 34 somit zugestimmt.

- 15 Postulat 19, Marco Müller und Martin Abele namens der G/JG-Fraktion, Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion sowie Maria Pilotto namens der SP-Fraktion
vom 30. September 2020:
«Swiss LGBTI-Label» für die Stadt Luzern**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Thomas Gfeller: Eine Arbeitskultur kann weder durch ein Label entstehen, noch kann sie durch ein solches geprägt werden. Eine Kultur steht und fällt mit den Vorgesetzten, mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Selbstverständlich ist ein offenes, wertschätzendes Arbeitsumfeld notwendig, damit das menschliche Potenzial voll ausgeschöpft werden kann. Da braucht es viel mehr als nur ein LGBTI-Label, das man aufgrund einer Selbstdeklaration erhalten kann. Auf der Internetseite wird der Vergabeprozess, wie man zu solch einem Label kommt, genau beschrieben. Der Sprechende zitiert: «Die Überprüfung und Einstufung basiert auf einer Selbstdeklaration auf der Basis eines Fragenbogens und der Einreichung von Nachweisdokumenten zu den deklarierten Instrumenten und Massnahmen. Die Bewertung durch ein Punktesystem ist eine Einladung an die Organisationen, sich in einen ständigen Verbesserungsprozess zu begeben. Das Swiss LGBTI-Label wird durch die Vergabekommission erteilt.»

Zusammengefasst heisst das: Anfrage, Vereinbarung – respektive Kosten, Bezahlung –, Selbstdeklaration – man reicht die Dokumente ein –, man erhält eine Auswertung, ein Feedback, und das Label ist erteilt. Es findet keine Auditierung statt und Gespräche mit den Arbeitnehmenden werden keine geführt. Das erscheint der SVP-Fraktion doch ein bisschen speziell. Die grossstadträtlichen Verwaltungsbesuche sind effektiver, der Puls der Kultur ist dort spürbarer. Auf der Internetseite zum Swiss LGBTI-Label gibt es noch einen Schnelltest, der Sprechende hat nicht so recht verstanden, was das Ziel dieses Tests ist.

Die SVP-Fraktion findet es sehr speziell, dass sich eine Verwaltung wie die Stadt Luzern ein Label geben muss, das besagt, dass bei ihr Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, intergeschlechtliche oder binäre Personen willkommen sind und bei ihr arbeiten können, weil sie eine offene Kultur pflegt, welche die Inklusion von LGBTI-Menschen fördert. Aus der persönlichen Sicht des Sprechenden ist das diskriminierend und darf eigentlich gar nicht zum Thema werden. Warum muss man diese Menschen fördern? Sie sind doch weder benachteiligt, noch stimmt etwas mit ihnen nicht. Es sind Personen wie du und ich. Der Sprechende kann sich nicht vorstellen, dass das wirklich im Interesse der Zielgruppe ist. Es ist aber durchwegs vorstellbar, dass gerade die Schaffung eines solchen Labels eine gegenteilige Wirkung mit sich bringen und die Betroffenen ausgrenzen kann.

Wenn diese Kultur gelebt würde, müsste man das nicht speziell betonen. Es ist etwa das Gleiche, wie wenn ein Restaurant aussen anschreibt: «Hier essen Sie gut!» Das weiss man erst, wenn man einmal dort gegessen hat oder das Restaurant von anderen Gästen empfohlen wurde. Aus Sicht der SVP-Fraktion kann sich die Stadt diese Kosten sparen. Primär geht es doch um den Menschen, um seine fachlichen Fähigkeiten und darum, ob er sich als Mitarbeitender in die Geschäftskultur einleben kann. Ein Label hilft dabei nicht. Darum **lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.**

Marco Müller wollte zu diesem Thema eigentlich ein kurzes, unspektakuläres, nicht emotionales Votum halten, aber aufgrund der Äusserungen des Sprechers der SVP-Fraktion muss er seinen Plan nun ändern. Wenn man eine Kultur fördern oder verändern will, was bei diesem Thema im Vordergrund steht, funktioniert das nicht, indem man es top-down verordnet, sondern der Weg ist das Ziel. Genau das wird mit diesem Label ausgedrückt: Die Stadtverwaltung macht sich gemeinsam mit ihren Mitarbeitenden und mit dem Anbieter des Labels auf den Weg. Die Stadt soll selber von innen heraus sagen, wo sie das Gefühl hat, dass sie etwas machen kann, was eine grosse Wirkung erzielt. Es gibt bei diesem Label einen klaren Prozess. Nach der Anfrage wird zwischen der Stadt und dem Labelvergeber eine Vereinbarung abgeschlossen. Danach nimmt die Stadt eine Selbsteinschätzung vor und macht eine Selbstdeklaration. Wichtig ist ja, dass zuerst eine interne Analyse stattfindet. Die Selbstdeklaration wird ausgewertet und es findet ein Feedbackgespräch statt. Das zeigt, dass die Personen, die das Label vergeben, es nicht einfach blind verschicken, wenn man bezahlt hat, sondern man steht miteinander im Dialog. Es wird ein Aktionsprogramm ausgearbeitet. Das ist übrigens auch bei anderen Labels so, ob es sich nun z. B. um das Label Age-friendly City oder das Label Kinderfreundliche Stadt handelt: Zuerst wird eine Analyse gemacht, dann erarbeitet man intern ein Aktionsprogramm und schickt es ein. Anschliessend erhält man eine Rückmeldung. Am Schluss kann die Organisation, die das Label vergibt und über das entsprechende Know-how verfügt, den Vergleich mit anderen Institutionen anstellen, die das Label auch erhalten haben, und feststellen, ob das vorgelegte Aktionsprogramm ihren Anforderungen und Vorstellungen entspricht. Thomas Gfeller hat gemeint, man könne dem Thema bei den Verwaltungsbesuchen auf den Grund gehen, dort merke man, wie es diesbezüglich mit der Kultur steht. Hand aufs Herz, wann haben Mitglieder des Grossen Stadtrates das letzte Mal bei einem Verwaltungsbesuch die Frage gestellt, wie das Arbeitsklima in Bezug auf Toleranz, in Bezug auf LGBTI-Freundlichkeit ist? Der Sprechende liest jeweils alle Protokolle zu den Verwaltungsbesuchen der Gruppen aus der Sozialkommission, und selbst diese Gruppen haben bei ihren Verwaltungsbesuchen in den letzten fünf Jahren den Umgang mit LGBTI-Menschen noch nie thematisiert.

Thomas Gfeller hat auch gesagt, das Thema sei gar nicht im Interesse der Zielgruppe. Der Sprechende fordert Thomas Gfeller auf, mit offenen Augen durch die Welt, durch dieses Parlament, durch die Stadtverwaltung zu gehen und zu schauen, was für Leute dieses Anliegen eingereicht haben und es mittragen. Das Anliegen wird sehr wohl breit unterstützt. Im Zusammenhang mit den Wahlen vor einem Jahr gab es die parteiübergreifende Koalition QueerVote von queeren Leuten aus allen Bereichen. Es fanden Workshops statt, und der vorliegende Vorstoss war ein Anliegen, das daraus hervorging. Leider war niemand von der SVP-Fraktion dabei, aber die anderen Parteien haben das mitgetragen. Das LGBTI-Label trägt dazu bei, die Stadt auf dem Weg einer offenen Kultur, eines offenen Arbeitgebers, einer diversen Gesellschaft mit Gleichberechtigung zu unterstützen. Es freut den Sprechenden sehr, dass der Stadtrat das Anliegen aufnimmt, und er hofft, dass eine Mehrheit des Grossen Stadtrates den Vorstoss heute überweist.

Stefan Sägesser ist ein Verfechter der Französischen Revolution, nicht nur, weil er glaubt, dass es ohne sie die Schweiz heute so gar nicht geben würde, sondern auch wegen ihres Mottos: «Liberté, égalité, fraternité». Rousseau war ja diesbezüglich grossartig, aber er hat leider die Frauen dort schon nicht mitgemeint. Die Frauen konnten davon nicht profitieren, denn sie waren nicht mitgemeint. Warum geht der Sprechende auf die Frauen zurück? Nicht, weil dort alles Übel angefangen hätte, denn historisch gesehen waren Frauen und Männer selbst auf dem Bauernhof über Jahrhunderte gleichberechtigt, sie waren auch für die Erziehung gleichberechtigt zuständig. Darum geht es dem Sprechenden jetzt aber nicht, sondern er will auf den Punkt hinaus, dass man meint, alles gesagt zu haben, aber immer einen Teil vergisst. Dieses Jahr findet das Jubiläum 50 Jahre Frauenstimmrecht statt. Auch damals sagte man, diese Frau ist doch gut daheim, sie hat ja ihren Mann im Griff, daheim hat sie alles im Griff. Dann stirbt Prinz Philip. Jetzt wird der Sprechende episch: Das Erste, was er hörte, als Prinz Philip starb, war: Der arme Mann musste ein Leben lang zwei Meter hinter dieser Frau hergehen, er kam nie wirklich zu Wort. Aber daheim hatte er das Sagen, hatte er die Hosen an. Das ist das Grundproblem in unserer Gesellschaft. Jetzt stirbt der arme Mann. Die Menschen haben Bedauern mit ihm, dass er hinter der Frau laufen musste. Zu 95 Prozent laufen aber die Frauen hinter den Männern. Ist das ein Problem? Sagt das irgendjemand, wenn eine Frau stirbt? Nein, das ist total normal. Thomas Gfeller wollte in seinem Votum wohl zum Ausdruck bringen, dass alle gleich sind und die Stadt deshalb dieses Label gar nicht braucht; es würde eher diskriminierend wirken. Das ist aber nicht so. Es stimmt bei den Frauen immer noch nicht, es stimmt bei Schwulen und Lesben immer noch nicht. Im Prinzip geht es nur darum, dass die Stadt Luzern ein Label hat, das auf die ganze Zentralschweiz ausstrahlt. Denn leider ist es immer noch so, dass sich Arbeitgebende nicht trauen, Personen, die offen schwul oder lesbisch sind, anzustellen. Der Grosse Stadtrat hat schon darüber diskutiert, wie man mit diesem Thema in der Schule, im Sport, in den Vereinen umgeht, und dabei kritisiert, dass zwar darüber gesprochen wird, sich aber nichts ändert. «Schwuchtel» oder «Lesbe» sind im Sport immer noch Schimpfwörter. Diesbezüglich haben wir gar nichts erreicht. Deshalb sollte auch die SVP-Fraktion den Vorstoss unterstützen, wobei der Sprechende weiss, dass die persönliche Meinung von Thomas Gfeller total okay ist. Wenn wir einmal so weit sind, dass wir nach einem solchen Label leben, wären wir wirklich einen Schritt weiter. Aber wir sind noch nicht so weit, und deshalb braucht es dieses Label.

Michael Zeier-Rast: Ob es dieses Label braucht oder nicht, ob dieses Label notwendig ist oder nicht, können tatsächlich nur diejenigen sagen, die davon betroffen sind. Für die anderen, die nicht davon betroffen sind, ist es schwierig, das zu entscheiden. Das ist der zentrale Punkt dieser Diskussion. Zu Thomas Gfeller bemerkt der Sprechende, dass es für verschiedene Bereiche Labels gibt und dass auch Firmen Labels haben. Labels gehören zum übergeordneten Bereich der Qualitätssicherung. Mit einem Label kann eine Organisation, eine Firma nachweisen, dass sie sich nach qualitätssichernden Standards verhält. Beim vorliegenden Postulat geht es um ein Label, das von einer Gruppierung von Menschen stammt, die sich selber in dieser Gesellschaft noch nicht als gleichberechtigt empfinden. Der Grosse Stadtrat muss darüber entscheiden, ob sich die Stadt in einen Prozess begeben soll, damit sie sich als gleichberechtigt empfinden. Dabei ist ein solches Label hilfreich. Darum unterstützt die CVP-Fraktion das Postulat grossmehrheitlich.

Benjamin Gross: Die SP-Fraktion musste nicht lange darüber diskutieren, ob sie den Vorstoss unterstützt oder nicht. Sie hat vor allem darüber diskutiert, wer das Votum zu diesem Vorstoss hält, da Maria Pilotto heute zwar an einzelnen Abstimmungen teilnehmen, aber im Rat nicht sprechen darf, was ein anderes Kuriosum in Sachen Gleichstellung ist. Der Sprechende hat zugesagt, als alternder weisser Mann dieses Votum zu halten, und nachdem er die Ausführungen von Thomas Gfeller hörte, ist er froh, dass er das getan hat, und er ist auch froh um andere ältere weisse Männer, die jetzt auch hinstehen und eine Vorbildfunktion übernehmen. Die Frauenquote bei den Wortmeldungen zu diesem Vorstoss ist leider sehr tief. Der SP-Fraktion geht es nicht darum, die Regenbogenfahne zu hissen, sie unterstützt das Postulat, weil es mit dem angestrebten Label Bezug auf alle Gleichstellungsfragen nimmt, und diesbezüglich hat die Stadt noch viel zu tun. Dazu gehört die Gleichstellung von Frau und Mann wie auch die Gleichstellung der mit diesem Label angesprochenen Gruppierungen; auch Familienfreundlichkeit gehört dazu und sämtliche Bereiche, die einen Bezug zur Gleichstellungsthematik haben. Die SP-Fraktion verbindet damit ein Bekenntnis zu einer offenen Stadt, die sie vertreten will. Die Stadtverwaltung soll sich in Bezug auf das Thema LGBTI der heutigen Realität anpassen und entsprechend handeln. Die SP-Fraktion schätzt es sehr, dass der Stadtrat das Postulat entgegennimmt. Der Korb mit all den Themen, die mit Gleichstellung zu tun haben, wie häusliche Gewalt, Gleichstellungscharta, Rainbow City usw., die vom Gleichstellungsbüro bearbeitet werden müssen, wird immer mehr gefüllt. Die Stadt muss daher darauf achten, dass dann auch genügend Ressourcen dafür vorhanden sind. Die SP-Fraktion sieht das Postulat als Chance, um ganz allgemein die Gleichstellung zu fördern.

Marco Baumann: Bei diesem Postulat geht es um eine operative Angelegenheit, von welcher die Verwaltung betroffen ist. Natürlich kann der Grosse Stadtrat der Verwaltung Inputs geben, aber er sollte eben nicht das Strategische und das Operative miteinander vermischen. Vielleicht ist es gut, wenn der Sprechende diesen Punkt wieder einmal platziert. Auch die FDP-Fraktion betrachtet die Labelflut ein Stück weit kritisch, die Stadt muss nicht jedes Label haben. Andererseits kann es auch von strategischer Seite her einen Nutzen darstellen, wenn die Stadt gewisse Labels anstrebt. Nach Ansicht des Sprechenden ist das Label, um welches es im Postulat geht, sinnvoll, denn es kann dazu führen, dass die Verwaltung ihre Organisation und ihre internen Prozesse optimiert. Es geht eben nicht darum, wie Thomas Gfeller meint, dass man dadurch LGBTI-Menschen bevorzugen oder ihnen einen höheren Stellenwert geben würde. Mit diesem Label sollen Diskriminierung

und Mobbing am Arbeitsplatz reduziert, wenn nicht sogar verhindert werden. Mit einem Label wird das Leben von LGBTI-Menschen nicht plötzlich einfacher, es wird nicht jedes Problem verschwinden, wenn die Stadt sich dieses Label auf die Fahne schreiben kann. Aber es braucht jetzt einmal als Start den Willen in der Verwaltung, das Problem intern anzugehen und Diskriminierung und Mobbing am Arbeitsplatz zu verhindern. Das haben schon viele andere Unternehmen und teilweise auch Städte erkannt und sich darum um dieses Label bemüht. Der Sprechende hat gerade jetzt mit seinem eigenen Arbeitgeber die Bewerbung um dieses Label in Angriff genommen, er weiss daher, was dafür verlangt wird. Gemäss seiner Beurteilung sind mit dem Label gute Inputs und Empfehlungen zu Prozess- und Organisationsoptimierungen verbunden, die auch für die Stadtverwaltung und ihre Mitarbeitenden einen Mehrwert bedeuten. Das Postulat ist ein Prüfauftrag. Zum Teil hat der Stadtrat schon in der Stellungnahme Antworten geliefert, er möchte diesen Prozess starten, diesen Weg gehen. Für die FDP-Fraktion spricht nichts dagegen, auch wenn es sich um eine operative Geschichte handelt. Sie kann der Stellungnahme des Stadtrates folgen und wird dem Postulat zustimmen.

Silvio Bonzanigo weist darauf hin, dass die Flut von Labels den Wert jedes einzelnen Labels mindert. Gleichzeitig wird aber in einem Betrieb, der sich durch ein bestimmtes Label auszeichnet, die Rechtsstellung eines Arbeitnehmers oder einer Arbeitnehmerin in konkreten Fällen in jenem Bereich, auf welchen sich das Label speziell bezieht, gestärkt, wenn es sich um Verstösse des Betriebs gegen die Labelsatzungen handelt. Der Sprechende wird das Postulat unterstützen.

Thomas Gfeller hat in keinster Weise etwas gegen Schwule oder Lesben. Was er in Bezug auf die Inklusion vorgelesen hat, steht auf der Internetseite zum LGBTI-Label. Dort heisst es auch, dass mit dem Label eine offene und inklusive Organisationskultur ausgezeichnet werden soll, um die Inklusion von LGBTI-Menschen zu fördern. Das findet der Sprechende das Taurige, dass die Inklusion dieser Menschen gefördert werden muss. Das darf doch in der heutigen Zeit, in der wir leben, nicht mehr der Fall sein. Das wollte er mit seinen Ausführungen sagen. Ein Label kann nicht garantieren, dass auch danach gelebt wird. Er unterstützt es völlig, dass man diese Grundsätze leben soll, dass man sie in die Kultur, in die Verwaltung hineinbringen soll; sie sollen von jedem einzelnen Vorgesetzten gelebt werden. Dann können sich LGBTI-Menschen einbringen und dort aufgehen. Aber ein Label hilft da nichts, es genügt nicht, dass einfach ein Label draufsteht, das besagt, man sei freundlich miteinander und alle hätten es gut. Unter der Oberfläche kann es trotzdem anders aussehen. Darum ist die SVP-Fraktion gegen das Label. Vor allem wichtig wäre, wenn man den Prozess lebt und die Grundsätze umsetzt, die mit dem Label qualifiziert werden.

Marco Müller erzählt von zwei konkreten Beispielen, welche er in seinem Umfeld in den letzten zwei Jahren erlebte. Sie zeigen auf, dass die Inklusion auch heute noch nicht in allen Fällen funktioniert. Beim ersten Beispiel geht es um das Zivilstandswesen. Eine trans Person, welche sich in der Geschlechtsumwandlung befindet, hat Mühe mit den verschiedenen Schritten, die mit der Verwaltung zu tun sind: Was für ein Name steht in ihrem Pass, welches Geschlecht wird dort angegeben? Ist es das Geschlecht, das diese Person in ihrer Identität fühlt und gegen aussen lebt? Der Sprechende kennt eine Person, die in der Feuerwehr ist, im Pass ist sie als Frau gekennzeichnet und hat einen Frauennamen, aber gegen aussen tritt sie bereits als Mann auf. Es geht bei diesem

Beispiel darum, was alles ins Rollen kommt, wenn eine solche Person mit der Verwaltung zu tun hat, wenn sie bei der Stadt Luzern eine Arbeit aufnimmt. Oft geht es gar nicht um eine bewusste Diskriminierung, sondern es gibt einfach im System, z. B. in der Einwohnerverwaltung, nur bestimmte Kategorien, um die Leute zuzuordnen. Wenn bei den Mitarbeitenden am Schalter oder bei den Führungspersonen die entsprechende Sensibilität fehlt, sodass sie nicht mit solchen Situationen umgehen können, funktioniert es eben nicht. In diesem Fall wurde eine Person ungewollt geoutet, dass sie eigentlich eine Frau ist. Dass kann ziemliche Konsequenzen haben.

Das zweite Beispiel: Seit ungefähr eineinhalb Jahren kann man beim Zivilstandsamt der Stadt Luzern online Reservationen machen. Das war vor Corona fast noch eine Sensation, heute ist es eigentlich selbstverständlich. Als die Stadt Luzern das Onlineportal aufschaltete, konnte man in den ersten paar Wochen nur angeben, wer bei dieser Trauung der Mann und wer die Frau ist. Im Rathaus finden aber auch Feiern für eingetragene Partnerschaften statt, dann sind es ja zwei Männer und zwei Frauen. Das konnte man aber auf dem Onlineportal nicht angeben. Es ist ein absolutes No-Go, ein Onlineportal in dieser Form aufzuschalten, ohne alle Möglichkeiten zu berücksichtigen, die sogar gesetzlich gegeben sind.

Das sind zwei Beispiele aus den letzten zwei Jahren, die zeigen, dass die Stadt Luzern mehr solche Situationen in ihrem Betrieb erkennen würde, wenn sie sich auf diesen Weg macht. Die Prozesse und die Problemsituationen würden analysiert, was dazu führen würde, dass die Stadt Luzern den Weg der Inklusion vorlebt. Die Stadt Luzern hat sehr viele Leute aus der LGBTI-Zielgruppe als Mitarbeitende. Diese bringen sehr viel Wissen mit, aber es nützt nichts, wenn jemand von ihnen zu einem Dienstchef geht und erklärt, wie man es machen müsste. Es braucht ein Bewusstsein der Stadt für dieses Thema und ihr Bekenntnis, dass sie sich da verbessern will.

Thomas Gfeller will folgende Präzisierung anbringen, da man ihm vorwerfen könnte, es habe sein Wissen und seine Erfahrung zu diesem Thema nur aus Büchern oder den Medien. Seine Familie ist persönlich von einem Transgenderfall betroffen, konkret handelt es sich um die Schwester des Sprechenden, die jetzt ein Mann und glücklich verheiratet ist und einen Sohn hat. Der Sprechende weiss daher sehr wohl, um was es geht. Er möchte es einfach noch einmal festhalten: Ein Label schützt nicht vor Diskriminierung.

Stadtpräsident Beat Züsli: Die Stadt will kein Label um des Labels willen oder nur wegen der Auszeichnung, damit man eine entsprechende Tafel am Stadthaus anbringen kann. Der Stadtrat verspricht sich vom LGBTI-Label, dass die Stadt Schwachstellen erkennen kann. Sie weiss nicht genau, inwiefern Handlungsbedarf besteht; aber es ist zu vermuten, dass die Gleichstellung nicht in allen Bereichen in jeder Hinsicht gegeben ist. Um Gewissheit zu erhalten, ist eine Analyse nötig. Darauf aufbauend möchte der Stadtrat ein Massnahmenprogramm erarbeiten. Diese beiden Schritte braucht es, um einen Verbesserungsprozess zu starten. Als Einstieg in einen solchen Verbesserungsprozess schlägt der Stadtrat vor, jetzt dieses Label anzustreben. Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, das Postulat zu überweisen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 19.

16 Interpellation 26, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der CVP-Fraktion
vom 20. Oktober 2020:
Wo steht die Stadt Luzern in der Rollenklärung mit dem VLG?

Mirjam Fries beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Mirjam Fries: Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen und freut sich, dass er grundsätzlich ihre Haltung teilt und einen Wiedereintritt in den VLG anstrebt. Es ist bekannt, dass die CVP die einzige Partei war, die sich damals gegen den Austritt der Stadt aus dem VLG ausgesprochen hat. Für sie ist klar, dass die Stadt als Zentrum des Kantons in den VLG gehört. Die Sprechende möchte darum die Gelegenheit ergreifen, sich noch einmal für einen Wiedereintritt der Stadt in den VLG starkzumachen.

Gerade die Diskussion über die AFR18 hat gezeigt, dass die Stadt nicht abseitsstehen darf. Der VLG ist offizieller Gesprächspartner des Regierungsrates, er vertritt alle Gemeinden gegenüber dem Kanton. Bei der AFR18 fehlte die Stimme der Stadt im VLG, die Stadt hatte eine schwache Position, obwohl sie aufgrund ihrer Ressourcen und Fachkompetenz eigentlich dazu prädestiniert gewesen wäre, sich bei diesem Thema einzubringen.

Es ist der CVP-Fraktion bewusst, dass auch durch einen Wiedereintritt in den VLG nicht sämtliche Differenzen zwischen Stadt und Land gelöst würden. Zu unterschiedlich sind die Gemeinden in Bezug auf ihre Grösse und ihre Anliegen. Zentral ist jedoch der Gedanke der Solidarität. Viele Projekte betreffen sämtliche Gemeinden. Da soll die Stadt nicht einfach abseitsstehen.

Auch die Stadt ist auf Partnerschaften angewiesen. Das Netzwerk des VLG schafft niederschwellig persönliche Kontakte mit dem Kanton und anderen Gemeinden. Persönlicher Austausch führt definitiv zu einem besseren Verständnis.

Ein Wiedereintritt würde auch die urbanen Interessen stärken. Das wäre ganz sicher auch im Sinn der Nachbarn der Stadt, also der Agglomerationsgemeinden. Nur wenn die Stadt mitmacht, kann sie auch mitgestalten, den urbanen Gemeinden eine zusätzliche Stimme geben und auch auf die Strukturen des VLG Einfluss nehmen.

In diesem Sinn richtet die Sprechende einen Appell an das Stadtparlament, einen Schritt auf den VLG und die anderen Gemeinden zuzugehen. Eine positive Haltung auch gegenüber den Landgemeinden würde der Stadt gut anstehen. Die CVP-Fraktion hofft auf eine konstruktive Diskussion, wenn die Vorlage im Herbst oder wann auch immer ins Parlament kommt.

Simon Roth: Es ist über sieben Jahre her, seit der Grosse Stadtrat über den Austritt aus dem VLG diskutierte und diesen schliesslich mit grosser Mehrheit beschloss. Der Sprechende hat die damaligen Argumente noch einmal kurz überflogen. Die SVP-Fraktion war damals der Meinung, der Verband vertrete eher die Haltung der Regierung und weniger diejenige der Gemeinden. Die SP-Fraktion sprach in Bezug auf den VLG von einem Schattenparlament und betonte stattdessen die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der progressiven Gemeinden im Kanton. Die G/JG-Fraktion

bemängelte die Vermischung von Parteipolitik und Sachpolitik, und dabei vor allem, dass dies unter einem weitgehenden Ausschluss von links-grünen Positionen passiere. Der GLP-Sprecher stellte fest, dass sich der VLG immer nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen kann und das für eine Stadt wie Luzern nicht genüge. Die CVP-Sprecherin hingegen wies darauf hin, dass der VLG eine wichtige Koordinationsfunktion zwischen Gemeinden und Kanton wahrnehme. Die FDP-Fraktion äusserte sich inhaltlich nicht, sondern schloss sich einfach allem an, was gesagt worden war.

An den damaligen Einschätzungen hat sich nach Ansicht der SP-Fraktion nichts geändert. Der VLG bildet weiterhin eine problematische, demokratisch schwach legitimierte Zwischenebene zwischen Kanton und Gemeinden. Eine grundlegende Reform des VLG hat bis heute nicht stattgefunden. Noch immer werden wichtige Geschäfte zwischen Regierung und VLG unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Ausschluss der links-grünen Parteien vorberaten. Noch immer trennt der VLG viel zu wenig zwischen Partei- und Gemeindeanliegen. Noch immer ist niemand aus der SP, von den Grünen oder von der GLP im Vorstand des VLG, und das, obwohl diese Parteien doch immerhin einen Drittel der Sitze im Kantonsrat besetzen.

Für die SP-Fraktion ist klar: Bevor die Stadt dem VLG wieder beitreten kann, braucht der Verband grundlegende Reformen. Diese Reformen scheinen der Fraktion auch im Interesse des VLG selber zu sein. Die SP-Fraktion erwartet konkret, dass Minderheitenmeinungen im VLG besser abgebildet werden und die massive Übervertretung von bürgerlichen Politikerinnen und Politikern im Vorstand und in den Arbeitsgruppen korrigiert wird. Solange VLG und Regierung kantonale Geschäfte unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorberaten, muss im Gegensatz zu heute gewährleistet sein, dass alle relevanten politischen Kräfte in diesem Kanton bereits zu diesem Zeitpunkt eingebunden und nicht wie bisher vor ein *Fait accompli* gestellt werden. Und als letzten Punkt erwartet die SP-Fraktion eine striktere Trennung von Partei- und Gemeindeanliegen. Konkret darf es nicht mehr der Fall sein, dass Vorstands- oder Geschäftsleitungsmitglieder gleichzeitig Mitglieder des kantonalen Parlaments sind. Sonst sind Interessenkonflikte vorprogrammiert. Aus Sicht der SP-Fraktion sind das eigentlich Selbstverständlichkeiten.

Für die SP-Fraktion ist klar, dass im VLG stark unterschiedliche Anliegen und Bedürfnisse gebündelt werden. Es ist daher nichts anderes als sinnvoll, wenn die Gemeinden im Kanton Luzern zusammenarbeiten und gegenseitig von ihren Erfahrungen profitieren. Es ist auch richtig, dass sich die Stadt mit ihren vergleichsweise grossen Ressourcen mit den anderen Gemeinden solidarisch zeigt. Mit ihrem Know-how hätte sie vielleicht ein Desaster wie die AFR18 mindestens teilweise verhindern können. All das ist für die SP-Fraktion unbestritten. Aber genauso unbestritten ist, dass sich der VLG jetzt endlich reformieren muss.

Marco Baumann dankt der CVP-Fraktion für die sehr wichtigen Fragen und dem Stadtrat für seine Antworten. Nach Ansicht der FDP-Fraktion muss die Stadt Luzern dem VLG unbedingt wieder beitreten. Im VLG werden wichtige Themen diskutiert, von welchen auch die Stadt Luzern betroffen ist. Ein exemplarisches Beispiel dafür ist die AFR18, bei welcher sie mehr Einfluss hätte nehmen können, wenn sie noch Mitglied des VLG gewesen wäre. Der VLG dient dem Kanton Luzern als Ansprechpartner. Es kann nicht sein, dass die grösste Gemeinde des Kantons dort nicht dabei ist. Die Stadt muss sich in diesem Gefäss wieder stärker einbringen, damit ihre Interessen gehört und – noch wichtiger – verstanden werden. Simon Roth hat ein paar Argumente genannt, warum die

Stadt damals ausgetreten ist. Jetzt ist die Zeit des Schmollens aber vorbei und die Stadt soll nicht weiter die Opferrolle einnehmen, wie sie es gern tut, wenn es um den Kanton geht. Sie muss selber wieder aktiv daran arbeiten, dass die Beziehung zum Kanton und zu den anderen Gemeinden besser wird. Das geht am besten, indem man partizipiert und sich austauscht. Die FDP-Fraktion glaubt, dass für die Kritikpunkte eine einvernehmliche Lösung mit dem Verband möglich sein sollte. Sobald diese Lösung steht, will die FDP-Fraktion, dass möglichst schnell der Wiedereintritt vorangetrieben wird.

Christian Hochstrasser ist das einzige Mitglied der G/JG-Fraktion, das damals bei der Austrittsdiskussion schon im Grossen Stadtrat war. Aus diesem Grund wollte die Fraktion die Diskussion intern bewusst noch einmal offen führen, wie sie in Zukunft die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und insbesondere den Wiedereintritt in den VLG sieht.

Ein Problem besteht im Vorwurf, dass die Stadt unsolidarisch und deshalb nicht Mitglied des VLG sei. Dieser Vorwurf ist nicht richtig; der Stadt ging es nie darum, sich nicht solidarisch zu verhalten. Vielmehr ist der VLG – das wurde jetzt auch wieder in der G/JG-Fraktion ganz klar kritisiert – einfach eine demokratisch problematische Zwischenebene. Dass es einen Zweckverband gibt, ist nicht per se ein Problem, aber dass ein Zweckverband so viel Einfluss und Macht hat, ist eher schwierig. Für die G/JG-Fraktion ist das grosse Problem etwas, was der Kanton verursacht hat und nicht der VLG, nämlich dass der VLG in gewissen Fragen der alleinige offizielle Ansprechpartner des Kantons ist. Das ist auch rechtlich stossend. Es ist, wie wenn der Bund sagen würde, er wolle nicht mehr mit den Kantonen sprechen, das sei ihm zu mühsam. So verhält sich der Kanton Luzern gegenüber den Gemeinden. Das ist für die G/JG-Fraktion ein Grundsatzproblem, denn sie kann die Struktur, wie sie heute besteht, weiterhin nicht mittragen, auch sieben Jahre nach dem Austritt nicht.

Intern ist die Struktur des VLG immer noch sehr stark von Kantonsratsmitgliedern geprägt, die gleichzeitig Gemeindevertreter und im VLG-Vorstand sind. Die Mitte-rechts-Parteien sind sehr stark vertreten und der urbane Raum nur wenig. Letzteres hat sicher auch damit zu tun, dass die Stadt nicht Mitglied ist, aber auch sonst ist die Vertretung ungleich und der Umgang mit Minderheitsmeinungen schwierig.

Für die G/JG-Fraktion ist ein Wiedereintritt in den VLG unter den aktuellen Bedingungen, bei der Struktur und der Funktionsweise, wie sie vom Kanton her vorgegeben sind, nicht diskutabel, auch wenn die Fraktion es bedauert, dass dadurch auch Synergien auf fachlicher Ebene nicht genutzt werden können. Damit die G/JG-Fraktion einem Wiedereintritt zustimmen könnte, müsste viel mehr passieren, und zwar nicht nur vonseiten des VLG, sondern auch vonseiten des Kantons.

Stadtpräsident Beat Züsli dankt der Interpellantin und dem Interpellanten für den Vorstoss, der eine erste Diskussion ermöglicht, welche der Grosse Stadtrat dann im Rahmen des in Aussicht gestellten Berichtes und Antrages vertieft wird führen können. In diesem B+A wird der Stadtrat auch die Erfahrungen, welche die Stadt in den jetzt rund sieben Jahre ausserhalb des VLG gesammelt hat, detaillierter darlegen. Es gibt zum Teil vermutete, zum Teil aber auch sichtbare Nachteile bei konkreten Projekten wie z. B. der AFR18. Es geht aber auch um die allgemeine Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden und deren Wahrnehmung der Stadt von aussen. Einige Gemeinden, vielleicht eher kleinere und mittelgrosse, haben den Eindruck, die Stadt verhalte sich unsolidarisch.

Die Exekutive – der Stadtrat – spürt wahrscheinlich die Folgen davon, dass die Stadt nicht Mitglied des VLG ist, stärker als das Parlament; für die Exekutive wird die Nicht-Mitgliedschaft bei entsprechenden konkreten Projekt eher sichtbar als für das Parlament. Die jetzt geäusserten Vorbehalte nimmt der Stadtrat ernst, er hat ja auch schon in verschiedenen Runden versucht, sie aufzunehmen, und wird ebenfalls im B+A darauf eingehen und Lösungsvorschläge aufzeigen, soweit das überhaupt im Kompetenzbereich der Stadt liegt. Der Sprechende freut sich auf eine offene Diskussion, welche Stadtrat und Grosse Stadtrat voraussichtlich im Herbst werden führen können; er hofft aber auch, dass die Mitglieder des Grossen Stadtrates dabei eine offene Haltung einem Wiedereintritt in den VLG gegenüber zeigen werden.

Die Interpellation 26 ist somit erledigt.

**17 Interpellation 29, Sandra Felder-Estermann, Mike Hauser und Marc Lustenberger namens der FDP-Fraktion
vom 27. Oktober 2020:
Saure Zitrone – Auszeichnung als Chance für besseres Essen**

Sandra Felder-Estermann beantragt eine kurze Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Sandra Felder-Estermann dankt dem städtischen Kinderparlament, das sich engagiert zum Wohl aller Kinder in der Stadt Luzern einsetzt. Die Verleihung der Sauren Zitrone ist eine negative Auszeichnung vonseiten des Kinderparlaments für kinderunfreundliches Wirken. Als ehemalige Gotte durfte die Sprechende bei mehreren Entscheidungsprozessen zu Auszeichnungen mit der Sauren Zitrone und dem Goldenen Lollipop dabei sein, was für sie immer eine sehr grosse Freude war. Essen ist viel mehr als nur Nahrungsaufnahme. Die FDP-Fraktion ist froh, dass dank dieser Auszeichnung Qualität und Auswahl des Essens an den Schulen der Stadt verbessert werden sollen. Die Stadtdetektive des Kinderparlaments werden das überprüfen. Die Kritikpunkte sind protokolliert und Verbesserungsmassnahmen sind in Umsetzung. In der Folge des Zeitungsartikels vom Montag wurden wieder einige schlechte Beispiele an die FDP-Fraktion herangetragen. Das zeigt, dass Essen Emotionen weckt. Die FDP-Fraktion hofft, dass die regelmässigen Befragungen bald Wirkung zeigen, mit dem Ziel, dass Essen ein Genuss ist und Freude macht – auch in den Schulen der Stadt.

Jona Studhalter durfte vor einem Jahr im Ferienhort der Stadt Luzern Kinder betreuen; er hat das gern gemacht. Dort fragte er auch, wie denn das Essen während der Schulzeit so sei, was ihn als gelernten Koch natürlich interessierte. Die Antwort der Kinder lässt sich recht gut mit der Übergabe der Sauren Zitrone zusammenfassen. Aktuell arbeitet der Sprechende als Betreuer mit Jugendlichen, sie sind sogar noch wählerischer als Kinder. Er kennt also sowohl die Risiken wie auch die Chancen aus beiden Perspektiven. Man darf nicht unterschätzen, wie wichtig das Mittagessen ist.

Wenn man die Schulkinder fragen würde, was sie heute Morgen in der Schule durchgenommen haben, wüsste es wahrscheinlich die Hälfte von ihnen nicht mehr. Aber wenn man sie fragt, was es zum Mittagessen gab, so weiss das jedes Kind.

In der Interpellation und auch in der Beantwortung nicht erwähnt wird, dass die Saure Zitrone nur für diejenigen Horte gilt, in welchen die Viva das Essen liefert, und nicht für diejenigen, in welchen selber gekocht wird. Das ist deshalb relevant, weil es zeigt, dass nicht nur die Menüauswahl für die Qualität des Essens entscheidend ist. Klar könnte man einfach jeden Tag Chicken Nuggets anbieten, aber das wäre nicht die Lösung. Der Sprechende glaubt nicht, dass die Horte, die selber kochen, einfach jeden Tag Fischstäbchen auf den Tisch stellen und die Kinder kein Gemüse essen müssen. Aus seiner Sicht muss man vielmehr auf die einzelnen Schritte der Produktion des Essens eingehen. Als Produktionsküche kann man es sich natürlich insofern ein bisschen bequem machen, als man nicht mit denjenigen in Kontakt steht, welche das Essen nachher bekommen. Das ist kein Vorwurf an die Produktionsküche, sondern das ist einfach ein grundlegendes menschliches Verhaltensmuster. Handkehrum kann man dann auch beim Aufwärmen dieses Essens finden, man müsse sich, da es sowieso schon nicht so gut aussehe, auch nicht noch speziell viel Mühe geben. Auch das ist ganz menschlich. Darum appelliert der Sprechende an alle Beteiligten, sie sollen sich dessen bewusst sein, dass sie für einige der Kinder das Highlight des ganzen Tages vorbereiten, für Kinder, die zum Teil noch gar kein Frühstück hatten oder zu Hause kein gutes Essen erhalten. Vielleicht genügt es bereits, wenn die Schulleitung einmal im Monat zurückmeldet, ob die Qualität des Essens besser wurde oder ob sie abgenommen hat. In der Küche, welche diese Rückmeldung erhält, arbeiten ja alles Profis, die wissen, was gut ist und was nicht. Vielleicht muss einfach der Küchenchef einmal spontan in einem Hort vorbeigehen und dort zu Mittag essen. Dann kann er sich die Frage, ob er als Kind Lust hätte, diese Mahlzeit zu essen, selber beantworten. Fazit: Das Mittagessen ist für die Kinder sehr wichtig. Wenn man sich da der Verantwortung bewusst ist und die Schnittstellen beachtet, lässt sich durchaus einiges verbessern.

Claudio Soldati dankt für die Interpellation. Aus Sicht der SP-Fraktion ist es wichtig, dass über das Essen in den Schulen gesprochen wird und dass der Stadtrat auch erklären muss, wie er mit diesem Negativpreis umgeht und was er unternimmt, damit das Essen in Zukunft besser wird. Die SP-Fraktion stellt aufgrund der Antworten auf die Interpellation fest, dass der Stadtrat diesen Negativpreis ernst nimmt und die richtigen Massnahmen in die Wege geleitet hat, damit das Essen in Zukunft besser wird oder von den Kindern besser angenommen wird. Die SP-Fraktion ist sehr gespannt auf die Umfrageergebnisse, die sich 2022 zum neuen Ernährungskonzept ergeben.

Stadtpräsident Beat Züsli: Der Mittagstisch ist eine wichtige Institution und wird in Zukunft noch wichtiger werden, denn bereits jetzt ist sichtbar, dass die Beteiligung der Kinder am Mittagstisch zunimmt. Der Sprechende geht davon aus, dass der Mittagstisch mit der Weiterentwicklung des Schulsystems noch einmal eine höhere Bedeutung erhält. Die Saure Zitrone, das wurde vorhin richtig festgestellt, bezieht sich primär auf das Essen, das über Catering von der Viva angeliefert wird. Der Stadtrat hat in seiner Antwort ausgeführt, dass er verschiedene Massnahmen getroffen hat; man hat mit der Viva Kontakt aufgenommen und geprüft, wo sich Verbesserungen umsetzen lassen. Der Sprechende weist darauf hin, dass die Stadt schon vor einiger Zeit den Grundsatzentscheid fällte, in den Betreuungseinrichtungen, wo eine entsprechende Möglichkeit besteht, vor Ort

zu kochen. Dort, wo eine solche Einrichtung noch nicht besteht, wird sie im Zusammenhang mit Sanierungen oder Neubauten realisiert. Das verbessert den Bezug zur Produktion des Essens und zum Essen selber, und damit kann man konkreter auf die jeweilige Situation und die individuellen Wünsche oder Anforderungen eingehen.

Die Interpellation 29 ist somit erledigt.

**18 Postulat 28, Cyrill Studer Korevaar namens der SP-Fraktion
vom 26. Oktober 2020:
Unredliche Werbeoffensive der Gasindustrie: Schaden begrenzen!**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Lena Hafen: Die SP-Fraktion hält an der vollständigen Überweisung fest. Der Stadtrat attestiert in seiner Stellungnahme, dass die von Cyrill Studer Korevaar im Postulat kritisierte Werbekampagne einen falschen Eindruck vermittelt. Er findet es bedauerlich, wenn die von ihm und vom Parlament gemeinsam getragenen politischen Bemühungen untergraben werden. Darum will er die Gasenergiekampagne im nächsten Eignergespräch mit ewl thematisieren. Das ist für die SP-Fraktion schon einmal wichtig und gut. Die SP-Fraktion will aber an der vollständigen Überweisung festhalten. ewl soll sich in ihrem Kundenmagazin von der Gasenergiekampagne distanzieren oder – falls ewl das anders sieht – die Stadt soll ihre eigenen Kommunikationskanäle dafür nutzen.

Warum will die SP-Fraktion an der vollständigen Überweisung festhalten? Dazu zuerst die Frage: Warum die grosse Werbekampagne des Gasverbands mit der breiten Bevölkerung als Zielgruppe, nicht nur im letzten Herbst, sondern auch aktuell wieder und schon im nächsten September wieder? Ganz offensichtlich soll das Auslaufmodell Gaswärmeversorgung am Leben erhalten und dank den Gasheizungsinvestitionen der Status quo für weitere 20, 30 Jahre gesichert werden. Der jetzige Gasabsatz kann jedoch höchstens zu 15–30 Prozent mit klimaneutralen Gasalternativen abgedeckt werden, und diese sollen für industrielle Hochtemperaturverfahren zur Verfügung stehen. Für die Raumwärme und zunehmend auch für die Kälteversorgung gibt es klimagerechte Alternativen. Auf diese muss die Stadt setzen. Die Gaslobby suggeriert, dass weitere Lösungen entwickelt und gefunden werden. Das sind Stand heute aber nur Behauptungen und darf nicht zum «weiter wie bisher» führen. So sind zum Beispiel grosse Wasserstoffproduktionsmengen nur mit massiven erneuerbaren Stromüberschüssen möglich, die bis heute noch nirgends ersichtlich sind. Die kritisierte Werbeoffensive ist darum vielmehr ein teures Rückzugsgefecht einer Branche, die in einer klimafreundlichen Zukunft nur noch eine Nischenberechtigung haben wird. Das erinnert an vergleichbare Rückzugsgefechte von Tabak-, Auto- oder Ölindustrie, die notwendige, praktikable Massnahmen teilweise um Jahrzehnte verzögert haben.

Zu einer glaubwürdigen städtischen Energiewende gehört für die SP-Fraktion auch, dieses Verhalten zu thematisieren und im Rahmen der Möglichkeiten einen Gegenpunkt zu setzen, zumindest mit den eigenen Kommunikationskanälen. Und selbstverständlich würde sich die Fraktion auch von ewl eine entsprechend offensive Kommunikation wünschen und auch, dass sich ewl beim Verband

aktiv für eine nachhaltige Politik einsetzt. Sollte ihr das nicht gelingen, soll sie die Konsequenzen ziehen und diesen Verband nicht mehr mitfinanzieren. Die jüngsten Signale seitens ewl wären nämlich schon einmal vielversprechend: Ausgedehnte Fernwärme- und Kältenetze, Seewärmenutzung und die anstehende Konkretisierung beim Erdgasausstieg. Die Stadt soll nicht zulassen, dass diese Bemühungen untergraben werden, indem sie so tut, als ob die Gasenergiekampagne kein Problem wäre. In diesem Sinn dankt die SP-Fraktion auch im Namen von Cyrill Studer Korevaar den Mitgliedern des Grossen Stadtrates für die Unterstützung der vollständigen Überweisung.

Roger Sonderegger: Die CVP-Fraktion ist ein bisschen überrascht, dass die SP-Fraktion an der vollständigen Überweisung des Vorstosses festhalten will, denn sie sieht es ähnlich wie der Stadtrat: Das Ziel ist richtig, der vorgeschlagene Weg zum Ziel ist nicht möglich. Die Stadt kann doch nicht ihrer Tochter vorgeben, was sie in ihrem Kundenmagazin schreiben soll. Die Stadt kann die Problematik allenfalls – das wird im Vorstoss ja als Plan B vorgeschlagen – in ihrem eigenen Magazin thematisieren, aber sie kann nicht einem selbstständigen Unternehmen vorschreiben, es solle sich offiziell und öffentlich von dem distanzieren, was sein eigener Verband sagt. Da gibt es sicher andere Wege. Die CVP-Fraktion ist jedoch im Grundsatz mit der Stossrichtung einverstanden. Der interessante Punkt an der Diskussion ist ja, wie es mit dem Gas in der Stadt Luzern weitergeht. Der Grosse Stadtrat hat es schon oft thematisiert, aber wie es weitergeht, weiss er noch nicht. Deshalb ist die CVP-Fraktion sehr gespannt darauf, was im B+A zur Klima- und Energiestrategie stehen wird. Den politischen Auftrag hat der Grosse Stadtrat schon mit der Motion 266: «Erdgas konsequent durch erneuerbare Energien ersetzen» überwiesen, und die städtische Beteiligungsstrategie verlangt, dass die Stadt auf 100 Prozent erneuerbare Energien umstellt. Der politische Wille des Grossen Stadtrates ist also klar, den müssen die Mitglieder des Grossen Stadtrates nicht wegen einer Verbandswerbung im Grundsatz diskutieren. Der Sprechende stimmt Lena Hafen zu, dass diese Werbung an Kommunikationsmuster der Öl- und Tabakindustrie erinnert. Die Gasindustrie will an den bestehenden Strukturen festhalten und Privilegien retten, soweit das noch möglich ist. Das ist nicht die Politik, welche die Stadt Luzern verfolgen will, sie will einen Wandel, eine Energiewende erreichen. Deshalb kann die Stadt eine solche Art von Werbung sicher nicht unterstützen. Aber die CVP-Fraktion hat, wenn es darum geht, was die Stadt ihrer Tochtergesellschaft vorschreiben kann oder nicht, eine andere Ansicht als die SP-Fraktion. Die CVP-Fraktion wäre mit der teilweisen Überweisung des Postulats einverstanden gewesen, aber eine vollständige Überweisung im Sinn der Durchführung der im Postulat geforderten Massnahmen geht ihrer Ansicht nach nicht, darum lehnt sie das Postulat ab.

Christian Hochstrasser: Gas als die Zukunft für die Wärmeerzeugung in Wohnhäusern anzupreisen ist ein Etikettenschwindel und wahrscheinlich ebenso falsch wie die damals gerichtlich verbotene Werbung, Heizen mit Öl helfe dem Klima. Diese Werbung täusche die Konsumentinnen und Konsumenten, so hat das Gericht damals entschieden. Biogas und Power-to-Gas haben jedoch ein Potenzial, und das gilt es auszuschöpfen. Dabei handelt es sich aber nur um einen kleinen Bruchteil der heute verbrauchten Erdgasmenge, und dieser wird – Lena Hafen hat es schon ausgeführt – für industrielle Prozesse gebraucht, bei welchen die Substitution viel schwieriger ist und auch ein anderer Preis gilt. Heizen mit Gas hat keine Zukunft. Der Grosse Stadtrat wartet gespannt auf die

auf Ende 2020 angekündigte respektive mittels übergeordneten normativen und politischen Vorgaben verlangte Dekarbonisierungsstrategie von ewl, die im Moment noch nicht vorliegt. Der Sprechende hofft sehr, dass ewl diesbezüglich im Schlusspurt ist. Dann wird man in diesem Bereich mehr wissen. ewl ist seiner Ansicht nach viel weiter als der Verband, zu dem sie gehört. Ein Austritt aus dem Verband als Druckmittel, wie es im Postulat formuliert ist, wäre kein ideales Ziel. Wichtiger ist, dass ein Umdenken stattfindet; dafür soll sich der Stadtrat bei ewl und ewl dann beim Verband einsetzen. Das bedeutet, dass der Stadtrat, wenn der Grosse Stadtrat das Postulat überweist, zu ewl geht und ewl zum Verband geht. Damit beim Verband letztlich noch irgendetwas ankommt, braucht es nach Ansicht der G/JG-Fraktion wahrscheinlich die vollständige Überweisung des Postulats. Das Ziel ist, dass sich ewl dafür einsetzt, dass sich der Verband der neuen klimapolitischen Realitäten bewusst wird und aktiv auf netto null CO₂ hinarbeitet, wie es ewl ja hoffentlich auch tut. Der G/JG-Fraktion ist klar, dass die Stadt ewl kaum vorschreiben kann und will, wann sie aus einem Branchenverband austreten soll, aber ein gewisser Druck tut diesem Geschäft gut.

Sonja Döbeli Stirnemann kann sich ganz den Ausführungen von Roger Sonderegger anschliessen. Es gilt die Rollenteilung, was das Parlament gegenüber einer Tochter der Stadt tun kann. Dazu gehört sicher nicht, dass es ihr vorschreibt, wie ein Werbemittel aussehen und was in diesem Werbemittel drinstehen soll. Das ist nicht die Ebene, auf welcher das Parlament handeln kann und soll. Die Stellungnahme des Stadtrates ist gut, die FDP-Fraktion hätte die teilweise Überweisung unterstützen können, aber da jetzt an der vollständigen Überweisung festgehalten wird, muss sie das Postulat ablehnen, denn sie kann nicht dahinterstehen, wenn es darum geht, dass das Parlament auf eine Tochter der Stadt durchgreift, ob diese bei einem Verband dabei ist oder nicht.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion bedankt sich für die sehr ausführliche Antwort und hat mit grossem Interesse die vielen Versprechungen betreffend die Gaszukunft unserer Stadt zur Kenntnis genommen. Sie ist erfreut, dass sich nun offensichtlich auch ewl vom Gas definitiv verabschieden wird. Das Loblied auf das Biogas oder die synthetischen Gase, das der Stadtrat in der Stellungnahme anstimmt, teilt die GLP-Fraktion hingegen überhaupt nicht. Insbesondere betrachtet sie die Finanzierbarkeit des sehr hohen Anteils von nahezu 30 Prozent an erneuerbaren Gasen, der in Aussicht gestellt wird, als eine sehr grosse Herausforderung; heute befindet sich sage und schreibe etwa 1 Prozent Biogas im Netz. Die Fraktion glaubt nicht, dass das wirklich finanzierbar ist. Nun gut, es wird noch einige Jahre dauern, im Jahr 2050 sind schon einige der Anwesenden, darunter der Sprechende, Pensionäre und werden dann feststellen können, welcher technische Fortschritt sich durchgesetzt hat. Notabene wollte die GLP-Fraktion bei der letzten Leistungsvereinbarung hineinschreiben, dass ewl per sofort keine neuen Gasanschlüsse mehr machen dürfe. Die GLP-Fraktion wurde da unter anderem auch von der G/JG-Fraktion und der SP-Fraktion gebremst, die zuerst abwarten wollten, was im Klimabericht steht. Jetzt heisst es hingegen, die Stadt müsse unbedingt Druck machen, damit sich ewl bewegt. Der Sprechende ist zuversichtlich, dass es gut wird; er wird in dieser Zuversicht auch durch das bestärkt, was das Parlament schon mehrmals vom Stadtrat gehört hat. Er geht davon aus, dass sich im Klimabericht auch ewl, eine 100-prozentige Tochter der Stadt, outen wird, wie es mit der Gasversorgung in der Stadt Luzern weitergehen soll. Der Werbung der Gasindustrie steht die GLP-Fraktion sehr kritisch gegenüber; wie es Lena Hafen sehr gut ausgeführt hat, handelt es sich da wahrscheinlich um einen verzweifelten Akt der nicht mehr ganz

so wichtigen Gaslobby in diesem Land. Wie der Sprechende annimmt, weiss auch die Gaslobby selber, dass sie keine Zukunft mehr hat. Spannend ist ja, dass in der Schweiz heute praktisch keine neuen Gas- und Ölheizungen mehr installiert werden, sondern fast ausnahmslos Wärmepumpen, auch im Sanierungssektor. Dies ganz im Gegensatz zu Deutschland, wo beim Ersatz von Heizungen immer noch 75 Prozent Gasheizungen installiert werden. Dort wird Gas tatsächlich immer noch als klimaschonende Heizung verkauft und auch von der Politik so angepriesen. Da ist die Schweiz ein gutes Stück weiter. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist jedoch eine vollständige Überweisung des Postulats zu viel des Guten, deshalb lehnt die GLP-Fraktion das Postulat ab.

Silvio Bonzanigo hält es für einen Fehler, dass die SP-Fraktion die vollständige Überweisung des Postulats verlangt. Das Thema findet ja im Grossen Stadtrat gute Resonanz, auch beim Sprechen. Gas hat in der fossilen Form tatsächlich keine Zukunft mehr, obwohl Nord Stream 1 und Nord Stream 2 jetzt von Wyborg nach Greifswald 220'000 Tonnen CO₂ pro Jahr nach Deutschland liefern, das dann irgendwann auch bei uns diffundiert. Auch die Biomassevergasung ist in der Schweiz chancenlos, ausser man würde eine industrielle Waldrodung etablieren, was vielleicht für Kanada und Russland ein Thema sein kann, aber sicher nicht für die Schweiz. Das bedeutet, dass sich in der Schweiz der Anteil von Biogas innerhalb des fossilen Gases sehr unwesentlich steigern lässt. Der Sprechende teilt die Bedenken einiger seiner Vorredner, dass die Stadt nicht gut den Text vorschreiben kann, der in irgendwelchen Kundenmagazinen erscheinen soll; das Postulat verlangt hier zu viel des Guten. Bei einem weiteren Anlauf hat das Thema in diesem Rat sicher wieder eine Chance, jetzt plädiert der Sprechende auf Ablehnung, aufgrund der Detaillierung, die das Postulat verlangt und die von Ratsseite her ganz einfach nicht erfüllt werden kann.

Lena Hafen betont nochmals, dass die SP-Fraktion ewl zu nichts zwingen will. Cyrill Studer Koveraar hat ja im Postulat die Alternative schon dargelegt. Die Stadt soll ewl freundlich bitten, und wenn sich ewl nicht darauf einlässt, soll die Stadt die Information eben selber übernehmen.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub: Der Stadtrat distanziert sich von dieser Werbekampagne. Fossile Energieträger müssen ersetzt werden, sie sind endlich. Auch Biogas und synthetische Gase, die für gewisse Anwendungen eingesetzt werden können, werden ein Nischenprodukt bleiben, sie sind sicher nicht die Lösung für den Weg der Stadt, die als Ziel den Ausstieg aus dem Gas verfolgt. Die Kampagne des Gasverbands ist für die Umsetzung des politischen Auftrags, den die Stadt hat, nicht förderlich, deshalb steht ihr der Stadtrat kritisch gegenüber.

Die Sprechende äussert sich hier kurz dazu, welche Direktion für diesen Vorstoss zuständig ist: Da es im Postulat konkret um ewl geht, gehört das Geschäft in den Bereich des Beteiligungsmanagements und somit in die Finanzdirektion, aber selbstverständlich arbeitet diese bei solchen Themen jeweils mit der Umwelt- und Mobilitätsdirektion zusammen, von welcher auch der Input zu dieser Stellungnahme einfluss.

ewl ist aktuell immer noch im Gasgeschäft tätig, das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. ewl kann deshalb immer noch vom Verband profitieren, z. B. wegen des Austausches mit den anderen Mitgliedern oder weil der Verband den Mitgliedern auch Aus- und Weiterbildungen anbietet. Eine vollständige Überweisung des Postulats hätte zur Folge, dass die Stadt von ewl eine Stellungnahme in ihrem Kundenmagazin verlangen müsste. Vonseiten der Stadt wird das Anliegen gern

beim Eignergespräch thematisiert, der Vorstoss und die Stellungnahme des Stadtrates dazu sind ewl ja bereits bekannt. Wenn es nur um die Distanzierung von dieser Werbekampagne ginge, könnte man das Postulat bei der Überweisung gleichzeitig abschreiben, denn der Stadtrat hat sich distanziert. Aber aktuell ist Gas immer noch ein Teil des Geschäfts von ewl, und deshalb ist es für ewl aus den vorhin genannten Gründen wichtig, im Verband dabei zu sein. Natürlich kann man als Mitglied eines Verbands einmal mit einer einzelnen Entscheidung nicht einverstanden sein, aber tritt man dann gleich aus dem Verband aus? Das kennen die Anwesenden ja auch von den Parteien her, die einzelnen Parteimitglieder sind vielleicht auch nicht immer mit jeder Parteientscheidung einverstanden, aber sie treten dann trotzdem nicht gleich aus. Es geht immer um ein Abwägen innerhalb des Ganzen. Der Stadtrat wird die Problematik, die im Postulat aufgenommen wird, im Eignergespräch thematisieren, und sie wird vor allem im Zusammenhang mit der Klima- und Energiestrategie intensiv diskutiert werden müssen. Der Grosse Stadtrat wird also auf das Thema zurückkommen können. Die Sprechende wäre froh, wenn das Postulat, da jetzt an der vollständigen Überweisung festgehalten wird, nicht überwiesen würde, denn man muss sich bewusst sein, dass die rechtlichen Möglichkeiten der Stadt gegenüber ihren unabhängigen Tochterunternehmen beschränkt sind. Es gibt eine rechtliche Rollenteilung, an die man sich halten muss. Eine vollständige Überweisung von Vorstössen, deren Forderungen zum Teil rechtlich gar nicht umsetzbar sind, führt dazu, dass diese Vorstösse zur Farce werden. Der Stadtrat hat die rechtlichen Möglichkeiten schlichtweg nicht, daran ändert auch eine vollständige Überweisung des Vorstosses nichts. Natürlich kann der Grosse Stadtrat mit der vollständigen Überweisung ein Zeichen setzen, aber nach Ansicht der Sprechenden ist es zum Teil auch unglaublich, wenn die Umsetzung von vornherein nicht möglich ist.

Die Sprechende fasst zusammen: Der Stadtrat distanziert sich von der erwähnten Werbekampagne, wie er es in der Stellungnahme geschrieben hat. Er hat die Forderungen des Postulats, soweit sie im Bereich dessen sind, was er erfüllen kann, bereits erfüllt, bis auf das Eignergespräch, das noch ansteht.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 28 mit 23 : 20 Stimmen vollständig.

**19 Interpellation 40, Raphaela Meyenberg, Lena Hafen und Tamara Celato
 namens der SP-Fraktion
 vom 1. Dezember 2020:
 Ein städtischer Identitätsausweis (City Card) für alle Luzerner*innen**

Raphaela Meyenberg gibt eine kurze Erklärung. Eine grosszügige Unterstützung der Sans-Papiers, da sind sich sicher alle einig, ist gerade in der heutigen Zeit äusserst wichtig, muss man doch davon ausgehen, dass in der Stadt Luzern gegen 1'000 Leute davon betroffen sind. Die Sprechende findet es übrigens schade, dass diese Zahl in der Interpellationsantwort nur gerade in einer

Fusszeile erwähnt wird. Umso mehr zählt sie darauf, dass die Stadt weiterhin wohlwollend Hilfe leistet und vielleicht, wer weiss, ja sogar einmal in Form einer Luzerner City Card.

Die Interpellation 40 ist somit erledigt.

Ratspräsidentin Lisa Zanolla dankt den Ratsmitgliedern für die aktive Diskussion und Peter Soland für seine Arbeit im Hintergrund. Die nächste Sitzung des Grossen Stadtrates findet am 20. Mai statt. Die Sprechende wünscht allen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 17.05 Uhr

Luzern, 4. August 2021

Der Protokollführer:



Franz Lienhard

Eingesehen von:



Michèle Bucher, Stadtschreiberin